

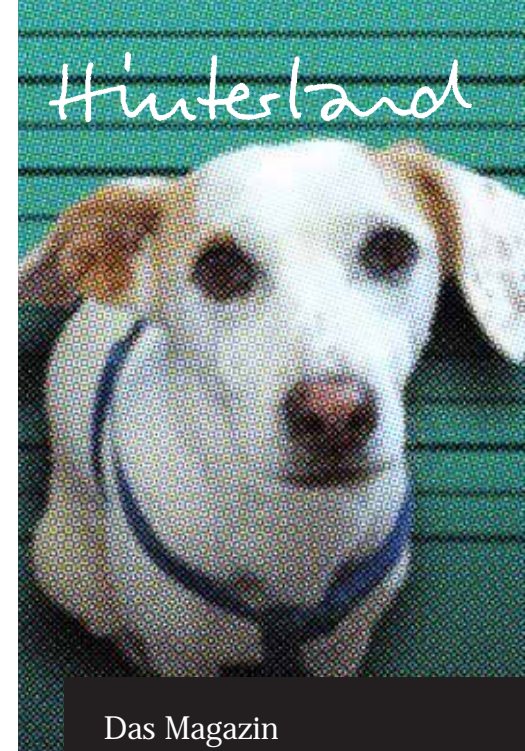
# Hinterland

# 43/2019 4,50 euro



kriminalisierung





# Hinterland

Das Magazin  
für kein ruhiges.

Hinterland #43  
Herbst 2019

## IMPRESSUM

**Titel:** Matthias Weinzierl, 2019

**Herausgeber:**  
Bayerischer Flüchtlingsrat  
Augsburgerstraße 13  
80337 München

**Verantwortlich für diese Ausgabe:**  
Matthias Weinzierl, Agnes Andrae

**Redaktion:** Agnes Andrae, Başak Özdemir,  
Christine Wolfrum, Florian Schäfer, Joshua  
Hamel, Katharina Martl, Marianne Walther,  
Matthias Weinzierl, Mohamad Kord, Pit Kühnöh,  
Sebastian Schulke, Stephan Dünnwald, Tuuli  
Reiss

*(Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.)*

**Kontakt:** [redaktion@hinterland-magazin.de](mailto:redaktion@hinterland-magazin.de)

**Gestaltung:** Matthias Weinzierl, Agnes Andrae

**Druck:** Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG  
Birkenstraße 3, 82346 Andechs

**Auflage:** 1.700 Stück

**Website:** [anton.kaun.de](http://anton.kaun.de)

**Anzeigen:** [anzeigen@hinterland-magazin.de](mailto:anzeigen@hinterland-magazin.de)

**Jahresabo:** 21,00 Euro

**Abo-Bestellung:** [abo@hinterland-magazin.de](mailto:abo@hinterland-magazin.de)

[www.hinterland-magazin.de](http://www.hinterland-magazin.de)

*Eigentumsvorbehalt:*

*Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung in Form eines rechtsmittelfähigen Bescheides zurückzusenden.*

Diese Ausgabe wird gefördert von:



ich  
against  
abschiebung



rage against abschiebung/mach mit/



*„Und was werdet ihr tun, wenn sie Mauern aufbauen?  
Zusehen – betroffen sein – und wegschauen? [...] Ob sie das Grundgesetz ändern, ist euch völlig egal, diese Feigheit hat ‘nen Namen: ‚linksliberal‘“*

(... But Alive, die Punkband von dem Typen von Kettcar.)

## *Liebe Kriminalisierte, liebe Leser\*innen,*

*passt bloß auf, sonst seid ihr ganz schnell kriminell. Zumindest in den Augen von Polizei, Behörden und Ämtern. Natürlich leben wir in Europa noch lange nicht in einer totalitären Diktatur, wie es manche Fans von Verschwörungstheorien und Anhänger\*innen der AfD phantasieren und dabei immer wieder Vergleiche zu George Orwells Klassiker „1984“ ziehen. Diese Leute kriminalisieren die Demokratie zu Unrecht, um ihre eigene wirre und menschenfeindliche Ideologie zu verharmlosen. Doch leider hat aber auch eben die bürgerliche Demokratie schon immer bestimmte Gruppen ausgeschlossen, hat bestimmtes Verhalten kriminalisiert, um die Bevölkerung einzuschüchtern.*

*Und mit Erstarken rechtspopulistischer, ja rechtsradikaler Kräfte in ganz Europa – und nicht nur dort – werden immer mehr Gruppen von Menschen kriminalisiert. Sei es aus der Naivität heraus, mit der Übernahme der rechtsradikalen Agenda die Rechtsradikalen eindämmen zu können, sei es aus national-kapitalistischen Zwängen, um den Wirtschaftsstandort zu optimieren, sei es aus einem allgemeinen kulturellen Backlash heraus, weil die moderne Zeit so kompliziert ist und die alte scheinbare Sicherheit verspricht. Manchmal aber einfach auch nur aus Sexismus, Rassismus oder Homophobie heraus.*

*Frauen werden kriminalisiert, Homosexuelle, Transsexuelle, Menschen ohne Arbeit, Menschen, die die falsche Hautfarbe, die falsche Herkunft oder die falschen Papiere haben – nicht für etwas, das sie getan haben, sondern für das, was sie sind.*

*Menschen, die Hartz IV erhalten, aber nicht jeden ausbeuterischen Scheißjob annehmen wollen, werden sanktioniert. EU-Bürger\*innen, die nach Deutschland kommen, um einen dieser prekären Scheißjobs zu machen, werden diskriminiert, werden von Sozialleis-*

*tungen ausgeschlossen. Ihnen wird die in der EU übliche Freizügigkeit nicht gewährt. Und wenn sie durchs soziale Raster fallen und auf der Straße landen, werden sie als „Bettelmafia“ diffamiert. Was nicht ins Bild passt, wird kriminalisiert.*

*Frauen, die selbstbestimmt entscheiden wollen, was mit ihrem Körper passieren soll, werden als Mörderinnen beschimpft. In manchen islamischen Ländern werden Frauen eingesperrt oder Schlimmeres, wenn sie kein Kopftuch tragen, in manchen westlichen Ländern werden sie angegriffen, wenn sie eines tragen. Was nicht ins Bild passt, wird kriminalisiert.*

*Menschen, die keine weiße Haut haben, werden regelmäßig von der Polizei aufgehalten, kontrolliert und schikaniert – denn People of Colour dealen ja mindestens mit Drogen, wenn sie nicht gar Terrorist\*innen sind. Alle. Immer. Weil das ja so ist. Obwohl dieses sogenannte racial profiling inzwischen als gesetzeswidrig eingestuft wurde, ist es immer noch gang und gäbe in der polizeilichen Praxis. Das neue „Hau-ab-Gesetz“ kriminalisiert nicht nur Geflüchtete wegen Kleinigkeiten, sondern auch deren Unterstützer\*innen. Während der Staat Geflüchtete in Länder wie Afghanistan und damit oftmals in den sicheren Tod abschiebt, müssen diejenigen, die sich dagegen wehren oder die dies zu verhindern suchen, mit Strafen rechnen. Wer Menschen vor dem Ertrinken rettet, muss das Gefängnis fürchten. Was nicht ins Bild passt, wird kriminalisiert.*

*Es scheint fast so, als sei alles kriminell, was den Versuch unternimmt, ein freies und selbstbestimmtes Leben zu führen oder die falschen Verhältnisse und die Barbarei über den Haufen werfen zu wollen. Kommt, lasst uns alle kriminell sein!*

*Eure (Klein-)Kriminellen von der  
Hinterland-Redaktion*



Und es fehlst nur du <3  
Mach mit bei der Redaktion!  
Mail an [redaktion@hinterland-magazin.de](mailto:redaktion@hinterland-magazin.de)

6	zitiert & kommentiert	50	Unschuldig hinter Gittern	81	Gewissen gegen Gesetz?
	Von Hubert Heinhold		<i>Verschärfung der Abschiebehaft durch das Hau-Ab-Gesetz</i>		<i>Kirchenasyl: Was sagt die Juristin?</i>
			Von Petra Haubner		Von Petra Haubner
	kriminalisierung				
7	GRENZ ÜBER SCHREITUNG	52	Abschieben, abschotten, abschrecken	87	Aziza ist meine Schwester
	Bilderstrecke von Sebastian Schulke und Bearbeitung Fabian Wiegand		<i>Politische Einordnung zum Migrationspaket</i>		<i>Kirchenasyl: Was sagt der Gläubige?</i>
			Von Filiz Polat		Von Tobias Vorburg
13	Kriminell – und zwar ganz schnell	57	Aktion und Reaktion	90	Wenn Kümmern zur Straftat wird
	<i>Von blauen, grünen und roten Ordnungshüter*innen</i>		<i>Kriminalisierung politischer Aktivist*innen in den 1980ern</i>		<i>Kirchenasyl: Was sagt der Pfarrer?</i>
	Von Sebastian Schulke		Interview mit Wolli Kanz		Interview mit Stephan Rauscher
			von Agnes Andrae		von Christine Wolfrum
16	Break Isolation				kommentierwesen
	Bilderstrecke von Moritz Dittmeyer	63	Doppelt kriminalisiert	94	No Comment!
			<i>Warum auch Straftäter nicht abgeschoben werden dürfen</i>		<i>Dada-Shitposting ohne Publikum</i>
20	Widerstand soll sich nicht lohnen		Von Stephan Dünwald		Von Franz Furtner
	<i>An Frau K. wird ein Exempel statuiert</i>		und Agnes Andrae		
	Von Agnes Andrae	65	Verdächtig gemacht		lyrik
			<i>Verboten zu betteln, trinken, sich aufzuhalten - verboten zu sein</i>		
24	Herzlich willkommen		Von Saskia Gränitz	100	der mann an der bushaltestelle
	<i>Wenn Behörden Geflüchteten nicht nur Fahrräder stehlen</i>		und Hannes Kerger		Von SAID
	Von Katja Doubek	72	Schrumpfende Spielräume		tante tuuli
			<i>Verdacht auf gemeine Unnützigkeit von NGOs</i>		kotzt
30	Voll auf die Fresse		Von Judith Amler	103	My Body Fought the Law, But the Law Won
	<i>Repressive Polizeieinsätze auf Kosten von Geflüchteten</i>				Von Tante Tuuli
	Von Stephan Dünwald	78	Am gefährlichsten sind die Ungefährlichen		nachgehakt
			<i>PAG und was das mit E.T.A. Hoffmann zu tun hat</i>	106	Folgen einer Abschiebeblockade
38	No Borders Navy		Von Klaus Weber		<i>Was ist aus Asif, dem Berufsschüler aus Nürnberg geworden?</i>
	<i>Seenotrettung: Zeit für einen Rückblick</i>				Von Rote Hilfe e.V.
	Von Chris Grodotzki				
47	Standardprozedur				
	<i>Aufstehen oder sitzenbleiben?</i>				
	Von Friederike Keller				

*„Im allgemeinen sind bei Verbrechern von Geburt die Ohren henkelförmig, das Haupthaar voll, der Bart spärlich, die Stirnhöhlen gewölbt, die Kinnlade enorm, das Kinn viereckig oder hervorragend, die Backenknochen breit.“*

(Cesare Lombroso; 6.11.1835 – 19.10.1909)

*„Dunkelhäutiger überfällt Hund – und lässt ihn sterbend liegen.“*

(Politikversagen.net vom 18.9.2019)

*„Es ist nicht die ethnische Herkunft oder Staatsangehörigkeit als solche, die Unterschiede in Kriminalitätsraten erklären können, sondern es ist ein Zusammenspiel aus Lebenserfahrungen und aktuellen Lebensverhältnissen.“*

(Dr. Christian Walburg, Uni Münster im tagesspiegel vom 7.8.2019)



Hubert Heinhold  
ist Rechtsanwalt und  
im Vorstand bei Pro  
Asyl

Cesare Lombroso begründete 1876 eine neue Theorie der Kriminologie, derzufolge Kriminalität angeboren sei und an körperlichen Merkmalen erkennbar. Die Konsequenzen wurden im deutschen Nationalsozialismus mit der Zwangssterilisation und der Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens gezogen.

Heute weiß man es besser – aber nicht die Schreier am rechten Rand, die Gewalttaten Einzelner und einen verhältnismäßig erhöhten Kriminalitätsanteil von Geflüchteten und Asylsuchenden zu einer rassistischen Melange verrühren. Anlass hierfür bot das *Bundeskriminalamt* mit dem „Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2018“. Die detaillierte Polizeistatistik belegt einen erhöhten Anteil von verdächtigen Geflüchteten bei bestimmten Delikten. Obwohl die Gründe berichtet werden, bleibt dieser Teil oft unerwähnt: Geflüchtete sind zu 63 Prozent Männer und durchschnittlich 29,4 Jahre alt, die deutsche Bevölkerung war zu 49 Prozent männlich und durchschnittlich 45,4 Jahre alt. Die unter 30-jährigen Männer sind – unabhängig von der Herkunft – generell am stärksten kriminalitätsbelastet.

Schon ein Vergleich der Geschlechts- und Altersstruktur aller Tatverdächtigen und der Gruppe der Geflüchteten erklärt daher zum Teil die Differenz. Bei der Altersgruppe unter 18 und von 30 bis 40 Jahren waren die Zahlen der Tatverdächtigen annähernd gleich. Bei den 18- bis 30-jährigen dominierten Geflüchtete mit 53 Prozent gegenüber 33 Prozent und bei den über 40-jährigen die Deutschen mit 34 Prozent gegenüber 13 Prozent bei den Geflüchteten. Auch wenn die Zahlen wohl zutreffen, ist weiter zu beachten, dass es sich hierbei um eine Verdächtigenstatistik handelt. Geflüchtete und Migrant\*innen werden schon wegen des Aussehens schneller verdächtigt und angezeigt als

Deutsche. Viele Straftaten sind – auch wenn sie nicht zu den sogenannten Ausländerstraftaten zählen, dennoch fluchtimmant und eine Anzeige oftmals nur den verbreiteten Vorurteilen geschuldet, etwa bei Anzeigen wegen einer falschen Altersangabe oder der Vorlage angeblich gefälschter Ausweisdokumente.

Ein Faktor, der statistisch nicht zu erfassen ist, ist die biografische Belastung: Wer aus einem Kriegsgebiet kommt, wer die Strapazen der Flucht überlebt hat und unter einem Trauma leidet, hat andere Erfahrungen zu verarbeiten als ein deutscher Mittelstandsbürger. Und das gilt erst recht, wenn man die Lebensbedingungen vergleicht: Die übliche 3-Zimmerwohnung der Deutschen mag spießig sein, doch kann man in ihr Ruhe finden, sich zurückziehen und sein Leben wenigstens im Großen und Ganzen frei und selbstbestimmt gestalten. Viele Geflüchtete leben in einem Mehrbettzimmer in einem abgeschotteten Lager rundum überwacht, werden zwangsverpflegt, erhalten nur gekürzte Sozialleistungen, dürfen nicht arbeiten und müssen in einer zunehmend als feindlich empfundenen Umgebung die Zeit totschlagen. Das rechtfertigt keine Straftaten. Es macht aber nicht nur die erhöhte Rauschgiftdelinquenz (71 Prozent aller Rauschmitteldelikte von Geflüchteten waren Konsumdelikte, 73 Prozent betrafen Haschisch) und die Ladendiebstähle (66 Prozent der Eigentumsdelikte) nachvollziehbarer.

Kurz, das Zusammenspiel der Lebenserfahrungen und die kriminogenen Bedingungen, die die Politik und Verwaltung Geflüchteten und Asylsuchenden aufzwingt, hat einen nicht unerheblichen Anteil an der höheren Kriminalitätsrate. Würde man diese Bedingungen ändern und Integration fördern und nicht behindern, würde man die Kriminalitätsrate reduzieren und den Vereinfachern ein Argument nehmen.<

# GRENZ ÜBER SCHREITUNG



Polizei steht drauf. Aber ist da auch wirklich überall Polizei drin. Polizei, die sich als Freund und Helfer versteht. Die bei dem Konzert einer rechtsradikalen Band vor ein paar Jahren mit entsprechend rechtsradikalen Zuhörer\*innen auf der Theresienwiese in München für Ordnung sorgen soll. Demonstrant\*innen haben sich dazu gesellt, denen das rechtsradikale Treiben nicht gefällt. Doch plötzlich verwischen die Grenzen. Die grünen Gesetzeshüter\*innen wirken in ihren düsteren Uniformen wie Kampfmaschinen und Roboter, wie ein großer Haufen Krimineller. Einzelne tragen Funkgeräte und Sonnenbrillen, lenken die bedrohlichen Menschengestalten. Ist die Polizei nun Freund oder Feind, gut oder Gangster, rechts oder links, grün oder braun, hell oder dunkel...

Eine Bilderstrecke von Sebastian Schulke und Bearbeitung von Fabian Wiegand.



















# Kriminell – und zwar ganz schnell

Man könnte den Eindruck gewinnen, München würde von Polizist\*innen, Ordnungshüter\*innen und Sicherheitsdienstleistenden buchstäblich überschwemmt. Klarheit, was die einzelnen Institutionen für Aufgaben, Rechtfertigungen und Legitimationen haben, herrscht aber kaum. In dieser Reportage sorgt Sebastian Schulke für klare Verhältnisse.

**T**atort Flaucher: Vier Jugendliche, männlich, stehen auf der Brücke, die sich quer über die Isar zieht. Vor ihnen haben sich drei Männer postiert. Sie tragen schwarze Hosen, rote T-Shirts und festes Schuhwerk. Ihr Blick ist streng. Ihre Körper sind mit Muskeln bepackt und wirken bedrohlich. Der in der Mitte gestikuliert herum, erklärt und belehrt. Die anderen beiden stehen wie Bodyguards daneben, beobachten die Jungs, drängen sie mit ihren Blicken

immer mehr an die Brüstung. So, als ob sie sagen wollten: Jetzt haben wir euch!

Die Jungs sehen so aus, als ob sie zum Baden gehen wollten. Doch nun stehen sie diesen drei Männern mit roten T-Shirts, auf denen „Sicherheitsdienst“ in großen Buchstaben prangt, gegenüber. Sie lehnen etwas unbehaglich an der Brüstung. Einer der Jungs ist etwas vorgetreten, schaut die Männer an. Er nickt immer

wieder bestätigend. Zwischen ihm und den drei Securities klafft ein imaginärer Graben, der einen Meter breit ist. Wie ein Sicherheitsabstand. Den hält ein ausgebildeter Sicherheitsmann beziehungsweise

Rücksichtnahme auffordern – dabei geht es vor allem um Abfallentsorgung und Grillregeln. Mehr nicht. Andere Befugnisse und Aufgaben haben die Hilfsheerführer nicht.

## ***Mitarbeiter\*innen von privaten Sicherheitsdiensten haben, abgesehen von wenigen Ausnahmen, keine Sonderrechte***

Polizist in solchen Situationen immer gerne ein. Warum? Um nicht von potenziellen Kriminellen überrascht, beziehungsweise angegriffen werden zu können. Doch so gefährlich schauen die vier Burschen gar nicht aus.

„Wir haben Steine von der Brücke in die Isar geworfen“, erzählt einer der Jungs verwundert. „Plötzlich standen die Securities da und haben uns gefragt, was wir da machen? Als ob wir irgendwas verbochen hätten. Dann haben sie uns noch erklärt, dass so ein Stein für Enten und Menschen ganz schön gefährlich sein kann. Und, dass wir das lassen sollen.“ Sonst ...

Sonst gar nichts. Denn die Mitarbeiter\*innen von privaten Sicherheitsdiensten haben, abgesehen von wenigen Ausnahmen, keine Sonderrechte. Sie werden, wie in diesem Fall, von der Stadt München beauftragt und bewegen sich an der Isar auf Grundlage des Jedermannsrechts. Dieses hängt mit dem sogenannten Schwammerlparagrafen zusammen, den es in Deutschland nur in Bayern gibt, und der als Artikel 141 der Verfassung des königlichen Freistaates bezeichnet wird. Dieser verankert den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und etabliert in Absatz 3 ein Jedermannsrecht. Darin wird ein grundsätzlich freier Zugang zur bayrischen Natur garantiert. Klingt recht kompliziert. Denn im Grunde bedeutet das Jedermannsrecht in seiner weiteren und juristischen Auslegung: „Jeder darf einen Verbrecher festhalten und der Staatsmacht übergeben.“ Einen Verbrecher! Eine Person also, die einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Rechtsordnung einer Gesellschaft oder die Grundregeln menschlichen Zusammenlebens begeht.

Was heißt das für die roten Polizist\*innen an der Isar: Solange kein schwerwiegender Verstoß vorliegt, dürfen sie über die geltenden Regeln der Landschaftsschutzverordnung informieren und zur gegenseitigen

Das scheint auf Dauer jedoch langweilig zu sein. Im Sommer bauten sich gleich fünf männliche Sicherheitsleute vor Frauen auf, die oberkörperfrei ein Sonnenbad an der Isar genossen. Sie wurden recht aufdringlich aufgefordert, ihre Bikini-Oberteile wieder anzuziehen. Tatbestand: Verstoß gegen die Kleiderordnung. Das ließen sich die Beschuldigten jedoch nicht gefallen, beschwerten sich und riefen die Polizei. Kurz darauf folgte in einer Tageszeitung eine Erklärung der Stadt München: „Die Badebekleidungsverordnung ist dem Sicherheitsdienst an der Isar zwar bekannt. Deren Durchsetzung gehört jedoch nicht zu den vertragsgemäßen Aufgaben, sondern liegt in der Zuständigkeit der Ordnungsbehörden und der Polizei.“

Es stellt sich die Frage: Wer oder was ist hier eigentlich kriminell? Kriminell geht auf das lateinische Wort „criminalis“ zurück, das übersetzt so viel bedeutet wie verbrecherisch oder „ein Verbrechen betreffend“. Doch mit Verbrechen haben diese genannten Vorfälle nichts zu tun. Ganz im Gegenteil: Die Polizist\*innen und die Mitarbeiter\*innen des Sicherheitsdienstes verhalten sich kriminell, in dem sie unbescholtene Bürger\*innen aufgrund einer wagen Vermutung behelligen, beschuldigen und diskriminieren, ihnen ein Verbrechen förmlich überstülpen wollen.

Das trägt nicht gerade zu einem Gefühl von Sicherheit in der Gesellschaft bei. Außerdem macht das Überangebot an blauen, grünen und auch roten Ordnungshüter\*innen in München die Stadt immer mehr zu einem kleinen Kontrollstaat. In dem jeder unter Generalverdacht und Dauerbeobachtung zu stehen scheint. Wer einer gewissen Norm nicht entspricht, gerät ins Fadenkreuz der Staatsmacht. Zu den Gesetzeshüter\*innen gesellen sich auch noch die Gesetzgeber\*innen, die im Namen der Sicherheit neue Gesetze beschließen – wie das Polizeiaufgabengesetz in Bayern oder das Geordnete-Rückkehr-Gesetz von Bundesinnenminister Horst Seehofer.

Montesquieu, der französische Philosoph, Schriftsteller und Staatstheoretiker der Aufklärung warnte schon vor knapp 300 Jahren davor: „Es gibt zwei Arten der Verderbnis: Die eine, wenn das Volk die Gesetze nicht



befolgt. Die andere, wenn es durch die Gesetze verderbt ist. Dieses Übel ist unheilbar, weil es im Heilmittel selbst steckt.“

Warum gibt es in München überhaupt so viele Gesetzeshüter\*innen in Gestalt von Polizist\*innen und diversen Sicherheitsdiensten? Wie der relativ neue "Kommunale Außendienst". Der KAD ist eine Abteilung des Kreisverwaltungsreferats, trägt blaue Uniformen auf denen KVR steht. Sie sollen an Brennpunkten wie dem Hauptbahnhof, dem Alten Botanischen Garten, dem Sendlinger-Tor-Platz und dem Stachus für Ordnung sorgen. Schusswaffen tragen sie keine, dafür stichsichere Westen und Reizspray. Der KAD darf etwas mehr, als das Jedermannsrecht erlaubt, Platzverweise und Geldbußen aussprechen. Sie dürfen Verdächtige sogar durchsuchen und auf eine Wache mitnehmen.

Die Münchner Polizei selbst hat 1995 eine „Sicherheitswacht“ gegründet. Diese besteht aus Freiwilligen, momentan 58 Personen, die nach einer speziellen Ausbildung und Prüfung in Wohnsiedlungen oder Parks auf Streife gehen dürfen. Sie sollen Ansprechpartner\*innen für besorgte Bürger\*innen sein und Verdächtige der Polizei melden.

Hört sich so an, als ob es in München wirklich brennen würde und von Kriminellen nur so wimmelt. Dabei ist die bayerische Metropole in diesem Jahr zum 43. Mal in Folge die unangefochtene Nummer eins in Deutschland, wenn man einen Blick auf die Kriminalitätsrate wirft. München kommt auf 6.469 Straftaten pro Hunderttausend Einwohner\*innen. Platz zwei geht an Köln mit 11.220. Berlin kommt abgeschlagen auf 13.746 Straftaten. Wäre es bei diesen Zahlen nicht mal an der Zeit, die Präsenz der Polizei und besonders der „privaten Wachdienste“ in der sichersten Großstadt in Deutschland zu reduzieren, statt weiter aufzurüsten?

Nein. „Das ist ja Teil des Konzepts“, sagt Münchens Polizeipräsident Hubertus Andrä in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. „Wir haben zu den relevanten Zeiten circa 200 Einsatzmittel, wie wir sagen, zur Verfügung. Dazu gehören Reitertrupps, Fußstreifen, uniformierte und zivile Streifen und Diensthundeführer. Wir wollen unsere Streifenkräfte auf die Straße bringen, sie sollen so viel Präsenz wie möglich zeigen und so wenig Sachbearbeitung wie möglich machen müssen.“

Demnach sorgt mehr Polizei für mehr Kontrolle und noch mehr Sicherheit. Doch dieses Konzept passt nicht zu einer modernen, offenen und freien Gesellschaft. In

der nicht das Recht des beziehungsweise der Stärkeren herrscht, sondern Grundgesetze das öffentliche Leben regeln und sichern. Braucht es da wirklich eine ständige und zunehmende Überwachung, die weniger kontrolliert als vielmehr kriminalisiert. Sobald man einer Norm oder Form nicht entspricht, läuten bereits die Alarmglocken. Da reicht schon ein langer Bart, um als potenzieller Terrorist durchzugehen. Ein paar Dreadlocks, um als Drogenkonsument\*in und Rauschgift Händler\*in abgestempelt zu werden. Die Flucht aus einem unsicheren Land, um als illegaler Mensch zu gelten. Lauter Kriminelle. Damit haben nicht nur die Polizei oder private Wachdienste zu kämpfen, sondern vermehrt auch die besorgten Bürger\*innen und die sogenannten Wutbürger\*innen.

So langsam könnte man meinen, die Welt ist nicht verrückt, sondern kriminell. Doch dabei sollten Polizei und Wachdienste nicht in den Straßen von Großstädten wie München auf große Gangsterjagd gehen. Die modernen Gangsterbosse sitzen ganz woanders, tragen Namen wie Immobilienhai, Präsident, Mietwahnsinn, globale Finanzmärkte oder Umweltschwein. Darin dürfte weitaus mehr kriminelle Energie stecken, als in einem Steinwurf oder einem freizügigen Sonnenbad.<

Sebastian Schulke  
*ist Journalist, der in  
München lebt, liebt,  
schreibt und  
Ordnungshüter\*in-  
nen im Auge behält*

Am 26. September 2019 fand im Bayerischen Landtag eine Expert\*innenanhörung zu den sogenannten Anker-Zentren in Bayern statt. Vertreter\*innen vom Innenministerium, Behörden und Verwaltung wurden befragt. Die wahren Expert\*innen aber, die Geflüchteten, die in diesen Lagern wohnen müssen, wurden nicht gehört. Deswegen veranstalteten *Refugee Struggle for Freedom*, die *Karawane München*, *anker-watch* und der *Bayerische Flüchtlingsrat* am Abend vor der Anhörung eine alternative Expert\*innenanhörung mit Geflüchteten. Parallel zur Anhörung bauten sie eine Mauer vor dem Landtag auf und rannten sie ein. Unter dem Motto *Break Isolation* fordern sie damit die Abschaffung aller Flüchtlingslager in Deutschland. Eine Bilderstrecke von Moritz Dittmeyer.















NOT

SAFE



# Widerstand soll sich nicht lohnen

Abschiebungen finden tagtäglich aus Deutschland statt. Wenn sich Geflüchtete bei der Abschiebung wehren, müssen sie in einzelnen Fällen mit Verurteilungen wegen Widerstandes rechnen. So auch im Falle von Frau K. Von Agnes Andrae.

**E**s ist 3:30 morgens. Frau K. liegt in ihrem Bett und schläft. Zusammen mit ihrem 4-jährigen Sohn und ihrem Lebensgefährten. Die Tür geht auf. Rund ein Dutzend Beamt\*innen stürmen das Zimmer und befehlen ihr und ihrem Sohn mitzukommen. Frau K. ist nicht bekleidet und weigert sich, mit den Polizist\*innen mitzugehen. Ihr Sohn beginnt zu weinen. Er wird von einer Polizistin aufgefordert, seine Sachen zu packen. Er und seine Mutter sollen noch heute nach Italien abgeschoben werden. Frau K. ist verzweifelt. Sie droht an, aus dem Fenster zu springen, wenn sie weiterhin gezwungen wird, mit den Beamt\*innen mitzugehen. Sie wird immer noch unbekleidet von den Polizist\*innen überwältigt, zu Boden gebracht und gefesselt. Sie ist im siebten Monat schwanger.

## Familiengründung unter den Bedingungen der Asylpolitik

Frau K. ist ein sogenannter Dublin-Fall. Die erst 21 Jahre alte Frau ist von Italien nach Deutschland geflohen. Zuvor wurde sie Opfer von geschlechtsspezifischer Verfolgung in ihrem Herkunftsland. Sie schaffte es mit ihrem Sohn nach Libyen, wo sie am eigenen Leib die Menschenrechtsverletzungen, die dort gegenüber Geflüchteten begangen werden, erfahren musste. Ihre Flucht führte weiter nach Italien, wo sie nicht bleiben konnte. Sie war dort obdachlos und sah keine Perspektive für sich und ihren Sohn. In

Deutschland angekommen wurde sie in einer der Dependancen eines Anker-Zentrums in Bayern untergebracht. Gemeinsam mit ihrem Sohn und ihrem Lebensgefährten, den sie in Italien kennenlernte. Von ihm wurde sie schwanger und die beiden wollten heiraten. Ihr Partner befand sich bereits im nationalen Verfahren. Er ist Asylbewerber. In der Unterkunft lebten sie zu dritt in einem Zimmer. Sie wurden wie eine Familie gemeinsam untergebracht. Sie wollten heiraten und die Vorbereitungen dazu waren nahezu abgeschlossen. Trotzdem wurde versucht, Frau K. und ihren Sohn auf Grund der Dublin-III-Verordnung nach Italien abzuschieben. Dieses Land hatte sie während ihrer Flucht in Europa das erste Mal betreten. Nach der Verordnung war nun Italien für ihren Asylantrag zuständig.

Beamt\*innen filmen das Geschehen. Möglicherweise erleidet Frau K. ein stumpfes Bauchtrauma. Die Polizist\*innen rufen einen Rettungswagen hinzu. Ohne Frau K. eingehend zu untersuchen, bringen die Rettungskräfte sie mit einem Rollstuhl aus ihrem Zimmer zum Polizeiauto. Eine Ultraschalluntersuchung führen sie nicht durch. Sie bestätigen der Polizei, dass alles in Ordnung sei. Mutter und Sohn werden in die örtliche Polizeistation gefahren und dort gemeinsam in einer Zelle im Keller eingesperrt. Der Vierjährige ist mit der Situation völlig überfordert und fleht die Beamt\*innen an: „Kommt her und macht uns auf, lasst uns gehen!“

Bereits vor dem ersten Abschiebeversuch haben Frau K. und ihr Lebensgefährte versucht zu heiraten. Das geteilte Sorgerecht für das ungeborene Kind und die Vaterschaft konnten aus der Haft heraus anerkannt werden. Dafür haben die Unterstützer\*innen und die Anwältin von Frau K. viel Zeit und Energie aufwenden müssen. Bereits zuvor hatten die beiden versucht, dies bei den zuständigen Behörden zu organisieren, was jedoch blockiert wurde. Aber trotzdem konnten die Behörden die zweite Abschiebung organisieren, denn Frau K. befand sich noch im Dublin-Verfahren und ihr Partner im Asylverfahren. In solchen Fällen, in welchen keine Eheschließung vorliegt, schieben die Behörden Teile der Familie dennoch ab, mit der Begründung, dass die Familieneinheit ja wieder hergestellt werden könne, sobald eine\*r von beiden in einem EU-Land einen Aufenthalt habe. Dass sich dieser Prozess allerdings Jahre hinziehen kann, ist für die Behörden unerheblich.

Frau K. hat starke Bauchschmerzen. Sie wird aus der Polizeistation in eine Klinik gefahren. Dort wird zum Glück keine Plazentaablösung festgestellt. Die

## ***Das Jugendamt meldet eine Kindeswohlgefährdung***

Ärzt\*innen im Krankenhaus bestätigen ihre Haft- und Reisefähigkeit. Der Flug, der für den heutigen Tag gebucht ist, scheitert auf Grund der zeitlichen Verzögerung. Erst zehn Stunden nach der Zimmerstürmung wird sie dem Haftrichter vorgeführt. Dieser ordnet die Abschiebehaft an. Mutter und Sohn sollen deswegen getrennt werden. In ihrer Verzweiflung klammern sie sich aneinander. Gewaltsam werden sie voneinander getrennt. Frau K. wird inhaftiert und ihr Sohn kommt in die Obhut des Jugendamtes.

### **Wichtige Hilfe von Aktivist\*innen**

Zwei Wochen nach der Inhaftierung findet der zweite Abschiebeversuch statt. Ein paar Tage zuvor erfahren Aktivist\*innen und Jana Weidhaase vom *Bayerischen Flüchtlingsrat* von dem Fall. Diese kannten den Lebensgefährten von Frau K. Durch den Haftbeschluss wissen sie von dem genauen Zeitpunkt des Fluges. Die Unterstützer\*innen organisieren bundesweit Faxprotestschreiben gegen die Fluggesellschaft Lufthansa. Bis heute

hat die Lufthansa auf die Beschwerden nicht reagiert. Trotz nochmaliger schriftlicher Beschwerde im Nachhinein. Am Flughafen selbst findet eine Demonstration gegen die Abschiebung statt. Sollte es zu einer Abschiebung kommen, wollten einige Aktivist\*innen mit dem Bus folgen, um die Versorgung der Familie in Italien sicher zu stellen. In Italien hätte sie niemand in Empfang genommen, geschweige denn zu einer Unterkunft gefahren.

Frau K. und ihr Sohn werden am Flughafen wieder zusammengeführt. Sie weigert sich, in das Flugzeug einzusteigen und legt sich auf den Boden. Die Beamt\*innen können sie nicht in das Flugzeug zerren. Auch dieser Abschiebeversuch scheitert. Der Vierjährige wird wieder in die Obhut des Jugendamtes gegeben. Frau K. befindet sich zwei Tage vor Eintritt des gesetzlichen Mutterschutzes.

Das Jugendamt meldet eine Kindeswohlgefährdung, da sich Frau K. am Flughafen dem Wohl des Kindes nicht entsprechend verhalten habe. Es kommt zu einem Verfahren beim Familiengericht. Frau K.

allerdings darf durch den Eintritt des Mutterschutzes wieder in die Unterkunft zurück. Nach zwei Wochen erneuter Trennung, kommt der Vierjährige wieder zu seiner Familie zurück. Der Vierjährigen hätte nicht zwei Mal in Obhut genommen werden müssen, da die Familie bereits seit eineinhalb Jahren als Gemeinschaft zusammenlebte. Der Partner von Frau K. hätte sich um ihn kümmern können. Auch

der leibliche Vater ihres ersten Kindes meldete sich bei den Behörden. Er lebt ebenfalls in Deutschland. Dennoch blieb der Vierjährige in Obhut einer Pflegefamilie des Jugendamtes.

### **Mangel an Rechtsstaatlichkeit**

Genau ein Jahr nach dem ersten Abschiebeversuch sitzt Frau K. im Amtsgericht. Sie wurde wegen Widerstandes gegen die Polizist\*innen bei der Abschiebung angeklagt. Einen Pflichtverteidiger hat sie nicht bekommen. Die Richterin fordert sie auf, ihre komplette Fluchtgeschichte zu erzählen. Unter Tränen schildert Frau K. ihre Geschichte. Die Richterin will hier ein Exempel statuieren: Frau K. müsse die Rechte in Deutschland akzeptieren, sagt sie. Sie hoffe, sie habe das jetzt verstanden. Wenn sie nochmal abgeschoben werden sollte, dann müsse sie mit der Polizei mitgehen, belehrt sie Frau K. Die mittlerweile zweifache Mutter ist erschöpft. Die Verhandlung wird noch am selben Tag mit einem Vergleich beendet.

Im Strafverfahren muss erst ein\*e Pflichtverteidiger\*in eingeschaltet werden, ab einem beantragten Strafmaß von 12 Monaten. Bei Frau K. waren es genau 12 Monate, die beantragt wurden. Sie musste sich selbst einen Anwalt organisieren und diesen bezahlen. Ohne anwaltlichen Beistand hätte sie sich niemals verteidigen können. Sie spricht kaum Deutsch und kennt das

Fällen wie ihr[em] so viele Polizeibeamte eingesetzt werden und dass sie diese Situation eskaliert hätte. Wir sind nicht zufrieden mit dem Urteil. Unserer Meinung nach hätte es einen Freispruch geben müssen.“ Jana Weidhaase vom Bayerischen Flüchtlingsrat, die am Prozesstag dabei war.

## ***Im Normalfall wird bei einer Suizidandrohung eine Abschiebung sofort beendet***

deutsche Justizsystem kaum. Ihr Anwalt hat mehrmals wegen der Kosten einen Antrag auf Pflichtverteidigung gestellt, was jedes Mal abgelehnt wurde. Er bezeichnete dies als Mangel von Rechtsstaatlichkeit. Frau K. wurde durch den Vergleich zu einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten verurteilt. Diese wurde auf Bewährung ausgesetzt. Mit anwesend bei dem Verfahren war ein Rechtsgutachter. Der Psychiater stellte für die Verhandlung fest, dass Frau K. traumatisiert ist. Er erläutert, dass für sie eine Abschiebung eine höhere Belastung als für Nicht-Traumatisierte darstellt. Sie hätte nicht voll unter Kontrolle gehabt, was sie tut. Es bestehe zudem die Gefahr von Retraumatisierung. Die Richterin hat Frau K. dennoch ihre ganzen Fluchtgründe und den Verlauf der Flucht schildern lassen. Dies hatte jedoch nichts mit der Anklage zu tun. Im Normalfall wird bei einer Suizidandrohung eine Abschiebung sofort beendet. Die betroffenen Personen werden zur Abklärung in die Psychiatrie gebracht. Dieser Aspekt wird jedoch weder von der Richterin noch vom Staatsanwalt zur Kenntnis genommen. Die Beweiserhebung wird nicht bis zum Ende durchgeführt. Lediglich eine Zeugin – die Sachbearbeiterin bei der Ausländerbehörde – wird gehört.

Es hätte ein Freispruch sein müssen

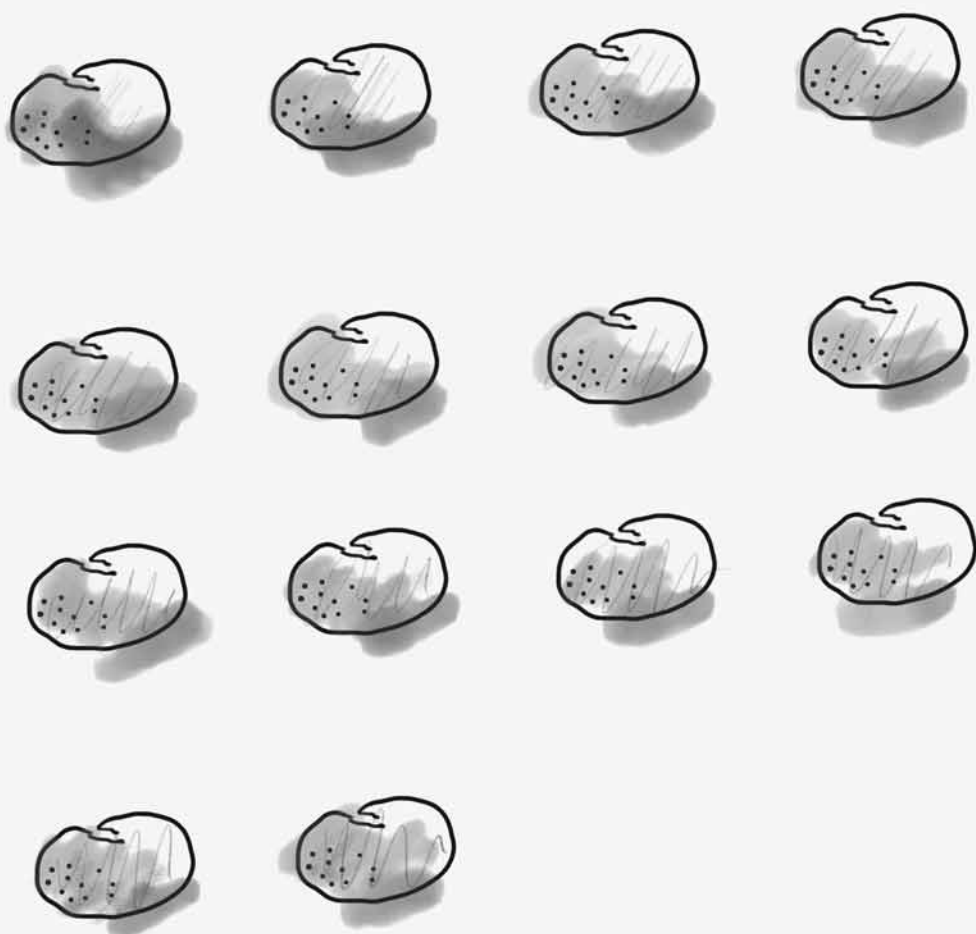
„Es hat sich in diesem Verfahren gezeigt, dass es ein politisches Verfahren war. Es gab polizeiliche Maßnahmen, das heißt, die Öffentlichkeit war zwar zugelassen, aber unter sehr eingeschränkten Bedingungen. (...) In den Aussagen des Staatsanwaltes wurde ziemlich deutlich, dass es darum geht, ein Exempel zu statuieren und Geflüchteten zu zeigen, dass sie sich Abschiebungen nicht zu widersetzen haben. Er hat auch darauf hingewiesen, dass wegen ihr und wegen

Die Geschichte von Frau K. ist kein Einzelfall. Sie hatte Glück, dass ihr Lebensgefährte Kontakte zu Aktivist\*innen hat, die sich für die Familie eingesetzt haben und jetzt Spenden für die Gerichtskosten und den Anwalt sammeln. Alleine die Gerichtskosten belaufen sich auf über 800 Euro.

*Agnes Andrae ist Mitarbeiterin der Geschäftsstelle des Bayerischen Flüchtlingsrates und nicht mit dem Münchner Polizeipräsidenten verwandt*

Ohne Unterstützung wäre der Fall auch nicht öffentlich geworden. Viele Frauen und Familien in Deutschland kämpfen als Geflüchtete mit denselben Problemen. Schwangere erleben Abschiebungen kurz vor Mutterschutzeintritt, wenn sie sich wehren, müssen sie harte Strafen fürchten. Sie wollen ihr Leben und das Wohl ihrer Kinder schützen. Wenn keiner für sie kämpft, müssen sie sich wehren.<





# Herzlich willkommen

Gestohlene Fahrräder, gestohlene Arbeitsgenehmigungen, gestohlene Lebenszeit, gestohlenes Recht. Was in der Fremde außer Hoffnung und Würde noch so alles abhandeln kann. Von Katja Doubek.

**E**in Städtchen, idyllisch gelegen an einem Fluss. Der richtige Ort für eine Gruppe junger Männer, von weit hergekommen, um Deutschland kennenzulernen. Später Nachmittag, Juli 2015. Die jungen Männer stehen erschöpft vor dem Landratsamt. Das Landratsamt ist geschlossen. Eine blonde Frau steht vor der Tür. Sie hat auf die jungen Männer gewartet. Sie soll die Geflüchteten aus Eritrea willkommen heißen, ihnen Schlüssel aushändigen und den Weg zu dem Haus zeigen, das ihre Unterkunft wird.

Die blonde Frau fürchtet sich vor den fremden Männern. Sie hat noch nie mit Menschen aus Afrika zu tun gehabt, jedenfalls nicht so nah. Sie möchte auch nichts mit Menschen aus Afrika zu tun haben.

Die Männer stehen vor ihr. Sie sind müde, unsicher, vorsichtig. Die blonde Frau sieht die Eritreer an. Die jungen Männer schlagen die Augen nieder. So gehört es sich in Eritrea. So erweist man dem Gegenüber Respekt. Die blonde Frau hat gelernt, dass man Menschen in die Augen schauen muss. Wer das nicht tut, hat etwas zu verbergen. Sie fragt, ob jemand Englisch kann. Zwei Eritreer melden sich. Die blonde Frau ist erleichtert. Sie übergibt die Schlüssel, einen Zettel mit der Adresse und eine Skizze.

„Da müsst ihr hin.“

„Lady, wo ist das Haus? In welche Richtung müssen wir gehen und wie weit?“

„Ungefähr 15 Kilometer immer geradeaus, bis die Straße kommt, die auf dem Zettel steht. Dann die Nummer suchen, und ihr seid da.“

Die Eritreer erschrecken. „15 Kilometer? Impossible, unmöglich! Wir haben Leute bei uns, die können kaum stehen, so schwach sind sie.“

Die blonde Frau ärgert sich. Sie ist davon ausgegangen, dass Menschen, die es von Afrika bis in ihr Städtchen schaffen, in der Lage sind, 15 Kilometer zu laufen. Normalerweise fährt ein Bus in das Dorf, in dem das Haus für die Eritreer steht. Um diese Uhrzeit nicht mehr. Sie telefoniert. Eine Stunde später hat sie eine Möglichkeit gefunden, die Eritreer zu transportieren. Endlich! Sie will Feierabend machen.

„Lady, wir haben kein Geld. Wir haben noch nichts gegessen. In München haben sie gesagt, wir bekommen hier Geld. Wir müssen uns etwas zu essen kaufen, bitte.“ Der Eritreer spricht mit gesenktem Blick. Suspekt.

Die Gruppe spürt, dass die blonde Frau verärgert ist. Geld! Niemand hat ihr gesagt, dass die jungen Männer Geld bekommen sollen. Woher soll sie jetzt Geld nehmen? Die blonde Frau zuckt die Schultern. Sie kann es nicht ändern. Sie hat einen Transport organisiert. Für mehr ist sie nicht zuständig. Feierabend.

„Wenn ihr morgen herkommt, kann ich euch Geld geben, vorher nicht. Das Landratsamt ist geschlossen. Die Bank auch. No money now!“

Am Abend stehen die jungen Männer in einem fremden Dorf vor einem fremden Haus. Sie haben nichts zu essen und kein Geld, sich etwas zu kaufen.

Am nächsten Morgen auf der Dorfstraße. Eine ältere Dame gibt ihnen zehn Euro. Die Eritreer kaufen für zehn Euro trockene Brötchen.

Dieser Tag ist etwas mehr als vier Jahre her. Die jungen Männer sitzen noch immer in dem kleinen Dorf. Die blonde Frau und ihr Vorgesetzter geben ihnen bis heute keine Arbeitserlaubnis und keine Genehmigung, eine Ausbildung zu machen.

Der Vorgesetzte ist stolz auf die blonde Frau. Sie wird befördert. Jetzt ist sie nicht mehr Sachbearbeiterin, sondern Leiterin.

Seit immer mehr fremde Menschen in die Gegend kommen, lernen sich immer mehr Menschen kennen, die einander bisher fremd waren. Sie haben ein gemeinsames Ziel: Sie möchten helfen. In der Umgebung des Städtchens bilden sich Helfer\*innenkreise. Sie organisieren Deutschunterricht, Hausrat, Wäsche und Kleidung. Einige Unterkünfte sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur schwer zu erreichen. Ein Helfer ruft auf, Fahrräder zu spenden. Fahrräder sind nützlich, wenn Wege zu Fuß zu weit sind und es weder Bus noch Bahn gibt.

Über ein Dutzend Fahrräder werden abgegeben. Die meisten reparaturbedürftig. Betreuer\*innen und Geflüchtete freuen sich. Die Frage ist: Wohin mit den Rädern, die geflickt werden müssen? Auf einem von der Stadt gemieteten Grundstück steht ein leerer Schuppen. Der Helfer spricht mit den Bewohner\*innen des dazugehörigen Hauses. Er darf die Räder unterstellen.

Wenig später hat der Helfer einen Brief vom Amt im Kasten. Die gerade beförderte Leiterin macht ihn schriftlich darauf aufmerksam, dass die Fahrräder nicht in dem Schuppen stehen dürfen. Der Schuppen gehöre der Stadt. Das Amt hat die Pflicht, mitzuteilen, dass privates Eigentum, wie etwa Fahrräder, für geflüchtete Menschen nicht dort unterzubringen sind.

Der Helfer greift zum Telefon. Die Fahrräder, erklärt er der Leiterin, sollen nur im Schuppen stehen bleiben, bis sie repariert sind. Die Bewohner\*innen des Hauses

haben zugestimmt. Es kann doch kein Problem sein, wenn ein paar Räder dort untergebracht sind! Der Helfer irrt. Es ist ein Problem. Die Sache ist die, erklärt ihm die Leiterin, der Schuppen gehört der Stadt, wie sie schon schrieb, und deswegen muss die Verwaltung des Städtchens jederzeit den ungehinderten Zutritt behalten. Das besagt ein Paragraph. Stehen Fahrräder im

## ***Der Schuppen gehört der Stadt, die Fahrräder müssen raus, und zwar zeitnah***

Schuppen, hat die Stadt keinen ungehinderten Zutritt. Denn Fahrräder stellen nach einem anderen Paragraphen ein Hindernis dar. Außerdem, wie schon gesagt, sind die Räder privates Eigentum, und das darf nicht einfach so in einem Schuppen untergebracht werden, der ja nun mal – paragrafisch geregelt – städtisches Eigentum ist.

Der Helfer unterbricht die amtliche Erklärung: Könnte man es nicht völlig unparagrafisch so sehen, dass die Fahrräder, wenn sie repariert sind, den geflüchteten Menschen zugutekommen. Damit kommen sie letztlich auch der Stadt zugute, die da, wo private, reparierte Fahrräder eingesetzt werden, nicht für die Mobilität der Geflüchteten zu sorgen hat. Die Leiterin verneint. Es bleibt dabei: Der Schuppen gehört der Stadt, die Fahrräder müssen raus, und zwar zeitnah!

Der Helfer fährt zum Schuppen. Rechts neben dem kleinen Verschlag ist ausreichend Platz, um die Fahrräder aneinander gekettet abzustellen. Im Städtchen kauft er zwei schwere Metallketten und stabile Vorhängeschlösser. Dann räumt er die Räder aus dem Schuppen und schließt sie in zwei Gruppen zusammen. Der Schuppen ist leer, die Fahrräder sind sicher. Erledigt, denkt der Helfer.

Einige Tage später fährt er mit Material für die Reparaturen zu dem Schuppen. Schon von weitem sieht er, dass die Räder nicht mehr stehen, wo sie standen. Auf dem Boden liegen die beiden Ketten, durchgezwickelt. Der Helfer denkt nach. Wer kommt auf die Idee, Fahrräder, die für Geflüchtete sind, zu stehlen? Noch dazu Fahrräder, die erst repariert werden müssen, bevor man mit ihnen fahren kann. Er ruft die Leiterin an. Unumwunden gibt sie zu, den Abtransport der Räder veranlasst zu haben. Kein Wort





der Entschuldigung. Das Grundstück, auf dem die Räder standen, ist städtisches Eigentum, da haben private Räder nicht zu stehen – schon gar nicht in dieser Menge. Und erst recht nicht angekettet. Sodass man sie nicht bewegen kann, wenn man mal schnell was auf diesem Grundstück zu erledigen hat. Der Helfer lässt sich auf diese Diskussion nicht ein.

„Entweder die Räder stehen morgen wieder da, wo ich sie abgestellt habe. Mit funktionstüchtigen Ketten und Schlössern versehen oder ich zeige Sie wegen Diebstahls an.“

Am nächsten Tag bringen zwei von der Leiterin – auf Kosten der Gemeinde - beauftragte Männer die Räder in einem von der Leiterin – auf Kosten der Gemeinde – gemieteten Wagen zurück zum Grundstück. Dort werden die Räder angekettet, mit Ketten – auf Kosten der Gemeinde gekauft.

Auf eigenen Wunsch geändert

Einer von denen, die auf ein Fahrrad angewiesen sind, ist ein junger Mann aus Afrika. Er ist fest entschlossen, in Deutschland alles richtig zu machen, damit er bleiben darf. Kaum angekommen besucht er einen Integrationskurs, bemüht sich, die Sprache zu lernen. Nach dem Integrationskurs will er einen Schulabschluss machen und dann eine Ausbildung. Das ist sein Plan und den verfolgt er. Obwohl Schule auf Deutsch schwer ist, und er oft auch am späten Abend noch lernt, arbeitet er 15 Stunden in der Woche in einem Restaurant. Mit Genehmigung.

Zwei Jahre später: Der junge Mann aus Afrika hat seinen Mittelschulabschluss bestanden und das B1 Zertifikat. Er hat ein gutes Zeugnis und sein Chef hat ihm eine Ausbildungsstelle angeboten. Sie beginnt in einem halben Jahr.

Der junge Mann möchte die Zeit nutzen, um Geld zu verdienen. Sein Freund, mit dem er das Zimmer teilt, arbeitet auf dem Bau. Er kann nicht viel Deutsch, aber für seine Arbeit reicht es. Fünf Tage in der Woche schleppt er Zementsäcke und verdient viel Geld damit. Immer wenn der junge Mann Geld braucht, kann er es sich bei ihm leihen.

Der junge Mann hasst es, Geld leihen zu müssen, und er hasst es, Geld vom deutschen Staat nehmen zu

müssen. Er hat zuvor noch nie von jemandem Geld nehmen müssen. Er ist kräftig, er ist willig. Er kann in Deutschland mehr als 15 Stunden in der Woche arbeiten. Er fährt mit dem Fahrrad ins Städtchen und geht zum Arbeitsamt.

„Natürlich können Sie mehr arbeiten als jetzt. Sie haben ja Zeit, bis ihre Ausbildung beginnt. Dafür müssen Sie allerdings zunächst Ihre Stelle kündigen und dann bei der Ausländerbehörde eine neue Arbeitsgenehmigung mit mehr Stunden beantragen.“ Die Frau auf dem Arbeitsamt holt ein Formular aus der Schublade. Der junge Mann unterschreibt die Kündigung – und geht zum Ausländeramt.

Die Leiterin sieht den jungen Mann aus Afrika und tut, was sie immer tut, wenn Geflüchtete ohne Begleitung ihrer Betreuer vor der Tür sitzen – sie übersieht den jungen Mann und lässt ihn warten. „So lernen sie, nicht wegen jeder Kleinigkeit zu kommen und uns die Zeit zu rauben“, ist sie mit ihrem Vorgesetzten einig.

Endlich wird der junge Mann vorgelassen. Die Leiterin ist nicht zuständig für sein Anliegen. Eine andere

## ***Zwei Jahre später: Der junge Mann wartet noch immer auf seine Arbeitsgenehmigung***

Dame spricht mit ihm. „Ich möchte mehr arbeiten“, erklärt er ihr. „Meine Ausbildung fängt erst im September an. Ich kann bis dahin alles arbeiten, es muss nicht in einem Restaurant sein. Ich kann auch auf dem Bau helfen.“ Der junge Mann denkt an das Geld, das sein Freund verdient. Die Dame nickt. „Sie stellen jetzt einen Antrag auf 40 Stunden in der Woche, und dann sehen wir, ob das mit der Genehmigung klappt.“ Der junge Mann unterschreibt den Antrag. Die Dame lässt sich seinen Ausweis geben. Auf eigenen Wunsch geändert, notiert sie handschriftlich dort, wo der Vermerk zur Arbeitsgenehmigung stehen soll.

Zwei Jahre später: Der junge Mann wartet noch immer auf seine Arbeitsgenehmigung – ebenso, wie er auf seine Ausbildungsgenehmigung wartet. Die Leiterin und ihr Vorgesetzter verwehren ihm beides.

Hausfriedensbruch...

Endlich eine eigene Wohnung. Sie sind zu sechst. Der Vater hat in der Heimat ein eigenes Unternehmen

gehabt. Mit vier Angestellten. Die Mutter war zu Hause. Vier Kinder hat sie geboren. Zwei Jungen und zwei Mädchen. Die Mutter hat viele Sorgen: Sie sorgt sich um ihren Mann, der vor Kummer viel Gewicht verloren hat. Sie sorgt sich um ihre Kinder, die in einem fremden Land aufwachsen werden.

Sie tröstet ihren Mann, wenn er sich schämt, dass er seine Familie nicht mehr ernähren kann, dass sie angewiesen sind auf die Unterstützung eines Landes, in dem sie nicht willkommen sind. „Natürlich wirst du Arbeit finden. Du bist Elektriker. Strom gibt es überall.“

Freitagnachmittag. Die beiden Mädchen schlafen im großen Zimmer. Sie sind gerade erst in die Schule gekommen und am Ende der Woche oft müde. Vater und Söhne sind auf dem Fußballplatz. Es klingelt. Ein fremder Mann steht vor der Tür. Er sagt nicht, wie er heißt, nicht, was er möchte. Er geht an ihr vorbei in den Flur, dann in das kleinere Zimmer, holt Zollstock und Block aus einer Tasche. „Ich muss hier ausmessen.“ Er legt den Zollstock an und schreibt die Maße auf seinen Block. „Was wollen Sie?“ Die Mutter hat ihn nicht verstanden.

„Ich messe aus.“ Seine Stimme ist laut, der Ton grob. Nebenan wachen die Mädchen auf und rufen nach der Mutter. Als sie die Tür öffnet, steht der Mann direkt hinter ihr. Wortlos nimmt er auch hier die Maße.

„Wenn ich du wäre“, sagt er mit einem Blick auf die Stockbetten zur Mutter, „würde ich mir ganz schnell eine andere Wohnung suchen.“ Die Mutter erschrickt. „Andere Wohnung, warum?“ Eine der Töchter fängt an zu weinen. „Weil in diese Wohnung zwei aus Syrien kommen. Und dann seid ihr acht Leute hier.“

„Wer aus Syrien? Warum? Wir wohnen hier.“ Die Mutter legt ihre Arme schützend um ihre Töchter.

„Keine Ahnung. Ich soll nur ausmessen, ob hier noch zwei Leute Platz haben, und nach den Richtlinien passt noch ein Hochbett rein.“ Der Mann packt Zollstock und Block ein und verschwindet.

Als der Vater wenig später von dem Besuch erfährt, ist er außer sich. „Beruhige dich“, tröstet seine Frau. „Der Krieg war schlimmer.“

Am Montag geht die Mutter zu der älteren Lehrerin, bei der sie Deutsch lernt und erzählt, was geschehen ist.

„Das ist verboten. Das dürfen die nicht. Sie können nicht einfach in eure Wohnung. Warum bist du denn nicht gleich zu mir gekommen?“

## ***Der Datenschutz erlaubt Hausfriedensbruch?***

Die Lehrerin ruft die Leiterin an. „Wie heißt der Mitarbeiter, der sich erlaubt hat, ohne Anmeldung in die Wohnung der Familie zu gehen und die Leute so zu erschrecken?“

Die Leiterin antwortet: „Aus Gründen des Datenschutzes darf ich keine Angaben machen.“ Die Lehrerin ist wütend. „Aber der Datenschutz erlaubt Hausfriedensbruch?“

Die Leiterin bleibt die Ruhe selbst. „Wir sind die Mieter der Wohnung und haben jederzeit auch ohne Anmeldung das Recht auf Zutritt.“

„Gar nichts haben sie!“ ereifert sich die Lehrerin. Noch am selben Tag schreibt sie eine Dienstaufsichtsbeschwerde.

Eine Woche später wird sie auf das Landratsamt gebeten. Die Leiterin entschuldigt sich und verspricht, alles zu tun, damit der Vater schnell eine Arbeitsgenehmigung bekommt – wenn! – wenn die Lehrerin die Dienstaufsichtsbeschwerde zurückzieht.<

Dr. Katja Doubek,  
*Autorin, Psychotherapeutin, arbeitet und lebt in München und in Italien*





POLIZEI

POLIZEI

# Voll auf die Fresse

In Unterkünften kommt es immer wieder zu massiven Ausschreitungen mit der Polizei, bei denen Geflüchteten wenig Rechte und wenig Gehör zugesprochen bekommen. Wir haben uns zwei Einsätze genauer angeschaut - und deren Folgen. Von Stephan Dünnwald.

**B**ayern ist ja oft vorn dran, wenn es um demonstrative Härte geht. Bei Einheimischen ist die bayerische Polizei inzwischen etwas vorsichtiger geworden. Bei Geflüchteten gilt das nicht. Besonders mit der Einrichtung von großen Lagern haben die Konflikte zugenommen und damit auch die Polizeieinsätze, und in der Folge solcher Einsätze auch massive Polizeiaufgebote.

Das Muster dieser Einsätze ist so simpel wie verstörend: Wegen meist belangloser Vorfälle kommt die Polizei, bringt aber, wie es dann gern beschrieben wird, „die Lage nicht unter Kontrolle“, und es kommt eine Hundertschaft Polizei, mindestens.

Ende Mai gab es eine solche Aktion in Stephansposching, der Dependence des Ankerzentrums Deggendorf. Die Geflüchteten sind hier in einer großen Halle untergebracht, die Lebenssituation ist beschämend schäbig, die Halle ist weit außerhalb der Gemeinde, irgendwo an der Autobahn. Die *Passauer Neue Presse* schildert den Einsatz noch am gleichen Abend folgendermaßen:

## Einsatz in Stephansposching

„Mehrere Polizisten bei Einsatz in Asylunterkunft bei Plattling verletzt. Gegen 17 Uhr wurden Beamte der Polizeiinspektion Plattling in die Asylbewerberunterkunft nach Stephansposching gerufen. Mehrere Bewohner hätten dort die Einrichtung beschädigt und

*randaliert. Laut Polizeiangaben rückten vier Streifen aus, die Situation schien zunächst ruhig. Dann heizte sich die Stimmung auf, rund 30 Bewohner beleidigten die Polizei aufs ‚Übelste‘, bedrängten die Polizisten und griffen sie an.*

*Den Polizisten gelang es schließlich, den Rädelsführer in Gewahrsam zu nehmen. Dann eskalierte die Situation. Bewohner schlugen auf die Polizeibeamten ein und warfen Fahrräder auf die Polizisten. So versuchten sie den Rädelsführer zu befreien. Ein Asylbewerber spuckte einem Beamten ins Gesicht. Die Polizisten wehrten sich mit Pfefferspray.*

*Als der Rädelsführer am Dienstfahrzeug war, sprang ein Asylbewerber mit beiden Füßen in die Seitenscheibe des Polizeiautos. Mit Steinen und Kabeltrommeln verbarrikadierten die Asylbewerber die Ausfahrt. Das Tor versperrten sie mit Fahrradschlössern. Über einen Bauzaun mussten sich die Beamten zurückziehen.*

*Massive Polizeikräfte wurden daraufhin angefordert, darunter auch Beamte des angrenzenden Polizeipräsidiums Oberpfalz. 15 Personen wurden in Gewahrsam genommen. Sechs Personen wurden festgenommen und der Kripo Deggendorf zur Sachbearbeitung übergeben. Am Samstag soll in Absprache mit der Staatsanwaltschaft Deggendorf die Haftfrage geklärt werden.“*

## Bericht an Bayerischen Flüchtlingsrat

Ganz offensichtlich stützte sich dieser Bericht der PNP hauptsächlich, vielleicht sogar ausschließlich, auf die Darstellung der Polizei. Dem Bayerischen Flüchtlingsrat geht wenig später der Bericht einiger Bewohner aus der Dependence des Ankerzentrums Deggendorf zu. Darin steht:

*31.05.2019. Ablauf der Geschehnisse:*

- 1. Es kommt zu einer Auseinandersetzung zwischen Geflüchteten.*
- 2. Die Polizei wird gerufen.*
- 3. Der Sicherheitsdienst verlässt die Szene, die Polizei kommt. Die Situation ist unübersichtlich. Eine Person möchte in die Unterkunft gehen und sein Telefon holen. Ein Polizist schupst ihn und verweigert ihm den Zutritt. Die betroffene Person fragt den Polizisten, warum er ihn so schlecht behandelt. Und wenn der Polizist Respekt verlange, dann sollte sich der Polizist ebenso respektvoll gegenüber den Personen aus dem Camp verhalten. Und die Person sagt, dass sie Respekt vor der Polizeiuniform habe.*
- 4. Der Polizist beginnt damit, die Person zu schlagen und versucht, sie auf den Boden zu bringen und zu fixieren. Der Polizist lässt die Situation unnötig eskalieren.*
- 5. Die Leute vom Camp wollen Frieden. Doch die Polizei hört nicht auf, versucht die Person festzunehmen und mitzunehmen.*
- 6. Die Leute versuchen, die Polizei dabei zu stoppen, die Person mitzunehmen. Die Polizei beginnt, den Leuten Pfefferspray in die Augen zu sprühen.*
- 7. Die Leute setzen sich gegen die Angriffe der Polizei zur Wehr, haben mit dem Pfefferspray in den Augen zu kämpfen. Viele werden von der Polizei mit Schlagstöcken attackiert.*
- 8. Als die Polizei realisiert, dass sie einen Fehler gemacht haben, rennen sie davon, verlassen das Gelände. Sie rufen Verstärkung.*
- 9. Die Polizei informiert den Hausmeister, die Leute, die verletzt sind, zusammen zu bringen und zu den Vorfällen zu befragen, zu vernehmen.*
- 10. Einige Leute wurden festgenommen und mitgenommen.*

Die 15 von der Polizei festgenommenen Personen haben mindestens eine Anzeige wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Landfriedensbruch, vermutlich auch schweren Landfriedensbruch, bekommen. Zudem kommt vermutlich in einigen Fällen auch Körperverletzung und Sachbeschädigung dazu. Es wird keine einzige Anzeige gegen auch nur einen der beteiligten Polizisten geben. Die Medien

werden weiter ausschließlich der Darstellung der Polizei folgen - vielleicht ergänzt um die Darstellung von Verwaltungs- oder Security-Mitarbeiter\*innen. Der bayerische Innenminister wird verlautbaren, dass man gegen diese Kriminellen mit aller gebotenen Härte vorgehen müsse. Es wäre interessant zu wissen, ob in Vorbereitung der anstehenden Verfahren auch nur einer der Geflüchteten vernommen worden ist, der das Protokoll an den Bayerischen Flüchtlingsrat geschickt hat. Der Flüchtlingsrat hat in einer Pressemitteilung dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann die Rädelsführerschaft und Verantwortung für diese Vorfälle zugesprochen. Aussichten, gegen die Darstellung und die Folgen des Polizeieinsatzes etwas zu unternehmen, sind mau. Wer befragt die Beteiligten und Beschuldigten überhaupt, wenn man die Aussagen der Polizei hat?

## Einsatz in Krailling

Nur wenige Wochen später, am 27. Juni, gab es einen Polizeieinsatz in einer Unterkunft nahe Krailling. Nein, eigentlich waren es drei Polizeieinsätze:

Frühmorgens gab es eine Razzia unter Beteiligung von mindestens dreißig Beam\*innen und einem Hund. Diese Razzien dürfen, so die Meinung zumindest der Polizei und der Behörden, in Flüchtlingsunterkünften auch ohne Anlass durchgeführt werden, seitdem mit dem Bayerischen Integrationsgesetz von Ende 2016 Flüchtlingsunterkünfte als „gefährliche Orte“ klassifiziert worden sind.

Nach diesem Einsatz beschwerte sich einer der Bewohner, ein junger Afghane, nennen wir ihn Herrn K, der während der Razzia auf der Arbeit war, lautstark über die Durchführung der Razzia bei der Verwaltung. Seine Mutter und seine Schwester wären im Zimmer gewesen, als die Polizei ohne Anklopfen den Raum betrat, heißt es. Der Verwalter fühlte sich von Herrn K bedroht, rief die Polizei, es kam zum Einsatz Nummer zwei, von der lokalen Polizeiinspektion in Planegg.

Herr K tritt mit der Polizei herum, wurde aber nach Aussagen eines Augenzeugen nicht handgreiflich. Trotzdem wurde er aber von den drei Polizisten zu Boden gebracht und dort von zwei Beamten fixiert. Herrn K's Mutter, 73 Jahre, kam hinzu, wollte ihrem Sohn helfen, wurde aber, wieder nach Aussage des Augenzeugen, von einem der drei Polizisten gepackt und durch die Luft geschleudert. Sie prallte hart auf dem Boden auf und blieb jammernd liegen. Später wird festgestellt werden, dass sie einen Armbruch erlitten hatte. Die Schwester Herrn K's war ebenfalls





Regierung von Nord

1990



Landesregierung

Ministerium für Inneres  
und Sport



vor Ort. Es kann sein (hier gehen die Aussagen auseinander), dass sie einen Kieselstein in Richtung oder auf das wegführende Polizeiauto geworfen hat. Mehrere andere Bewohner standen herum, griffen aber laut Augenzeugen und auch Bildern nicht ein. Lediglich ein Rettungswagen wurde gerufen. Die Polizisten brachten den Afghanen zum Auto und fuhren mit ihm davon.

#### Neun Männer, hundert USK-Polizisten

Neun Männer aus der Unterkunft gingen nun in Richtung Krailling, um sich, so ihre Aussage, bei der Gemeinde zu beschweren. Auf dem Weg dorthin kam es schließlich zu Einsatz Nummer drei: Eine Hundertschaft USK-Polizei rückte an, nahm die neun Personen fest, konfiszierte die Handys, nahm die Personen schließlich mit nach München und ließ sie nach einer erkennungsdienstlichen Behandlung am späten Abend wieder frei. Ob die neun Männer sich außerdem ausziehen mussten und auch teilweise rektal untersucht wurden, ist nicht eindeutig geklärt.

Im *Münchner Merkur* stand am nächsten Tag:

*Beamte der Planegger Polizeiinspektion*

*führten am Vormittag eine routinemäßige Begehung der Unterkunft durch und überprüften die Bewohner. Als dies abgeschlossen war, fühlte sich laut Polizeipräsidium München „ein Bewohner in seiner Ehre verletzt“. Er habe die Wachleute bedroht und körperlich angegangen. Diese riefen wiederum die Polizei. [...]*

*Eine Streife rückte an und nahm den aggressiven Bewohner fest. Das nahmen neun weitere Bewohner der Containerunterkunft zum Anlass, sich mit dem Festgenommenen zu solidarisieren. Sie bewarfen die Beamten mit Steinen und Flaschen. Die Beamten lösten Alarm aus, ein größerer Unterstützungseinsatz wurde in Gang gesetzt. [...]*

*Laut Polizeipräsidium München kam es auch beim Großeinsatz zu Rangeleien. Hierbei stürzte eine 73-jährige Bewohnerin der Unterkunft und erlitt einen Armbruch. Drei Polizeibeamte wurden leicht verletzt. [...]*

Der Kraillinger Helferkreis Asyl allerdings berichtet von Zeugen, die eine andere Vorgehensweise der Polizei beobachtet hätten. Eine Stellungnahme werde vorbereitet.

Auch *Hallo München* übernimmt die Polizeiberichterstattung, ebenso *Würmtal.Net*. Der Vorwurf an die neun festgenommenen Personen lautet: Schwerer Landfriedensbruch.

#### Zeugenaussagen von einem Ehrenamtlichen

Soweit so bekannt. Ein eigentlich belangloser Streit eskaliert, es kommt eine Hundertschaft oder zwei, um den „Landfrieden“ wieder herzustellen. Der Aggressor: ein Geflüchteter, der Einsatz der Polizei zweifellos gerechtfertigt. Oder? Die Flüchtlingsunterstützer\*innen in Krailling werden auf der Straße angegangen, warum sie immer noch Kriminelle unterstützen würden. Sie fühlen sich mitsamt den Geflüchteten an den Pranger gestellt. Und sie wehren sich.

### **Was hier anders als bei anderen Polizeieinsätzen ist:**

### **Es gibt deutsche Augenzeugen**

Im Fall des Einsatzes in Krailling liegt die Situation anders als zum Beispiel in Stephansposching. Hier gibt es engagierte Unterstützer\*innen, die einen Anwalt engagieren und den Bayerischen Flüchtlingsrat informieren. Die Unterstützer\*innen sammeln Zeugenaussagen, Fotos und Videos von den Vorfällen, schreiben eine Pressemitteilung, in der sie die Ereignisse richtig stellen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt deshalb jetzt auch gegen die Polizisten von Planegg, die, so der Augenzeuge, den Armbruch der alten Frau direkt herbeiführten.

Was hier anders als bei anderen, oft massiven Polizeieinsätzen, ist, dass es deutsche Augenzeugen gibt. So könne die morgendliche Razzia, das Verhalten der Planegger Polizei, das zum Armbruch der Frau führte und auch die Festnahme und das Einbehaltene der Handys der neun Personen hinterfragt werden. Ein Erfolg immerhin: die Pressemitteilung des Bayerischen Flüchtlingsrats, schnell verfasst und an die Redaktionen von *Merkur* und *SZ* geschickt, wird zumindest von



Stephan Dünnwald  
ist Ethnologe und  
arbeitet beim  
Bayerischen  
Flüchtlingsrat

der Starnberger Ausgabe der Süddeutschen aufgegriffen. Hier wird gleich von zumindest unterschiedlichen und widersprüchlichen Darstellungen der Abläufe gesprochen, und *Würmtal.Net* nahm tags drauf die erste Meldung vom Netz, und stellte stattdessen die Presseerklärung der Initiative ein.

### Ambivalenz der Darstellung

Deshalb muss man sagen: Ein erster, nicht zu unterschätzender Erfolg ist in diesem Fall, die Ambivalenz der Darstellungen in die Öffentlichkeit gebracht zu haben. Zu den Vorfällen in Krailling wird nicht nur die Polizei gehört und abgedruckt, sondern auch ein Ehrenamtlicher, der direkter Augenzeuge war, weil er an jenem Morgen eine Deutschstunde abhalten wollte. So kann zunächst unterstrichen werden: So, wie die Polizisten die Sache darstellen, muss es nicht gelaufen sein. Der ehrenamtliche Kraillinger sagt sehr deutlich, Herr K habe die Polizisten zwar lautstark angeredet, aber nicht angefasst. Er sagt auch, die anderen Afghanen, die Zeugen der Vorfälle waren, hätten eben keine Flaschen und Steine auf das Polizeifahrzeug geworfen. Damit fehlt komplett die Begründung für den Einsatz einer Hundertschaft, die diese neun Personen festnahm. Die Handys haben diese neun Personen übrigens noch immer nicht zurück. Die Polizei ließ sie jeweils einen Zettel unterschreiben, wonach sie mit der dauerhaften Einbehaltung ihrer Mobiltelefone durch die Polizei einverstanden seien. Dass das von den Afghanen wohl niemand verstanden hat, spielt erst mal noch keine Rolle.

Die Polizei hat hier gleich reagiert. Einer der Polizisten, die den Armbruch der alten Frau verursacht haben, hat sich bald darauf bei Verwandten der Frau entschuldigt. Den Kraillinger, der als Hauptaugenzeuge der Geschehnisse eine wichtige Person ist, wurde von der Polizei einbestellt und vernommen. Im Protokoll findet sich die Formulierung, dass der Polizist die Frau durch die Luft geworfen hätte, nicht wieder. Zu Recht verweigerte der Augenzeuge die Unterschrift.

Es wird wohl noch eine Weile dauern, bis die Ermittlungen abgeschlossen sind und bis es zur Verhandlung der Vorfälle kommt. Noch ein Unterschied zu den üblichen Vorfällen dieser Art in Flüchtlingsunterkünften: Inzwischen hat jeder der Beschuldigten eine Anwält\*in; insgesamt sind jetzt 12 Anwält\*innen eingeschaltet, um die Rechte der Beschuldigten zu wahren.

So wird es in den Verhandlungen auch sehr deutlich darum gehen, ob die Polizei bei diesen Einsätzen nicht ihre Rechte massiv überschritten hat. Das gilt schon für den ersten Einsatz, die morgendliche Razzia. Und den zweiten Einsatz, bei dem es zur Verletzung der alten Frau kam. Und auch für den dritten Einsatz, bei dem eine Hundertschaft eine Gruppe von vermutlich Unbeteiligten festnahm, durchsuchte und ihre Telefone wegnahm. Auch wird die Frage gestellt werden, ob der Einsatz der Hundertschaft vielleicht nur angeordnet worden ist, damit die Polizei die Handys der Umstehenden einsammeln und sichten konnte, ob jemand den Vorfall aufgezeichnet hat. Die Kraillinger und der *Bayerische Flüchtlingsrat* sehen auf jeden Fall den Verhandlungen mit Interesse entgegen.

### Rechtlosigkeit von Geflüchteten

Der Kriminalisierung von Geflüchteten durch diese Form der Polizeieinsätze etwas entgegenzusetzen, ist schwierig. Schnell ist die Polizei dabei, den Einsatz aus ihrer Sicht darzustellen und zu rechtfertigen, in der Regel mit eifertiger Unterstützung des Innenministeriums. Zunehmend aber keimen auch Zweifel an der Rechtmäßigkeit solcher Polizeieinsätze auf. Es gibt inzwischen Gerichtsentscheide, die Durchsuchungen auch von Flüchtlingsunterkünften nur mit einer richterlichen Anordnung gestatten. Eine absolute Rechtlosigkeit von Geflüchteten ist auch in Bayern nicht gegeben.

Nun geht es vor allem darum, grundlegend festzustellen, wo die Polizei ihre Rechte überschreitet, und wo auch die Politik Verhältnisse und Prozeduren schafft, die Konflikte provozieren. Die Lebensumstände in großen Lagern sind konfliktrichtig, Polizeieinsätze in diesen Lagern schwierig. Dennoch wird an beidem festgehalten. Hier muss sich die Regierung und Staatsmacht fragen lassen: Nimmt man Konflikte bei Polizeieinsätzen in Kauf? Oder wird dies sogar befürwortet, um Geflüchtete in einem schlechten Licht darstellen zu können? Sollte es eine Deeskalationsstrategie geben? Wäre diese nicht sogar notwendig?

Bayerns Regierung verfolgt bei der Flüchtlingsunterbringung einen uneingeschränkt repressiven Ansatz. Auf Kosten der Geflüchteten, aber auch auf Kosten einer Polizei, die auf den Umgang mit Geflüchteten nicht vorbereitet ist. Bayerns Innenminister ist auch Integrationsminister. Man sollte ihn öfter mal daran erinnern.<







# NO BORDERS NAVY

Am 29. Juni 2019 um halb zwei Uhr nachts legt die *Sea-Watch 3* im Hafen von Lampedusa an. Sie beendet damit einen Rettungseinsatz, der 17 Tage gedauert hat. Wäre es nach den staatlichen Autoritäten der EU gegangen, die in diesem Moment nur in der wenig überzeugenden Form eines kleinen Schnellbootes der italienischen Finanzpolizei aktiven Widerstand leisten, hätte die Mission noch länger gedauert. Doch die Crew um Kapitänin Carola Rackete hatte genug davon, ihre 40 verbleibenden Gäste an Bord für politische Spielchen leiden zu sehen. So taten sie, was getan werden musste und setzten einen neuen Höhepunkt in der mittlerweile fast fünf Jahre andauernden Auseinandersetzung zwischen der zivilen Seenotrettung und dem Europäischen Grenzregime. Zeit für einen Rückblick. Eine kleine Chronik der zivilen Seenotrettungen im Mittelmeer in Wort und Bild von Chris Grodotzki.

**Prélude:** Als die Migration übers Mittelmeer illegal wurde

Nachdem sich Europa nach 1945 aufgrund des Wiederaufbaus und des kriegsbedingten Mangels an „Manpower“ stark auf die (unter anderem trans-mediterrane) Immigration günstiger Arbeitskräfte verlassen hatte, drehte der Ölschock 1973 diesen Spieß um: Er bereitete dem Wirtschaftswunder ein jähes Ende und „veränderte die globale und europäische Geografie der Migrationsströme unwiderruflich“, denn die Reaktion der betroffenen Staaten bestand unter anderem darin, die Arbeits-Immigration zu erschweren. Die Verschärfung des Visa-Regimes legte nicht nur den Grundstein der heutigen europäischen Grenzpolitik – und damit der sogenannten Flüchtlingskrise im Mittelmeer – sondern setzte auch ihr konstituierendes Dispositiv: die Illegalität. „Es ist common sense, festzustellen, dass Illegalität ein Produkt davon ist, wie Legalität definiert und Recht durchgesetzt wird. Das gilt für die Migration ebenso wie für jedes andere Phänomen“, stellt beispielsweise Philippe Fargues in einer Untersuchung für die *Internationale Organisation für Migration (IOM)* fest. „Zu diesem Zeitpunkt begann die illegale Migration und das Schmuggelgeschäft.“

Seither haben weit mehr als 2,5 Millionen Migrant\*innen das Mittelmeer auf den drei Haupttrouten überquert: Die westliche Route; von Marokko nach Spanien, mit nur 15 zurückzulegenden Kilometern, die erste und kürzeste Süd-Nord-Verbindung. Die östliche Route; von der Türkei nach Griechenland, viel befahren vor allem zwischen 2014 und 2016, nachdem die Evros-Passage mittels Grenzzaun dicht gemacht worden war. Und schließlich die zentrale Route; anfangs von Tunesien nach Italien, seltener von Algerien oder Ägypten, und seit den 2000er-Jahren dann mit Libyen als primärem Abfahrtschiffhafen. Rechnet man mit gesicherten Zahlen – über 12.500 dokumentierte Tote seit 2015, verglichen mit 3.009 auf der West- und der Ostroute – stellt das zentrale Mittelmeer die tödlichste Grenze der Welt dar.

**2015 – 2016: Eine zivile Flotte**

Wenige Tage nach dem Schiffbruch vom 3. Oktober 2013, bei dem rund 390 Flüchtende vor Lampedusa ertranken und der weltweite Aufmerksamkeit auf sich zog, startete Italien eine großangelegte Seenotrettungs-Operation. Benannt nach einem altrömischen Namen des Mittelmeers – *Mare Nostrum*, unser Meer –, führte die Anstrengung der italienischen Marine und der Guardia Costiera innerhalb eines Jahres zur Rettung









von über 150.000 Menschen. Nachdem Italien die anderen Mitgliedstaaten der EU wiederholt vergeblich aufgefordert hatte, eine Lösung zur Verteilung der Einsatzkosten auf der einen, und der geretteten Menschen auf der anderen Seite, zu finden, wurde *Mare Nostrum* im Oktober 2014 eingestellt. Die zögerlich angekündigte EU-Folge-mission *Frontex Plus / Triton* konnte – mit ihrem Fokus auf Grenzsicherung und einem Einsatzgebiet nur vor den europäischen Küsten und einem Drittel der finanziellen Mittel – natürlich nicht annähernd mit der Bilanz der Vorgängerin mithalten.

Vor dieser Kulisse fand sich Ende 2014 ein kleiner Kreis bürgerlicher Aktivist\*innen, um den Kaufmann Harald Höppner, zusammen. Sie wollten dem „Versagen der EU“ – so die anfängliche Analyse – nicht länger zusehen. Die Gruppe beschloss, von 60.000 Euro aus dem Privatvermögen Höppners, einen fast 100 Jahre alten Fischkutter zu kaufen und ins Mittelmeer zu entsenden. Am 20. Juni, dem World Refugee Day 2015, setzte die MS *Sea-Watch* von Lampedusa aus erstmals Segel in Richtung des Such- und Rettungstreifens (oder SAR-Zone) vor der libyschen Küste. Einen Tag später machte sich die *Dignity 1* von *Médécins Sans Frontières* (Ärzte ohne Grenzen/MSF) von Malta aus auf den Weg und wurde kurz darauf von der *Bourbon Argos* ergänzt.

Nachdem diese Initiator\*innen der zivilen Seenotrettung im ersten Jahr als Held\*innen gefeiert wurden, erlebte die zivile Flotte 2016 ihre Blütezeit: Im Februar charterte *SOS Méditerranée* die 77 Meter lange *Aquarius* in Kooperation mit *MSF Amsterdam*. Des Weiteren brachten die spanischen Rettungsschwimmer\*innen von *Proactiva Open Arms*, sowie *Sea-Eye* und *Jugend Rettet* aus Deutschland, Schiffe in den Einsatz. Später im selben Jahr schlossen sich noch die niederländische *Boat Refugee Foundation* und *Save the Children* an. *Sea-Watch* musste derweil einsehen, dass der ursprünglich Plan, durch Monitoring ein verstärktes Eingreifen europäischer Behörden zu bewirken, nicht aufging, und tauschte die *Sea-Watch*, gegen die deutlich größere und einsatztauglichere *Sea-Watch 2* ein.

## 2017: Der Wind dreht

Zu Beginn des Sommers 2017 befand sich die zivile Flotte mit dreizehn Schiffen und *Sea-Watch's* neuem

Flugzeug *Moonbird* auf ihrem Höhepunkt. Statt sich unter Druck setzen zu lassen, bedienten sich die staatlichen Akteur\*innen dieses Momentums, um sich selbst aus der Affäre zu ziehen, wie Paolo Cuttitta im Border Criminologies Blog der Uni Oxford darlegt:

## **Bereits im April 2016 hatten bewaffnete Milizen die Sea-Watch 2 bedroht und geentert**

„Während *Eunavfor Med* und *Frontex / Triton* Ende 2015 und 2016 zur Search-and Rescue in dem Gebiet nahe der libyschen Gewässer beigetragen hatten, zogen sich ihre Assets [...] zwischen 2016 und 2017 allmählich aus diesem Gebiet zurück, um der libyschen Küstenwache die Freiheit zu geben, Migrant\*innen zurückzuführen sowie NGO-Schiffe zu verfolgen und einzuschüchtern. Dies führte zu einem starken Rückgang (von 66% im Jahr 2016 auf 49% im Jahr 2017) des Anteils der von staatlichen und EU-Schiffen geretteten Personen [...], während der Anteil der zivilen Assets von 34% auf 51% [davon 41% NGOs und 10% Handelsschiffe] anstieg.“

Die sogenannte *Libysche Küstenwache* (LYCG) nahm ihren neuen Job durchaus ernst: Bereits im April 2016 hatten bewaffnete Milizen die *Sea-Watch 2* bedroht und geentert, bevor sie Schiff und Besatzung am 10. Mai 2017 durch ein halsbrecherisches Manöver vor dessen Bug erneut gefährdeten. Im August beschossen sie die *Bourbon Argos* und enterten diese, im September entführten sie das Schnellboot *Speedy* inklusive Besatzung nach Libyen (die Crew kam kurz darauf wieder frei, das Boot nicht). Im November schließlich bedrängte das Patrouillenboot *Taleel 267* sogar versehentlich die deutsche Marine-Fregatte *Mecklenburg-Vorpommern*.

Parallel dazu begannen Schlüsselpositionen europäischer Institutionen im ersten Halbjahr 2017 die Behauptung im Diskurs zu etablieren, NGOs arbeiteten Hand in Hand mit Menschenschmugglern. Den Startschuss gab der sizilianische Staatsanwalt Carmelo Zuccaro, der im Februar verkündete, Untersuchungen zu solcherlei Verbindungen eingeleitet zu haben. Dies

wurde auch gleich vom damaligen österreichischen Außenminister Sebastian Kurz aufgegriffen, der Ende März bei einem Besuch in Valletta verkündete: „Es gibt NGOs, die gute Arbeit leisten, aber auch viele, die Partner der Schlepper sind.“ Im April behauptete Zuccaro dann Beweise für direkte Kontakte zwischen NGOs und Schleppern in Libyen zu haben, die er jedoch bis heute schuldig bleibt. Zu seinen „Arbeitshypothesen“ gehörte auch, gleich einen Grund für die unterstellte Kooperation mitzuliefern, nämlich den, „dass manche Hilfsorganisationen Migranten nach Italien bringen wollen, um die Wirtschaft zu schwächen“. Dankbar aufgenommen wurde seine Behauptung von den beiden damaligen italienischen Oppositionsparteien Movimento 5 Stelle (M5S) und Lega Nord, die, ziemlich genau ein Jahr später, eine gemeinsame Regierung bilden würden.

Ganz so weit wie Kurz wollten Frontex-Chef Fabrice Leggeri und der deutsche Innenminister Thomas de Maizière nicht gehen. Trotzdem schlugen sie mit ihren Äußerungen „Die ruchlosen Menschenschmuggler beziehen die Schiffe nahe der libyschen Küste in ihr 'Geschäftsmodell' mit ein.“ (Leggeri) oder, „dass die Schiffe in libysche Gewässer fahren und vor dem

ihr Schiff – die *Iuventa* – wegen des angeblichen Kontaktes zu Schmugglern in Italien beschlagnahmt. Von diesem Klima der Feindseligkeit überfordert, zogen einige NGOs ihre Schiffe aus dem Mittelmeer ab, darunter die *Bourbon Argos*, die *Vos Hestia* und die *Phoenix*.

Auf der anderen Seite nutzte der verlängerte Arm der EU diesen Schockmoment für die zivile Seenotrettung, um in den effizienten Einsatz überzugehen: Bereits seit Ende 2016 war der Verbund von Milizen, die sich unter dem Label Libysche Küstenwache zusammenfanden, durch die EU-Marinemission *Sophia* trainiert und mit EU-Geldern gefördert worden. Italien hatte Patrouillenboote zur Verfügung gestellt und – lange Zeit ein offenes Geheimnis – sogar ein italienisches Kriegsschiff als Koordinierungs-Zentrale im Hafen von Tripoli stationiert. Nun begann die italienische Seenotrettungs-Leitstelle (MRCC Rom) den Libyern aktiv Seenotfälle zuzuweisen und gleichzeitig NGO-Schiffe zur Zurückhaltung zu drängen. Italien und die EU umgingen mit diesem Vorgehen das Zurückweisungsverbot der Genfer Flüchtlingskonvention und lagerten den Völkerrechtsbruch an die Libyer aus.

## ***Italien und die EU umgingen mit diesem Vorgehen das Zurückweisungsverbot der Genfer Flüchtlingskonvention***

Bereits im März 2018 war der *Open Arms* für zwei Tage die Einfahrt in italienische Häfen verweigert worden, nachdem sich die Crew, trotz Androhung von Waffengewalt, geweigert hatte, 218 Gerettete an ein libysches Patrouillenboot zu übergeben. Eine kurzzeitige Beschlagnahmung in der Folge endete mit der Freilassung des Schiffes und

Strand ihre Positionslichter einschalten“ (de Maizière), kräftig in die gleiche Kerbe. Was den NGOs blieb, war zu dementieren und gebetsmühlenartig zu wiederholen, dass für keine dieser Behauptungen Beweise vorlägen. „Tagtäglich sehen wir uns mit einem schändlichen Berg an Müll konfrontiert“, konstatierte Loris De Filippi, Präsident von *MSF Italien*, seinerzeit.

### **Sommer 2017 – 2018: Crackdown**

Auf diesem diskursiven Fundament versuchten italienische Behörden im Juli 2017, die SAR-NGOs zur Unterzeichnung eines umstrittenen Verhaltenskodex zu drängen. Dieser sollte sie unter anderem zwingen, Polizist\*innen an Bord zu nehmen. Am 2. August, nur zwei Tage nachdem sich *Jugend Rettet* geweigert hatte, diesen „Code of Conduct“ zu unterschreiben, wurde

der Einstellung der Verfahren, doch der Vorfall war ein Bild aus der Zukunft: Nachdem am Wochenende vom 8.-10. Juni über 1200 Menschen von verschiedenen Schiffen aus Seenot gerettet worden waren, schloss der seit gerade mal seit 10 Tagen im Amt befindliche Innenminister und Vize-Premier Matteo Salvini – via Twitter – die Häfen Italiens für die *Aquarius*. Die darauffolgende acht tägige Irrfahrt der *Aquarius* mit 629 Geretteten, die im spanischen Valencia ihr Ende nahm, markierte das Ende der effizienten zivilen Seenotrettung.

Während kurz darauf die *Lifeline* vor Malta in einer ähnlichen Situation feststeckte, schaltete sich auch die Niederlande ein und entzog dem Schiff ihre Flagge, da die langjährige Sportboot-Registrierung nun angeblich nicht mehr zum Führen dieser ausreichte. Malta



beschlagnahmte daraufhin das Schiff und leitete ein Verfahren gegen den Kapitän ein. *Sea-Watch 3* und *Seefuchs* lagen zu dieser Zeit ebenfalls in Maltas Grand Harbour, der seit 2016 von fast der gesamten zivilen Flotte als Operationsbasis genutzt worden war. Die lokalen Behörden, die sich offenbar als nun nächster, sicherer und offener Hafen von der harten Linie in Italien unter Druck gesetzt fühlten, fanden schnell eine Lösung, um weitere Anlandungen zu verhindern: Sie nahmen die NGO-Schiffe in Sippenhaft. Da es sich bei der *Sea-Watch 3* und der *Seefuchs* ebenfalls um NGO-Schiffe mit niederländischer Flagge handelte, wurden diese kurzerhand zur Überprüfung ihrer Registrierungen festgesetzt. Zeitgleich durfte auch das Suchflugzeug *Moonbird* nicht mehr abheben.

## 2018 – 2019: Blockade-Union Europa

Als sämtliche geforderten Überprüfungen der *Sea-Watch*, einen knappen Monat später, bestanden waren, wurde das Schiff trotzdem weiter festgehalten. Erst am 20. Oktober, also nach fast vier Monaten, konnte das Schiff Malta in Richtung einer spanischen Werft verlassen. Vier Monate, in denen über 500 Menschen im zentralen Mittelmeer ertrunken waren. Doch auch vier Monate in denen Zehntausende unter dem Banner der *Seebrücke* und der solidarischen Städte gegen das Sterben im Mittelmeer auf die Straßen gegangen und, mit Unterstützung von *Sea-Watch*, ein neues, ein italienisches Schiff, in den Einsatz aufgebrosen war: die *Mare Jonio* der linken Plattform *Mediterranea*. Ein anderes Schiff näherte sich gleichzeitig dem bitteren Ende seiner Zeit als Rettungskreuzer: Nachdem die *Aquarius* in kürzester Zeit zwei Flaggen (die Gibraltars und die Panamas) durch politischen Druck verloren hatte, wurde im November ein Verfahren wegen „illegaler Müllentsorgung“ gegen das Schiff eingeleitet. Dabei wurden Kleidung und Hygieneartikel von Geflüchteten mal eben als Giftmüll deklariert. Im Dezember 2018 verkündeten *MSF* und *SOS Méditerranée* daraufhin, den Einsatz mit der *Aquarius* zu beenden.

Kurz zuvor hatten sich *Sea-Watch*, *Mediterranea* und *Open Arms* unter dem Label *#United4Med* zur gemeinsamen Rückkehr ins Einsatzgebiet zusammengeschlossen. Den ersten Einsatz der neuen Allianz musste die *Sea-Watch 3* jedoch abbrechen, da ihr zuerst das Offshore-Tanken vor Malta und dann, trotz Sturm, das Einlaufen in den Hafen von Zarzis,

Tunesien, verweigert wurde. Nach einem Abstecher ans andere Ende des Mittelmeeres (nach Gibraltar) erreichte das Schiff Mitte Dezember wieder das Einsatzgebiet und rettete, einen Tag nachdem die *Open Arms* über 300 Menschen gerettet hatte, am

## 19 Tage „lungerte“ das Schiff vor der Küste Maltas herum

22.12.2018 zweiunddreißig weitere. Während die *Open Arms* sich auf den Weg gen Spanien machte und dort wegen des Verstoßes gegen „die Verpflichtung, die auf See Geretteten im nächsten Hafen abzusetzen“ festgesetzt wurde, landete die *Sea-Watch 3* im bislang längsten Stand-Off: 19 Tage „lungerte“ das Schiff vor der Küste Maltas herum (wie es die maltesische Küstenwache beschrieb), bis sich die 28 EU-Staaten auf eine Verteilung der 32 Geretteten einigen konnten. Ein beschämendes Gefeilsche, das in den folgenden Monaten, oft kombiniert mit einer mehrwöchigen Beschlagnahmung in Italien, zum Standard Operating Procedure der Seenotrettung werden sollte: Zehn solcher, teils wochenlanger Pattsituationen standen *Mediterranea*, *Sea-Eye* und *Sea-Watch* bis zum August 2019 durch. Kaum ein anderes Schiff brachte in diesem Zeitfenster der vermeintlich geschlossenen Häfen Gerettete nach Europa, abgesehen von glorreichen Einzelgängen, wie dem der *Asso 25*, und – mehr oder weniger freiwillig – der *El-Hiblu 1*:

Am 27.03.2019, dem Tag an dem das Ende der EU-Anti-Schlepper-Mission *Sophia* verkündet wurde, rettete die Besatzung des türkischen Tankers 103 Menschen vor der libyschen Küste. Zuerst sollten die Geretteten zurück nach Libyen gebracht werden. Als diese jedoch bemerkten, wohin die Reise ging, überzeugten sie die Besatzung mit Nachdruck davon, den Kurs nach Norden zu korrigieren. Der Kapitän informierte die Behörden über die Änderung in der Kommandostruktur, woraufhin maltesische Spezialkräfte das Schiff stürmten. Niemand wurde verletzt und alle Geretteten gelangten sicher auf europäischen Boden, wo sich nun jedoch drei von ihnen, 16, 17 und 19 Jahre alt, wegen Terrorismus und Piraterie verantworten müssen. „Aber Terroristen sind das nicht“, hatte ein Maschinist der *El Hiblu 1* nach der Rettung angemerkt, „nur Flüchtlinge.“

## Sommer 2019: Die Rückkehr der Rettungsschiffe

Ende Juni, noch während der Stand-Off der *Sea-Watch* 3 mit Kapitänin Carola Rackete in vollem Gange war, segelte die *Open Arms*, trotz Androhung hoher Geldstrafe in Spanien und dem just in Kraft getretenen Salvini-Gesetz gegen Seenotrettungs-NGOs, erneut ins Einsatzgebiet. Am 5. August folgte die *Ocean Viking*, der neue Rettungskreuzer von *MSF* und *SOS Méditerranée*, und kurz darauf die *Eleonore* von Mission *Lifeline*. Insgesamt retteten die neuen Schiffe in wenigen Tagen des August über 600 Menschen. Am 28. August wurden Salvini und seine Lega, durch eine überraschende neue Regierungskoalition von M5S und der sozialdemokratischen PD abgesetzt, nachdem Salvini selber Premierminister Conte das Vertrauen entzogen hatte, um Neuwahlen zu provozieren. Was dieser erneute Regierungswechsel zu bedeuten hat bleibt abzuwarten.

Chris Grodotzki  
ist Fotograf und  
Multimedia-Aktivist.  
Er studierte  
Fotojournalismus in  
Hannover und  
Aarhus und wurde  
für seine journalisti-  
sche Arbeit zu  
Migrationsbewegun-  
gen mehrfach  
ausgezeichnet. Seit  
2015 unterstützt er  
Sea-Watch und ist  
seit 2018 festes  
Mitglied des  
Medienteams der  
Organisation

Nicht vergessen ist, dass es eine PD-Regierung war, unter der die *Iuventa* beschlagnahmt und die sogenannte Libysche Küstenwache aufgerüstet wurde. Abschottung und Kriminalisierung ist eben kein Exklusivprogramm der Faschist\*innen, sowenig wie Hartnäckigkeit: Auch die zivile Seenotrettung – die No Borders Navy, wie manche Aktivist\*innen gern sagen – ist schwer kleinzukriegen. Selbst wenn die Flotte dezimiert und ihrer Effizienz beraubt wird, so vereinigte sie bisher doch genug widerständigen Kampfgeist, um ihren Auftrag im Zweifel aus Prinzip und gegen alle Widerstände weiter zu betreiben. In einer effizienzges-  
teuerten, neoliberalen und bürokratischen EU ist es wohl gerade diese Donquichotterie, die die Seenotrettung zum leuchtenden Symbol für ein anderes Europa auf der einen und zum Kopfschmerz-Faktor auf der anderen Seite werden ließ.<



Bitte anschnallen. Und nichts sagen.  
*Fluggesellschaften verdienen mit Abschiebeflügen Geld.*  
*Störungen des Betriebs sind da nicht gerne gesehen.*



# Standardprozedur

Zwischen Helfenwollen und Hilflosigkeit. Aufstehen oder sitzenbleiben. Fliegen oder nicht fliegen. Als wir eine Abschiebung nicht verhindert haben. Von Friederike Keller.

„Don't worry, it's a standard procedure.“ Während sie dies sagt, stützt sich die Flugbegleiterin mit einer Hand an der verchromten Wand ab und beugt sich leicht zu uns nach vorne. So wie man sonst oft mit Kindern spricht. „Standard procedure“, denke ich – das ist ja das Problem. Spreche den Gedanken aber nicht aus.

Diese Flugbegleiterin meint es gut. Sie hat sich der zwei, in ihren Augen verunsicherten Passagierinnen angenommen, hat uns aus unseren Sitzen und zum vorderen Ende der Maschine gewunken – dort, wo die Nische mit den metallenen Einschüben ist, in denen die Essenspakete aufbewahrt werden, und wo einen beim Einsteigen immer ein paar Mitarbeiter\*innen der Airline begrüßen. Mit einem Lächeln und in der Sprache der jeweiligen Fluggesellschaft. Das heißt heute: auf Polnisch.

„This one is quiet,“ sagt die Flugbegleiterin. Die Person, über die wir sprechen, ist in der Tat sehr still. Er sitzt mit Kopfhörern in den Ohren da und beobachtet, wie wir drei diskutieren. Von seinem Platz aus geht das: dritte Reihe von vorne, rechts. Die Flugbegleiterin hat uns nicht nur derart in die Nische manövriert, dass die meisten der anderen Fluggäste uns nicht mehr sehen können, sie hat auch angefangen zu flüstern. „We had this before. Sometimes they shout and do things. But this one is quiet. Not a criminal.“ Offensichtlich glaubt sie, uns damit zu beruhigen.

Als der Flug aufgerufen wurde und Menschen mit ihren Tickets in den Händen sich vor dem Gate aufgereiht hatten, fanden wir uns ganz am Ende der Schlange wieder. Hinter uns: nur mehr er. Und zwei Menschen in Uniform, grün, und nicht blau wie die des Flugpersonals. Ich hätte es gar nicht bemerkt, wenn Anna\* mich nicht darauf hingewiesen hätte. Die Gesten der Leute in Grün waren ruhig, beinahe höflich. Sie fassten ihn nicht an. Hätten es aber vermutlich getan, wenn er sich in die falsche Richtung bewegt hätte.

„Wieso wurde da jemand von der Polizei ins Gate geleitet?“, fragte mich Anna später, bereits in unserer Sitzreihe, das Handgepäck über unseren Köpfen verstaut. „War das die Polizei?“, fragte ich zurück – obwohl ich die Antwort schon wusste. Abwehrverhalten. Bloß nicht noch mehr Stress. Wir waren früh aufgestanden, vor uns lag ein anstrengender Trip und um 15 Uhr würde man an unserem Zielflughafen auf uns warten.

Die betreffende Person setzte sich als eine der letzten im Flieger. Ich sah zu, wie er sein Handgepäck in das Gepäckfach schob: ein mit verschiedenen Gegenständen gefüllter und oben einfach zugeknöteter Müllbeutel. Anna stand schließlich auf und sprach diejenige Mitarbeiterin der Airline an, die sich am nächsten zu uns befand. „Sorry, is this a deportation?“ Die Flugbegleiterin versprach, die Info einzuholen. Wenig später

winkte sie uns nach vorne. Und nun unterhalten wir uns darüber, warum „diese Person“ uns nicht gefährlich werden wird.

„We don't think this is right,“ versucht Anna dem Gespräch eine andere Richtung zu geben. Ich habe bis hierhin immer noch die Taktik gefahren, dass ich, als zahlende Kundin, mich weigere, in einem Abschiebeflieger zu reisen. Anna spricht jetzt von moralischer Verantwortung. Die Flugbegleiterin nickt. „You are probably from some organisation,“ sagt sie. Ich verneine das – irgendwie befürchtend, in ein aktivistisches Eck gestellt zu werden, in dem man uns nicht mehr ernst nehmen könnte. Denn diese Flugbegleiterin: Sie meint es ja gut. Sie hört zu. Alle anderen in der Maschine warten, ein paar starren, vermeiden aber Blickkontakt mit uns. Vor sieben Minuten hätte der Flieger auf die Startbahn fahren sollen.

„We had this before,“ hat die Flugbegleiterin gesagt. Aber nun gibt sie zu: „This situation I never had before.“ Einige Abschiebungen, aber anscheinend noch nie Passagiere, die sich darüber beschwert haben. „But I assure you, everything is OK.“ Dann könnten wir vielleicht kurz mit ihm reden? Nein, das ginge nicht – und wenn wir es täten, müsste man uns leider rauswerfen. Sie wirkt nun doch panisch und lässt sich überzeugen, dem Kapitän über das Bordtelefon Meldung zu machen. „Sagen Sie ihm, andere Airlines haben sich schon geweigert“, feuern wir sie an, während sie den Hörer abnimmt. „Sagen sie ihm, er hat die Wahl.“ Es klingt lächerlich heroisch.

Ob die betreffende Person überhaupt weiß, dass es um ihn geht? Die Kopfhörer hat er nicht aus den Ohren genommen und seine Blicke kann ich nicht deuten. Wir wissen nicht, wer er ist, was es für ihn bedeutet, unfreiwillig in ein anderes EU-Land gebracht zu werden (eine Dublin-Abschiebung?), oder ob er von dort noch ganz woanders hin soll.

Zu diesem Zeitpunkt war bereits klar, dass wir das Flugzeug verlassen werden. Warum sind wir nicht die paar Schritte zu ihm herübergegangen und haben ihn gefragt? Vage Befürchtungen, wie wohl die polnische Polizei mit uns (mit ihm?) umgehen würde, wenn wir nicht einlenkten, können dies nur halb erklären. Auch nicht das unangenehme Gefühl, wenn man sich plötzlich in der Position des Störenfrieds sieht und merkt, dass sich im Raum Aggressionen gegen einen anstauen. Vielleicht erschreckte mich auch die

Deutlichkeit, mit der der Abstand in dieser Situation zutage trat: zwischen ihm, der abgeschoben wird, und uns, mit unseren EU-Pässen.

## „Entscheidet euch: hinsetzen oder aussteigen“

Später versuchen wir uns damit zu trösten, dass unsere Botschaft immerhin bis „nach oben“ vorgedrungen sei. Aus dem Vorhang zur Steuerkabine tritt eine Person, deren Funktion innerhalb des Flugteams wir nicht zuordnen können. Unserer ersten Gesprächspartnerin steht sie aber augenscheinlich vor; und im Gegensatz zu jener ist sie nicht freundlich. „Entscheidet euch: hinsetzen oder aussteigen!“ Wir stecken die Köpfe zusammen und beratschlagen über eine dritte Option – beides zu verweigern – entscheiden uns dagegen und wählen Option zwei.

Unsere Rucksäcke werden wieder aus dem Bauch der Maschine geladen. Es tue ihr leid, sagt unsere Flugbegleiterin leise, so dass ihre Vorgesetzte es nicht hört. Sie hätte das gerne mit uns ausdiskutiert. Dann wird sie von einer Durchsage unterbrochen, dass sich der Start noch um ein paar Minuten verzögere. Danke für ihre Geduld. Wir unterschreiben einen Wisch, verzichten damit auf unsere Fluggastrechte. Eine Beschwerde, die wir später versuchen einzureichen, wird an den schlechten Arbeitsbedingungen der Airline scheitern. Nur prekär beschäftigte Leiharbeiter\*innen, Bearbeitungszeit einer E-Mail: drei Monate.

Als ich mein Handgepäck hole, berühre ich ihn im Vorbeigehen kurz an der Schulter, zu zaghaft, um eine Interaktion zu bewirken. „That's not correct“, rufe ich noch im Hinausgehen. Die Person, die unsere unterschriebenen Zettel und die Fluggastliste in den Händen hält, schüttelt den Kopf. „That's very correct.“ Standard procedure.<

\*Name von der Redaktion geändert

Friederike Keller  
*verließ einen  
Abschiebeflieger,  
bevor die Polizei  
eingeschaltet wurde.  
Bis heute weiß sie  
nicht, ob das die  
richtige Entschei-  
dung war oder ob  
sie noch länger  
hätte protestieren  
sollen. Mit dieser  
Fluggesellschaft  
fliegen darf sie nicht  
mehr*

# Unschuldig hinter Gittern

Eine Übersicht über die Verschärfungen der Abschiebehaft in Deutschland durch das Hau-Ab-Gesetz.  
Von Petra Haubner.

**I**n einem Rechtsstaat werden Menschen normalerweise inhaftiert, wenn sie rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt wurden, wenn sie ihre Geldstrafen nicht bezahlt haben oder wenn sie einer schweren Straftat hinreichend verdächtig sind, die eine Untersuchungshaft schon während des Ermittlungsverfahrens rechtfertigen kann, weil Flucht- oder Verdunkelungsgefahr besteht.

Ausländer\*innen kommen in Abschiebungshaft, auch wenn sie keine Straftaten begangen haben und auch keiner Straftat verdächtig sind. Die Freiheit wird ihnen entzogen, weil sie ausreisepflichtig sind und sich ihrer Abschiebung entziehen könnten. Diese Haft kann für eine Dauer bis zu 18 Monaten angeordnet werden.

In diesem Jahr wird die Abschiebungshaft in Deutschland 100 Jahre alt. Eine gesamte Ausgabe der *Hinterland* #41 hat sich aus diesem Anlass dem Thema gewidmet. Nun wurde die Abschiebehaft nochmal durch das Hau-Ab-Gesetz massiv verschärft. Im Folgenden daher eine kleine Übersicht über die Verschärfungen, die im August 2019 in Kraft getreten sind.

Zur Zeit gibt es bundesweit 15 Abschiebungshaftgefängnisse mit insgesamt 712 Haftplätzen. Die Anstalten

sind allerdings teilweise massiv überbelegt. Bis 2022 ist eine Erhöhung auf 1.329 Haftplätze geplant.

Die Ausgestaltung der Haftbedingungen ist bundesweit sehr unterschiedlich. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern gibt es in Bayern kein Abschiebungshaftvollzugsgesetz, sondern nur Hausordnungen in den einzelnen Anstalten, deren Inhalte von der Leitung der jeweiligen Justizvollzugsanstalt bestimmt werden, was bei Grundrechtseinschränkungen besonders problematisch ist.

Abschiebungshaft führt nicht zu mehr Abschiebungen! Die Abschiebungszahlen in Deutschland (2016: rund 25.000 und 2017 etwa 24.000) waren fast gleich, obwohl viel mehr Personen inhaftiert wurden (2016: 2.767 und 2017: 4.089).

Der Bedarf für neue Haftplätze ist aufgrund der repressiven Inhaftierungspraxis gestiegen: In Dublin-Verfahren wird der Überstellungstermin mittlerweile oft angekündigt, wer sich seiner Überstellung entzieht, riskiert die Verhängung von Abschiebungshaft.

Außerdem hat der Gesetzgeber durch das Hau-Ab-Gesetz neue Haftgründe geschaffen: Nunmehr kann eine sogenannte „Mitwirkungshaft“ angeordnet



werden (die mit der Durchführung einer Abschiebung gar nichts zu tun hat), wenn jemand nicht zu einem angeordneten Botschaftstermin oder Arzttermin zur Überprüfung der Reisefähigkeit erscheint. Außerdem wird der Begriff der Fluchtgefahr nun sehr weit definiert: Wer sich einer früheren Abschiebung entzogen hat, angeblich über die Identität täuscht oder nicht zu bestimmten Terminen erscheint, muss selbst nachweisen, dass keine Fluchtgefahr besteht, ansonsten wird diese einfach vermutet.

Petra Haubner ist  
Rechtsanwältin seit  
1995 und Fachan-  
wältin für Migra-  
tionsrecht seit 2016  
und hat ihre Kanzlei  
in Passau

Das Gesetz bestimmt weiterhin, dass Personen zum Zweck der Abschiebung nun auch wieder in normalen Gefängnissen untergebracht werden sollen, solange sie dort von Strafgefangenen getrennt werden. Dem Gesetzgeber war dabei durchaus bekannt, dass diese Regelung der EU-Rückführungsrichtlinie und der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs von 2014 widerspricht: Eine Unterbringung in normalen Gefängnissen ist nicht europarechtskonform. Das Trennungsgebot soll dennoch bis zum 01. Juli 2022 aufgehoben werden. Der Gesetzgeber provoziert damit weitere Klagen gegen die rechtswidrige gemeinsame Unterbringung. Bis zu einer erneuten Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs wird es aber leider wieder einige Jahre dauern.

Das Gesetz stuft außerdem nun den gesamten Ablauf einer Abschiebung als Dienstgeheimnis ein, insbesondere den Abschiebungstermin. Zwar machen sich bei einer Verletzung des Dienstgeheimnisses grundsätzlich nur die Mitarbeiter\*innen in der Verwaltung strafbar. Andere Personen, zum Beispiel Freiwillige und Aktivist\*innen in der Geflüchtetenarbeit, können sich aber wegen Beihilfe oder Anstiftung strafbar machen. Wir warten bereits auf die Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen Personen, die Abschiebetermine öffentlich machen.<



# Abschieben, abschotten, abschrecken

Die Bundesregierung will die Zahl der Abschiebungen um jeden Preis erhöhen. Die Rechte von Geflüchteten und Geduldeten wurden dafür mit einer Verschärfung nach der anderen massiv eingeschränkt. Eine politische Einordnung zum „Menschen-ohne-Rechte-Gesetz“. Von Filiz Polat.

**A**m 7. Juni 2019 verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition als Teil des Migrationspakets das harmlos klingende „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“. Treffender ist es, von einem „Menschen-ohne-Rechte-Gesetz“ zu sprechen. Es ist das Ergebnis eines Streits, der seit letztem Jahr akut innerhalb der Großen Koalition tobt. Startschuss für das fast einjährige Gezerre um die grundlegenden Rechte von Schutzsuchenden und Einwandernden war der „Masterplan“ Seehofers vom Juli 2018. Der Innenminister freute sich damals auf der Vorstellungspressekonferenz, dass an seinem 69. Geburtstag 69 Flüchtlinge abgeschoben wurden. Seehofers traurige Bilanz wirft uns in der Migrations- und Flüchtlingspolitik Jahre zurück und das, obwohl sich Kommunen und Zivilgesellschaft ungebrochen kämpferisch und solidarisch an die Seite von Geflüchteten stellen.

Wenn Menschenrechte dem Kalkül zum Opfer fallen

Nach der Einigung der Koalitionsfraktionen sollte es dann aber sehr schnell gehen. Ziel war es, den wackligen Kompromiss noch vor der Sommerpause schnellstmöglich durchzupeitschen. Erstaunlich und nur schwer zu ertragen sind dabei die Eingeständnisse,

die insbesondere auch die Abgeordneten der SPD nicht nur mitgetragen, sondern auch vehement mit aller Kraft verteidigt haben. Selbst die Stimmen von Expert\*innen, auch aus den eigenen Reihen, die die massive Entrechtung von Geflüchteten und Geduldeten anprangerten, fanden kein Gehör. Stattdessen brüstete sich die SPD an der Seite der Union bei der Plenardebatte noch für ihren Kompromiss. Damit folgt sie dem Beispiel anderer sozialdemokratischer Parteien in Europa, sich mit dem Einsatz für „linkere“ Sozialpolitik und einem Schwenk zu einer restriktiven Einwanderungspolitik vor einem immer größer werdenden Bedeutungsverlust zu retten. Daher liegt die Annahme nahe, dass durch die Verschärfungen im Migrationsrecht die Handlungsfähigkeit der Regierung demonstriert werden sollte, welche durch den Rücktritt von Andrea Nahles (SPD) ins Taumeln geraten war.

Neben dem misslungenen Wurf beim Fachkräfteeinwanderungsgesetz, Verschärfungen im Asylbewerberleistungsgesetz und der halbherzigen Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung, bildete das „Menschen-ohne-Rechte-Gesetz“, in den sozialen Medien längst bekannt als *#HauAbGesetz*, den stärksten Eingriff in die Rechte von Geflüchteten seit den Asylrechtsverschärfungen 1993.

## Humanität bleibt auf der Strecke

Die Bundesregierung scheint ein Aushungern von anerkannten Geflüchteten willig in Kauf zu nehmen, um es mit den Worten der Sachverständigen Kerstin Becker vom Paritätischen Gesamtverband auszudrücken. Sämtliche Leistungen für Geflüchtete, die in einem anderen EU-Land anerkannt sind, werden nach zwei Wochen ersatzlos gestrichen. Die prekäre Situation für Geflüchtete in Ländern wie Italien und Griechenland wird ignoriert, europäische Rechtsprechung umgangen und in Frage gestellt. Dadurch könnte ein Anstieg der Kriminalität befördert werden, warnt die Gewerkschaft der Bundespolizei, da die Betroffenen nur so ihren Lebensunterhalt sichern könnten. Die Bundesregierung verwehrt eine menschenwürdige Versorgung und hat durch das Migrationspaket einen erschreckenden Kurs der Entrechtung vorangetrieben. Dublin-Fälle, Geduldete, vermeintliche „Identitätstäuscher“ werden unter Generalverdacht gestellt, stigmatisiert und Sanktionen ausgeweitet. Gerade vulnerable Gruppen wie Kinder, Schwangere, Alleinerziehende, Kranke und Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen sind besonders betroffen.

## Einführung einer Duldung zweiter Klasse

240.000 ist eine wichtige Zahl in dem Ringen um die Rechte von Geflüchteten. Unhinterfragt wird sie als Anzahl der Ausreisepflichtigen immer und immer wieder wie ein Ass aus dem Ärmel gezogen. Doch ein genauer Blick auf die Zahlen lohnt sich: Zieht man die Zahl der Geduldeten und weiteren Personen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht abgeschoben werden dürfen, ab, schrumpft die Zahl der Menschen auf tatsächlich nur noch 17.000. Allen Angstmachenden mit der Devise „Abschieben, abschotten, abschrecken“ hätte ein Blick auf die vorhandenen Fakten geholfen. Wer die Debatte führen möchte, muss betonen, dass heute schon viele Einschränkungen den Alltag von Geduldeten prägen. Vieles wird statistisch nicht erfasst, wie mehrere meiner Nachfragen im Parlament ergaben. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Unter 180.000 Geduldeten sind zudem 50.000 Kinder und Jugendliche, viele von ihnen sind schon seit Jahren bis gar Jahrzehnten in Deutschland. Statt endlich die Hürden bei ihrer Teilhabe einzureißen, schockierte die Bundesregierung mit einer neuen Duldung zweiter Klasse für Menschen, die aus Sicht der Ausländerbehörde an der Beschaffung ihrer Identitätsdokumente nicht ausreichend mitwirken.

Zusätzlich zur einschränkenden Residenzpflicht folgt nun die Kürzung von Sozialleistungen, begleitet von Arbeitsverboten. Weitere Hürden folgen, indem die Zeit in der offiziell genannten „Duldung light“ nicht als Vorduldungszeit angerechnet werden kann. Eine Aufenthaltsverfestigung wird praktisch unmöglich

## *Es werden Perspektiven verbaut statt gebaut*

gemacht, die Wege zu einer Beschäftigungs- oder Ausbildungsduldung erschwert. Bestimmte Personengruppen werden durch diese Gesetze entrechtet, gesellschaftlich isoliert und ausgeschlossen. Es werden Perspektiven verbaut statt gebaut.

## Unter Generalverdacht

Die Bundesregierung droht mit weiteren Strafen und Repressionen, um Geflüchtete und Geduldete bei der Beschaffung ihrer Dokumente zum Mitwirken zu zwingen – und geht von fragwürdigen Annahmen aus: Das Hauptproblem bei der Beschaffung von Identitätsdokumenten sei die fehlende Motivation der Geflüchteten selbst. Sie ignoriert hier fatalerweise die oft langwierigen und zwielichtigen Praktiken der Botschaften der Herkunftsländer, die die Beschaffung von Identitätsdokumenten massiv erschweren. Auch die Kosten der Dokumentenbeschaffung, die nicht selten mehrere tausend Euro betragen können, werden mit keinem Wort bedacht.

Ein weiteres oft genanntes Argument: Der Druck für Geflüchtete und Geduldete sei nicht hoch genug, um Deutschland wieder zu verlassen. Eine aus meiner Sicht realitätsferne Aussage. In der Beratungspraxis zeigt sich auf traurige und beschämende Art und Weise immer wieder, wie sehr Menschen unter der Situation in den Unterkünften und im Umgang mit Behörden leiden. Geflüchtete haben schon jetzt ein höheres Risiko, an Depressionen und psychischen Störungen zu erkranken. Diese Menschen brauchen keinen zusätzlichen Druck, sondern unsere Unterstützung und Solidarität. Ein System, das zermürbt und krank macht, darf nicht das Ziel sein.

## Abschiebungshaft ohne Trennungsgebot

Nicht zuletzt die Bundesländer und sogar die CDU-Justizminister\*innen selbst kritisierten stark die Auswei-



tung der Abschiebehaft. Hier wird das europarechtlich festgeschriebene Trennungsgebot bei der Unterbringung in Abschiebungshaft und straffälligen Personen in regulären Haftanstalten aufgebrochen. In Zukunft sollen Menschen, die nicht straffällig geworden sind, in die gleichen Einrichtungen wie Sträflinge – obwohl dies nur in Notlagen europarechtlich zulässig wäre. Die Koalitionsfraktionen begründeten dies mit abwegigen Kapazitätsengpässen. Dieser Versuch der wiederkehrenden Notstandsrhetorik von Seehofer und Co. rechtfertigt einen Notstand noch lange nicht. Doch unbeirrt von aller Kritik hat sich hier der rechte Kurs der CSU in Gesetzesform niedergeschlagen.

Den eigentlichen Skandal versucht die große Koalition unter den Tisch zu kehren. Vor 100 Jahren wurde erstmalig das Instrument der Abschiebungshaft in Bayern etabliert und bis heute ergehen jährlich unzählige rechtswidrige Haftentscheidungen. Doch auch dieses systematische Versagen von Behörden wird statistisch nicht erfasst. Einen Hinweis geben uns

## ***Unterstützer\*innen sind in Gefahr, der Beihilfe zum Geheimnisverrat bezichtigt zu werden***

die Fallzahlen des Rechtsanwaltes Fahlbusch aus Hannover, der seit 2001 über 900 Mandanten vertreten hat: Nahezu 50 Prozent seiner Mandant\*innen wurden zu Unrecht inhaftiert. Aber anstatt diesen unerträglichen Zustand im Namen des Rechtsstaats endlich ein für alle Mal zu beseitigen, drohen die neuen Regelungen diesen zu verschlimmern. Das ist ein Armutszeugnis für unsere Demokratie.

### **Kriminalisierung der Zivilgesellschaft**

Es trifft aber auch die Unterstützer\*innen von Geflüchteten. Hier behilft sich die Regierung mit einem Trick: Indem der gesamte Ablauf der Abschiebung – inklusive Botschaftsterminen zur Passbeschaffung – nun als "Geheimnis" gilt, sind Unterstützer\*innen, die darüber informieren, zukünftig in Gefahr der Beihilfe zum Geheimnisverrat bezichtigt zu werden. Ausnahmen gibt es für Pressevertreter\*innen, nicht aber für zivilgesellschaftliche Akteur\*innen. Das

rückt die Politik der Bundesregierung gefährlich nah an die der Orbáns und Salvinis in Europa. Geflüchtete werden pauschal als Identitätstäuscher diffamiert und Helfer\*innen kriminalisiert. Ich frage mich, wie man als demokratischer Rechtsstaat so agieren kann. Eine Demokratie wird durch die öffentliche Auseinandersetzung mit Leben erfüllt. Der Staat kann seinen Bürger\*innen nicht einfach den Mund verbieten oder sie gar dafür bestrafen. Proteste gegen Abschiebungen sind legitime Meinungsäußerungen: Sie gehören geschützt, nicht unterdrückt.

### **Scheinlösungen der Regierungskoalition**

Um die Handlungsfähigkeit des Staates aufzuzeigen und Vertrauen zurückzugewinnen, braucht es keine Ausweitung der Abschiebehaft, keine Massenlager, keine weiteren Einschränkungen in die Rechte von Geflüchteten und Geduldeten. Die Agenda der Gesetzesverschärfungen folgt einem rechten Diskurs, der nichts mit den tatsächlichen Herausforderungen bei der Aufnahme, Versorgung und Integration von Schutzsuchenden zu tun hat. Gerade in Zeiten, in denen Hetze, Hass und Gewalttaten gegenüber Migrant\*innen sowie Befürworter\*innen einer humanitären Migrationspolitik zum Alltag gehören, ist das brandgefährlich. Die 7.700 rassistischen Straftaten, die das Bundesinnenministerium allein 2018 zählte, die weiterhin hohe Anzahl an Angriffen gegen Asylbewerber\*innen und

Unterkünfte, all das verdeutlicht die Stärkung menschenfeindlicher Kräfte der Gesellschaft. Wir müssen uns in migrationspolitischen Fragen an Fakten und Tatsachen orientieren, um der Entsachlichung und Pauschalisierung in den Debatten entgegenzutreten. Wir brauchen politische Entscheidungsträger\*innen, die schutzbedürftige Menschen unterstützen, die für gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem modernen Einwanderungsland einstehen – und kein weiteres Öl ins Feuer gießen.

### **Ausgrenzung um jeden Preis**

Mit diesem Paket beerdigt die Große Koalition alle Ansätze zur Gestaltung eines Einwanderungslandes. Geduldete werden entrechtet, kriminalisiert und sollen perspektivlos auf der Wartebank versauern, statt ihnen Zugang zu Arbeit und Ausbildung zu gewähren. Zahllose unbesetzte Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie unzählige Erfolgsgeschichten von Geflüchteten

Filiz Polat ist  
Sprecherin für  
Migration der  
Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen,  
Obfrau im Innen-  
ausschuss und sitzt  
seit Oktober 2017 im  
Deutschen Bundes-  
tag

in den Betrieben, der unermüdliche Einsatz von Millionen – größtenteils ehrenamtlichen – Unterstützer\*innen, der breite zivilgesellschaftliche Einsatz von *Seebrücke* bis *#Unteilbar* zeigen, dass es auch anders geht. Jeden Tag bieten Betriebe im ganzen Land mit hohem Engagement unzähligen Geflüchteten die Chance auf Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt. Die alltäglichen Abschiebungen direkt von der Werkbank oder aus Schulen kann niemand ernsthaft nachvollziehen. Die gegenwärtige Politik der Abschottung und Abschiebung durchkreuzt diesen enormen Einsatz – und ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die zu uns kommen, weil sie Schutz und Perspektiven suchen. Mit diesem Rollback im Asyl- und Aufenthaltsrecht wird nicht nur an unseren Werten, an unserer Verfassung und an den Grund- und Menschenrechten geschleift. Durch diesen Katalog der Entrechtung und Inhumanität wird tausenden Menschen die Chance genommen, sich hier eine Zukunft aufzubauen.<

Preis: öS 8.- Mittwoch, 16. November 1988

# TATblätt

MINUS-EINHUNDERT-NUMMER



Aktion und Reaktion. In den 1980er Jahren wurde bereits munter kriminalisiert.  
Was hat sich seitdem geändert, was ist gleich geblieben?  
Hier ein paar Zeitdokumente von 1988

## Drei Türken in Schubhaft

- ÜBER DIE REALITÄT ÖSTERREICHISCHER ASYL POLITIK

(TATblatt)

Am 26. Oktober wird klammheimlich in Istanbul der Major Esat Oktay Yilidiran beerdigt. Seine Ermordung einige Tage zuvor in einem öffentlichen Linienbus ist dem türkischen Regime nicht gut genug für allzu viel Propaganda, war doch Yilidiran der bekannteste Folterknecht der Türkei, zahlreiche Foltertote gehen auf sein Konto.

Zusätzliche Informationen aus dem Urlaubsparadies Türkei:

Laut amnesty international sind 170 Häftlinge 1987 und fünf im ersten Halbjahr 1988 an den Folgen von Folterungen gestorben. Derzeit befinden sich wieder etwa 1000 der 5000 politischen Gefangenen im Hungerstreik gegen die unmenschlichen Haftbedingungen. Es ist zu befürchten, daß Gefangene an den Folgen des Hungerstreiks sterben werden, da dieser schon seit mehreren Wochen durchgeführt wird. Diese Zustände in der Türkei sind der Hintergrund für die Flucht von Umit Güngör, Yusuf Bengisu und Bahattin Saglik nach Österreich. Alle drei waren als Mitglieder von "Devrimci Yol" (revolutionärer Weg) gegen die türkische Militärdiktatur und gegen die bis heute andauernde Unterdrückung aktiv.

Güngör wurde am 11. August von der Polizei verhaftet und fünf Tage lang zwecks Denunziation weiterer politischer Aktiver gefoltert. Um diese, insbesondere Bengisu und Saglik, auszuforschen, wurde er daraufhin enthaftet und unter Beschattung gestellt. Als die drei dies bemerkten entschlossen sie sich zur Flucht.

EMPFANG IM "ASYLLAND ÖSTERREICH"

In Österreich angekommen suchten sie am 5. Oktober durch ihren Rechtsanwalt um politisches Asyl an. Dieses Ansuchen wurde am 27. Oktober durch die Sicherheitsdirektion Wien "mangels Zuständigkeit" abgelehnt. Güngör, Bengisu und Saglik haben zwei folgenschwere "Fehler" begangen. Zum einen haben sie, da "sie keine feste Unterkunft haben, bei Freunden geschlafen" und "sich mangels Dokumenten nicht anmelden können", laut Sicherheitsdirektor Schadwasser "erst gar nicht versucht, sich anzumelden." Da sich die "örtliche Zuständigkeit zur Entgegennahme des Antrags auf Asylgewährung nach dem Wohnsitz, in Ermangelung eines solchen nach dem Aufenthalt" richte, habe die Sicherheitsdirektion - so deren abstruse Argumentation - die Asylanträge nicht entgegennehmen können, und entsprechende Bescheide wären daher "rechtswidrig".

Nun haben sich die drei Türken sehr wohl um einen Aufenthalt und zwar um die Überstellung in das Flüchtlingslager Traiskirchen bemüht. Doch hierbei begingen sie einen weiteren "Fehler", sie haben die Hilfe eines Rechtsanwalts in Anspruch genommen. Durch diese "rechtsfreundliche Vertretung" sei nämlich "zweifelslos eine Beratung und damit verbundene Beeinflussung gegeben". Da die "Lagereinweisung" aber keinesfalls ein Recht des Asylwerbers, sondern ein solches der Behörde zum Zwecke der "unbeeinflussten Einvernahme" sei, bestehe daher auch für die Behörde "keine Veranlassung" zu einer Aufnahme in das Flüchtlingslager. Diese wird von Schadwasser in kaum überbietbaren Zynismus zu

seinen obigen Ausführungen als "Bewegungsbeschränkung" bezeichnet.

Für eine Bewegungsbeschränkung bestand für die Polizei aber sehr wohl Veranlassung: Seit letzter Woche haben die drei einen Aufenthalt: Sie sitzen in Schubhaft. Es wäre eine Possen, wenn sie nicht mit derart schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen verbunden wäre.

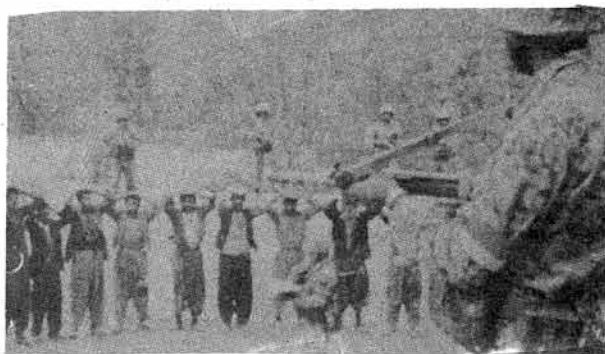
Turgut Özal  
Ministerpräsident der Türkei



In einem Europa, in welchen es nach den Ausführungen von A. Mock in Istanbul vor zwei Wochen nur mehr linke Diktaturen gäbe, wird ein Abschied der drei Türken schwerwiegendere Folgen haben, als die kurzfristige Verhaftung dreier Personen, unter ihnen Beate Klarsfeld, die A. Mock und unseren Bundespräsidenten bei seinem "Übernachtungswunsch" (Außenminister Yilmaz) in der Türkei begleiteten. Diese waren, wie Bilder in nicht-österreichischen Medien zu entnehmen war, von türkischen Zivilpolizisten brutal abgeführt worden. Den in Schubhaft befindlichen Umit Güngör, Yusuf Bengisu und Bahattin Saglik hingegen droht weitere Haft aber auch der Tod durch Folter oder Strafe.

Würde A. Mock die Informationen von amnesty international lesen, so wüßte er, daß es "in der Art der Verletzung der Menschenrechte in der Türkei im Verlauf der letzten fünf Jahre ziviler Regierung keine wirkliche Änderung gegeben hat." Und noch liegt die Türkei in Europa.

Anzumerken bleibt, daß der Kurde Ali Sapan (siehe TATblatt Nr. -101) mittlerweile in die BRD abgeschoben wurde, wo ihn auf Grund seiner angeblichen Mitgliedschaft in der PKK zusammen mit 16 weiteren Kurden eine Anklage nach dem Terrorismusparagrafen 129a erwartet.



Operation der türkischen Armee in einem kurdischen Dorf



# Die Repression verschärft sich

(IATblatt)

## DER FALL ALI SAPAN

Als Ali Sapan vorigen Dienstag die Grenze zur BRD passierte, lagen ihm langjährige Untersuchungsakten, ein Verfahren, das an "Fairness" nicht viel zu bieten hat und eine sehr unsichere Zukunft als anerkannter Konventionsflüchtling bevor. Für die BRD ist Ali Sapan ein guter Fang. Sie will sich für ihre Rüstungsindustrie den größten Brocken beim Bau eines von der NATO projektierten "Truppenübungsplatzes", in der GröÙe Belgiens im türkisch besetzten Teil Kurdistans sichern. Es ist immer gut, seinen Feind in schlechtes Licht zu stellen, dachten sich wohl die Herren in der Karlsruher Bundesanwaltschaft, und machten sich an das Zurechtzimmern eines geeigneten Strafverfahrens:

Die PKK, die Partei der Arbeit Kurdistans, die das NATO-Projekt und das faschistische Regime in Ankara seit 1984 bekämpft, soll eine "terroristische Vereinigung" sein, Ali Sapan ihr Mitglied.

Erstmals wurde eine nach § 129a (siehe Kasten) verfolgte Person von Österreich in die BRD abgeschoben, obwohl das gar nicht möglich sein sollte: Denn ausgeliefert kann nur werden, spricht das Gesetz, wer auch in Österreich wegen des gleichen Delikts vor Gericht gestellt werden könnte. Eine Auslieferung wegen "politischer Delikte" ist überhaupt nicht möglich. Und politische Delikte gibt es in Österreich, so möchte mensch meinen, genauso wenig wie den Paragraph 129a nach BRD-Muster. Möchte mensch eben meinen....

## POLITISCHES STRAFRECHT

Gut und gern 17 verschiedene "politische Delikte" kennt das österreichische Strafgesetzbuch. Allesamt sind sie Relikte aus Monarchie, Austrofaschismus oder Nationalsozialismus, die in das Strafgesetzbuch des Jahres 1975 wahrlich "hinübergerettet" wurden.

Ein Beispiel:  
§ 246 Staatsfeindliche Verbindungen

(1) Wer eine Verbindung gründet, deren, wenn auch nicht ausschließlicher, Zweck es ist, auf gesetzwidrige Weise die Unabhängigkeit, die in der Verfassung festgelegte Staatsform oder einer verfassungsmäßigen Einrichtung der Republik Österreich oder eines ihrer Bundesländer zu erschüttern, ist

mit Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.

(2) Ebenso ist zu bestrafen, wer sich in einer solchen Verbindung führend betätigt, für sie Mitglieder wirbt oder sie mit Geldmitteln oder sonst in erheblicher Weise unterstützt.

(3) Wer an einer solchen Verbindung sonst teilnimmt oder sie auf eine andere als die im Absatz zwei bezeichnete Weise unterstützt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr zu bestrafen.

Dieser Paragraph entspricht im Wesentlichen den § 129a der BRD. Er ist seit Bestehen des StGB unseres Wissens nach nicht angewandt worden. Auf jeden Fall gibt es keine Judikatur dazu.... Dennoch ist es interessant, sich mit ihm zu beschäftigen.

rechnen, auch damit "daß sich eine staatsfeindliche Verbindung nach außen hin legal tarnt, sich etwa nach dem Vereinsgesetz konstituiert und einen harmlosen Vereinszweck vielleicht nicht einmal nur vorschützt, sondern ihn auch, wenn auch nicht ausschließlich, tatsächlich verfolgt. Man denke zum Beispiel an einen Sportverein, der sich auch staatsfeindliche politische Ziele gesetzt hat. Aufgabe der Bestimmung ist es, "die durch kollektive Wühlarbeit besonders gefährdeten Rechtsgüter" zu schützen. "Die besondere Gefährlichkeit einer staatsfeindlichen Verbindung ist darin zu erblicken, daß es ein organisiertes Kollektiv ist, das in den Dienst der Erreichung des verpönten Zieles gestellt wird."

Damit ist doch ziemlich klar-gestellt, gegen wen sich dieser

**POLIZEI: Denn wir können noch richtig zupacken**



**Natürlich machen wir auch Hausbesuche**

Was bitte dachten sich jene Kommissionsmitglieder, die das StGB erarbeiteten, als sie den Paragraphen mit der Nummer 246 diskutierten?

Alle folgenden Zitate sind, wenn nicht anderes bezeichnet, den Erläuterungen der Regierungsvorlage vom Dezember 1971 entnommen.

Der § 246 findet "sein Vorbild in den §§ 4 und 5 des Staatsschutzgesetzes BGBl. Nr. 223/1936", also in einem Gesetz des Austrofaschismus, mit dem die politische Arbeit der demokratischen Gruppierungen, der Sozialdemokraten und Kommunisten bekämpft werden sollten. Ein Staat muß mit Allem

Paragraph richtet: Vornehmlich gegen Kollektive, deren Ziel die Änderung der politischen und sozialen Verhältnisse in diesem Land ist. Die fehlende Exaktheit von Begriffen wie "kollektive Wühlarbeit" wird da von den Beamten-schädeln der Bürokratie noch allemal weggemacht. Der an der Auslieferung Ali Sapan's schuldige Justizminister Foregger hat am Entwurf des StGB mitgebastelt. Als Leiter der "Straflegislativ-Sektion", des Justizministeriums hat er das Gesetz kommentiert.

In dem Büchlein, das heute jeden RichterInnenentisch ziert, ist nachzulesen, wie der österreichische Staat zu erschüttern ist:

"Erschütterung ist jede ernstliche Gefährdung der geschützten Güter. Bloße Propaganda reicht nicht aus; bedient sich die Propaganda aber gesetzwidriger Mittel, z.B. Verleumdung, Verrat von Staatsgeheimnissen oder Herabwürdigung des Staates oder seiner Symbole, so ist das Tatbild gegeben." Ein Mittel, eine Erschütterung des Staates herbeizuführen, wird ausdrücklich hervorgehoben: Gesetzwidrige Demonstrationen!!!

Und noch etwas fällt auf: Strafbar sind nicht nur GründerInnen, führende Mitglieder oder Personen, die die Verbindung in erheblicher Weise (Werbung von Mitgliedern, Geldbeschaffung oder sonstige) unterstützen, sondern überhaupt alle, die irgendwie mit der angeblich staatsfeindlichen Verbindung zu tun haben.

In den Erläuterungen zur Regierungsvorlage wird klargestellt, "das geringfügige Unterstützungen, wie z.B. Die Bezahlung von Mitgliedsbeiträgen oder die Entrichtung bescheidener Spenden für einen Unterstützungsfonds für



die Angehörigen von in Haft befindlichen Mitgliedern der Verbindung nicht unter den vorgesehenen strengen Strafsatz (Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu fünf Jahren) fallen"; und damit auch gleich, daß sie unter den weniger strengen, ein Jahr Haft vorsehenden, fallen. Hat die Justiz erst einmal eine staatsfeindliche Verbindung konstruiert, so läßt sie niemanden aus.

Welche Folgen hätte das?

Da sich praktisch alle jemals mit der "staatsfeindlichen Verbindung" in Kontakt gekommene Personen direkt oder indirekt nach Absatz 3 strafbar gemacht haben oder haben könnten, wäre die Justiz verpflichtet, das gesamte politische und soziale Umfeld der "Mitglieder, UnterstützerInnen" etc. auszu-

## § 129a in der BRD

Mit der Schaffung des §129a im bundesdeutschen Strafgesetz wurde 1976 die Gründung, Mitgliedschaft in, Werbung für und Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung" mit Haftstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bedroht. Hervorgegangen ist dieser Paragraf aus dem deutschen Reichsstrafgesetzbuch des Jahres 1871, in dem der Bekämpfung der Sozialdemokratie besonderes Augenmerk geschenkt wurde. Nach dem Fall der sog. "Sozialistengesetze" 1890 blieb der §129 bestehen, da er sich, nach Meinung der Herrschenden lediglich gegen kriminelle, nicht jedoch gegen politisch tätige Menschen richtete. Aber sowohl nach der Zerschlagung der Münchner Räterepublik 1919 als auch nach dem NATO-Beitritt der BRD 1951 wurden Mitglieder der KPD (1956 verboten) als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung inhaftiert und verurteilt.

Wurden politisch tätige Menschen zu Bismarcks Zeiten als organisierte Ganoven bezeichnet, so sind es heute Krawallmacher, Chaoten und Terroristen, die "mit aller Entschiedenheit bekämpft werden müssen." Widerstand gegen die Notstandsgesetzgebungsparagrafen im bundesdeutschen Grundgesetz (1968 eingeführt), gegen den Vietnam-Krieg, aber auch die im Zuge der StudentInnenbewegung entstandenen militanten und antiimperialistischen Gruppen ließen sich nicht so ohne weiteres als kriminell abtun. Im Gleichschritt mit der staatlichen Propaganda erklärt der §129a politische Tätigkeit zwar nicht als kriminell, aber doch als "terroristisch". Obwohl bis jetzt nur 3% der nach §129a eingeleiteten Verfahren tatsächlich mit Verurteilungen endeten, birgt er dennoch große Gefahren für alle politisch engagierten Menschen: uneingeschränkte Post- und Telefonüberwachung, erweiterte Beschlagnahme- und Durchsuchungsbefugnisse, großangelegte Personen- und Identitätskontrollen, Sonderhaftbedingungen wie Isolationshaft,

Einschränkung der sowieso kärglichen Verteidigungsrechte sind Teil der Verfahren nach §129a. Den besonderen politischen Charakter des §129a verrät die Strafgesetznovelle 1986: Infolge des starken Widerstandes gegen die Errichtung der WAA in Wackersdorf, militanter Großdemonstrationen und zahlreicher gefällter Strommaste wurde der §129a ausgebaut und bekam sogar ein Brüderchen, das differenzierte Auseinandersetzungen mit der politischen Realität in der BRD verunmöglichen soll: den §130a, der lediglich "staatspolitisch orientierte" Berichterstattung über



militanten Widerstand zulassen will. In der Folge wurden Zeitungen, die über den Widerstand gegen die WAA berichteten, regelmäßig beschlagnahmt. Neben der Erweiterung des "Tatbilds" auf Aktionen gegen Stromversorgungs-, Verkehrs- und Fernmeldeeinrichtungen sowie Baugeräte (allesamt Ziele der WAA-GegnerInnen) wurde die Strafdrohung auf ein bis zehn Jahre Haft verdoppelt! Seit 1.1.1987 ist es nunmehr möglich, den §129a auch gegen streikwillige E-Werksarbeiter einzusetzen....

leuchten. Hinter jedem neuen Namen, in Vereinsaufzeichnungen, Spendenlisten, Unterschriftenlisten o.ä. gefunden, könnte sich ein/e RechtsbrecherIn verbergen.

Folge: Ausgeweitetes Durchsuchungsrecht.

Jede(r) AnruferIn, jede(r) BriefeschreiberIn könnte UnterstützerIn sein.

Folge: Post- und Telefonüberwachung.

Wer's weiter wissen will, lese obigen Kasten zum § 129a in der BRD.

PS: Bei sämtlichen "politischen Delikten" ist nicht zu bestrafen, wer freiwillig und bevor Verschulden bekannt wird, alles, was ihm/ihr von der Verbindung und ihren Plänen bekannt ist, der Behörde aufdeckt. Die "Kronzeugenregelung", die in der BRD von Bundesanwaltschaft, CDU, CSU, NPD und anderen faschistischen Gruppen gefordert wird, ist in Österreich, dank sozialdemokratischer Strafrechtsreform, längst gesetzlich festgeschrieben.

\* siehe dazu: "Beschlagnahmt,... Geschichte der Zensur" gemeinsame Sondernummer von ATOM und RADI-AKTIV, Göttingen, Dezember 1986.

# Aktion und Reaktion

Wolli Kanz ist Aktivist und engagiert sich bei *Seebrücke München*, *Alarmphone* und *Solidarity City München*. Mit Agnes Andrae sprach er über die Kriminalisierung politischer Aktivist\*innen in den 1980er Jahren und heute.

Du warst schon in den 1980er Jahren als Aktivist von Kriminalisierung betroffen. Wie hat sich das für dich geäußert?

*Damals waren es zum Beispiel die Proteste gegen die Isolationshaft von politischen Gefangenen, der Widerstand gegen die Atompolitik und gegen die WAA, die atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, aber auch die Themen aus der Frauenbewegung zu Gentechnik, Sextourismus und Frauenhandel, die von staatlicher Seite aus kriminalisiert wurden. Und natürlich auch die Unterstützung des internationalen Befreiungskampfes. Das führte dazu, dass wir mit Veranstaltungsverbieten und politischen Prozessen in München und ganz Bayern dazu konfrontiert waren.*

*Mit dem staatlichen politischen Werkzeug des § 129a, also der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“, wurden damals viele unserer Veranstaltungen zu diesen Themen verboten und von der Polizei abgeräumt. Die Bayerische Landesregierung*

*und die Behörden wollten damals verhindern, dass eine größere, breite Öffentlichkeit entsteht.*

Wie hast du die staatliche Verfolgung erlebt? Hast du damals auch Unterstützung erfahren?

*Natürlich bedeutet die Kriminalisierung für jeden Einzelnen erst mal eine persönliche und oftmals finanzielle Belastung, wenn frau/man mit einer Haftstrafe oder einer hohen Geldstrafe überrollt wird. Viele unserer Freund\*innen haben uns dann aber unter die Arme gegriffen. Sie haben sich während der Prozesse zum Beispiel um die Betreuung unserer Kinder mit gekümmert. Oder sie haben die Aktionen während der Prozesse organisiert und die Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Es war eine schöne Erfahrung, zu erleben, wie groß eine Solidarität untereinander sein kann, und wie sie sich auch in ganz verschiedenen Formen ausdrücken kann.*

*Uns hatte auch eine breite politische Unterstützung in München sehr geholfen, dass das Thema der*

*Isolationshaft wieder zu einem politischen und gesellschaftlich umkämpften Thema wurde. Das war während des Verfahrens gegen uns bezüglich § 129a wegen der Veranstaltung zu den politischen Gefangenen. Und ein paar Jahre später wurde dann in allen Medien über die Isolationshaft ganz breit und öffentlich berichtet, als wäre das alles schon immer bekannt gewesen. Im Nachhinein war das dann doch auch ein kleiner Erfolg für uns.*

Wie ist die Situation heute? Mit welchen Kriminalisierungen von staatlicher Seite sind Aktivist\*innen heute konfrontiert?

*Ich glaube nicht, dass sich im Vergleich zu den 80er Jahren viel verändert hat. Da muss man sich nur die aktuellen Versuche anschauen, wie die Rote Hilfe verboten werden soll. Oder wie gegen Personen vorgegangen wird, die für Solidarität mit Kurdistan und der autonomen Region Rojava eintreten oder Symbole der syrisch-kurdischen Verteidigungseinheiten YPG und YPJ gezeigt haben. Da*

*geht es um ähnliche Inhalte wie damals.*

*Aber neu ist für mich, dass jetzt eine extremere Stufe der Kriminalisierung der Zivilgesellschaft passiert und in Planung ist. Vom neuen Polizeiaufgabengesetz bis hin zu den Gesetzespaketen gegen Geflüchtete und ihre Unterstützer\*innen. So sollen inzwischen ja sogar die Flüchtlingsräte bestraft werden, wenn sie einfach nur einen geplanten Abschiebeflug bekannt geben.*

*Genauso bei der Kriminalisierung der Seenotrettung. Die Zivilgesellschaft kauft Schiffe über Spenden, um Menschen zu retten. Die dürfen dann aber erst nach langen Wochen Kampf und Ausharren auf See, und erst durch den Druck einer breiten Öffentlichkeit, dann die Häfen anlaufen. Dort werden die Schiffe beschlagnahmt und die Kapitäninnen oder Kapitäne verhaftet und die Crews mit Strafverfahren überzogen. Das*

*ist doch eine absurde Situation und eine verkehrte Welt.*

Es wird also alles schlechter?

*Nein, ich bin trotzdem guter Dinge. Durch das breite gesellschaftliche Bündnis der Seebrücke haben sich jetzt über 100 Städte in Deutschland zum sicheren Hafen erklärt. Und nun hängt es von uns ab, wie wir Druck ausüben können, dass auch München sich mehr zu konkreten Schritten entscheidet, Geflüchtete aus Seenotrettung aufzunehmen und sich gegen die ganze EU-Abschottungspolitik positioniert.*

*Auch bleibe ich optimistisch, dass jede Form von Kriminalisierung immer noch durch eine breite Öffentlichkeit und gemeinsame Solidarität verhindert werden kann und sich vielleicht die Idee für eine andere und solidarische Welt immer lebendiger durchsetzen wird.<*



# Doppelt kriminalisiert

Die Forderung, Straftäter\*innen konsequent abzuschieben, genießt eine hohe Popularität. Damit werden gerade die Abschiebungen nach Afghanistan in der Öffentlichkeit vom Innenministerium gerechtfertigt, auch wenn sich immer wieder Personen unter den Abgeschobenen befinden, die keine Straftaten in Deutschland begangen haben. Organisationen wie der *Bayerische Flüchtlingsrat* werden heftig kritisiert, weil sie sich gegen die Abschiebung auch von Straftäter\*innen aussprechen. Daher im Folgenden drei gute Gründe, warum Straftäter\*innen nicht abgeschoben werden dürfen.

Von Stephan Dünwald und Agnes Andrae.

## Keine doppelte Bestrafung

Die Abschiebung von Straftäter\*innen ist eine Doppelbestrafung. Straftäter\*innen werden verurteilt, sitzen hier ihre Strafe ab wie jede\*r andere auch und werden dann oft vor der vollen Verbüßung der Strafe abgeschoben. Nur erwartet sie dann noch eine Strafe obendrauf. Das ist nicht fair und verletzt den Gleichheitsgrundsatz moderner Rechtsstaaten. In der Antike oder im Mittelalter wurden Menschen ins Exil geschickt, aus Stadt oder Land vertrieben oder verbannt, aber das ist tatsächlich Mittelalter. Kriminelle sollten unterschiedslos für ihre Taten bestraft werden, nach dem gleichen Strafmaß wie in Deutschland üblich. Das Grundverständnis der Menschenrechte und der demokratischen Rechtsstaatlichkeit lässt sich mit etwas anderem nicht vereinbaren. Wenn wir hier unterscheiden, dann können wir den Laden gleich dicht machen.

## Keine Abschiebung, ohne über die Folgen in den Ankunftsstaaten nachzudenken

Die Vertreter\*innen der Politik und vor allem des Innenministeriums brüsten sich gerne mit der Abschiebung von Personen, die Vergewaltigungen oder schwere Körperverletzungen begangen haben. Die Behörden in den Ankunftsländern aber werden nicht darüber informiert, wer Straftäter ist und welche Delikte begangen wurden. Angeblich aus Datenschutzgründen. Das heißt, auch Mörder\*innen, Vergewaltiger\*innen oder Menschen, die Kinder missbraucht haben, spazieren dort vom Flughafen in die Stadt und können unbehellig ihr Unwesen treiben. Dies ist politisch höchst verantwortungslos. Abschiebung schafft Probleme nicht aus der Welt, sondern bürdet sie nur Staaten auf, die wenig bis gar keine Rehabilitationsmaßnahmen für Straftäter\*innen haben oder haben können. Ein sehr zweifelhafter Beitrag zu Stabilität, Frieden und Entwicklung in diesen Staaten.

Agnes Andrae ist  
Sozialarbeiterin und  
Mitarbeiterin der  
Geschäftsstelle des  
Bayerischen  
Flüchtlingsrats

## Überhaupt keine Abschiebungen

Stephan Dünnwald  
ist Ethnologe und  
Mitarbeiter der  
Geschäftsstelle des  
Bayerischen  
Flüchtlingsrats

Kein Mensch flieht freiwillig. Niemals. Sich auf die Flucht zu begeben, setzt immer eine akute Not voraus. Menschen verlassen ihre Herkunftsländer in bestimmten Lebenssituationen, in denen sie akut bedroht und auf Schutz und Unterstützung angewiesen sind. In dem Bürgerkriegsland Afghanistan sind Abgeschobene großen Gefährdungen, möglicherweise dem Tod, ausgesetzt. Das gilt, da es sich nicht auf spezifische Individuen bezieht, für alle, auch Straftäter. Menschenrechte sind hier nicht unterschiedlich auszulegen. Wenn wir sagen, dass wir niemanden nach Afghanistan in Todesgefahr schicken, dann können wir hier keine Ausnahmen machen. Die Ansicht mancher Politiker\*innen, Straftäter\*innen solle man trotz allem abschieben, tendiert zur Aufweichung unseres Rechtsstaats, auch wenn die Forderungen sich großer Popularität erfreuen.

## Von welchen Straftaten reden wir hier eigentlich?

Schließlich, wenn es noch eines vierten Grundes bedürfte, ist die Kategorie Straftäter\*in sehr weit. Zum Beispiel: Ein Afghane, der auf einem der zahlreichen Sammelabschiebechartern nach Kabul abgeschoben wurde, hat vor vier Jahren einen kleinen Diebstahl begangen und wurde mit 50 Tagessätzen à 10 Euro verurteilt. Er wurde vor zwei Jahren beim Kiffen erwischt und bekam hier eine Strafe von 20

Tagessätzen à 10 Euro. Er hat seine Strafe angenommen und brav abbezahlt und sich seitdem nichts mehr zuschulden kommen lassen. Er hat seit längerem eine deutsche Freundin, beide wollen heiraten. Ein Straftäter, der unbedingt nach Afghanistan abgeschoben werden muss? Nein. Einige andere Kandidaten hatten ähnliche Straftaten vorzuweisen: Einer hat in einem Bierzelt im Zorn einen Maßkrug auf einen Kollegen geworfen. Der Wurf ging vorbei. Er bekam trotzdem eine Strafe von mehr als 50 Tagessätzen. Ein anderer hat in Kulmbach im Streit jemandem ins Gesicht geschlagen, weil er, glaubt man seinem damaligen Arbeitgeber, rassistisch provoziert wurde. Er wurde wegen gefährlicher Körperverletzung zu 120 Tagessätzen verurteilt. Laut Akte des Innenministeriums hatte die getroffene Person mehrere Tage lang Schmerzen, kein Blut, kein Bruch – aus unserer Sicht also Kategorie „blaues Auge“. Auch dieser junge Mann hat seine Strafe abbezahlt und sich seitdem nichts mehr zuschulden kommen lassen. Viele derer, die als „gefährliche Straftäter“, wie der Innenminister das gerne sagt, nach Afghanistan abgeschoben werden, sind ziemlich harmlose Personen. Das Schild „Straftäter“, das man ihnen um den Hals hängt, dient auch dazu, die Abschiebungen zu legitimieren.<

Weltstadt ohne Herz  
Arbeitsmigrant\*innen aus Südosteuropa wird in München das Leben  
(und Arbeiten) schwer gemacht



# Verdächtig gemacht

Bettelverbot, Alkoholverbot, Aufenthaltsverbot. „Stammsteher“, „Bettelbanden“ und „Arbeiterstrich“. Die Kriminalisierung von Armut in der Stadt München im Kontext ordnungsrechtlicher Verschärfungen und wohlfahrtsstaatlicher Ausschlüsse. Von Saskia Gränitz und Hannes Kerger.

**M**ünchen macht gerne von sich reden als „sicherste Stadt Europas“. Doch sie ist nicht nur sicher, sondern auch teuer. Beides geht Hand in Hand: Nicht nur schlägt die Kriminalität der Armen stärker zu Buche als die der Reichen – ohne dass diese krimineller als jene wären, vielmehr weil sie stärker unter der Beobachtung der Sicherheitsorgane stehen. Die bayerische Landeshauptstadt versucht auch proaktiv, Sicherheit und Sauberkeit als Anreizfaktoren im (inter-)nationalen Standortwettbewerb in Stellung zu bringen. Es geht nämlich nicht allein darum, möglichst viel Kapital und Tourismus anzulocken, sondern ebenso darum, diejenigen abzuschrecken, die mit leeren Händen oder leerem Magen nach München kommen, schon lange hier in Armut leben oder hier arm geworden sind.

In einer Art negativer Städtekonkurrenz überbieten sich deutsche Großstädte in sozialchauvinistischen wie auch rassistischen und antiziganistischen Verbalattacken gegen Menschen, die mit dem Stigma ökonomischer Überflüssigkeit gebrandmarkt werden und historisch schon immer wurden, während ebendiese Stigmatisierung ihnen „die harte Disziplin schlecht bezahlter Lohnarbeit aufzwingen soll“ (Loïc Wacquant).

## Die Angst der Mittelschicht

Mit dem Versuch, urbane Räume in Wert zu setzen und vermeintliche Standortvorteile zu erzeugen, vollzieht

sich eine „Versicherheitlichung“ des städtischen Lebens. Durch diesen Begriff der „securitization“ erklären die Vertreter\*innen der *Copenhagen School of Security Studies*, dass Sicherheitsprobleme weniger objektiv messbar seien als vielmehr eine kommunikative Konstruktion. Objekten (oder auch Personen) werden Eigenschaften zugeschrieben, die eine existentielle Bedrohung für die Allgemeinheit darstellen würden, weshalb ihnen gegenüber auch außerordentliche Maßnahmen legitim seien. Dabei korrespondiert das Gefühl der Unsicherheit nicht notwendig mit der objektiven Unsicherheit.

Das Gefühl der Bedrohung ist jedoch nicht einfach ein willkürliches Konstrukt, welches durch rationale Argumente oder Beruhigungsrhetorik aus der Welt zu schaffen ist. Es hat seinen realen Grund in den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise selbst, die den Einzelnen als verselbstständigter „stumme[r] Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ (Marx) in der alltäglichen Lebenswelt gegenübertreten: Als zunehmende Prekarisierung und Flexibilitätsanforderungen, als Depression und Burnout, als für viele kaum leistbare Lebenshaltungskosten oder als Erfahrung der Ohnmacht gegenüber staatlichen Institutionen und Arbeitgeber\*innen. Diese Widersprüche, Bedrohungen und Krisen – die privaten womöglich mehr als die öffentlichen – werden abgewehrt und auf diejenigen projiziert, die die Male der gesellschaftlichen Verwerfungen am sichtbarsten verkörpern.





Gegen die Ausgrenzung

Im April 2019 demonstrierten in München rund 80 Personen, die während der Arbeitssuche auf offener Straße schon vorher häufig von Polizeikontrollen und Vertreibungen im südlichen Bahnhofsviertel betroffen waren

Für das Recht auf Arbeit

Die Demonstration fand im Rahmen der bundesweiten Kampagne gegen organisierte Leistungsverweigerung statt und wurde begleitet von der Münchner Initiative Zivilcourage, die seit zehn Jahren soziale Kämpfe von EU-Bürger\*innen unterstützt



Sie rufen Angst und Ekel hervor: nicht, weil sie tatsächlich eine Bedrohung darstellen, sondern weil in ihnen gesehen wird, was moralisch verpönt ist und was als sozialer Status nicht annehmbar scheint. In einer Phase des Spätkapitalismus, in der die Lösung der letzten Krise bereits den Grundstein für die nächste legt, muss der Vorwurf des sozialen Scheiterns rasch auf andere verschoben werden, bevor er einen selbst ereilt. Drogenkonsument\*innen und Alkoholabhängige, Tagelöhner\*innen wie auch Wohnungslose, Bettelnde oder Sexarbeiter\*innen personifizieren die Störungen im kapitalistischen Betriebsablauf: An ihnen wurde die Drohung, dass man, wenn man nur nicht genug leiste, auf der Straße landen würde, bereits vollstreckt. Umso belästigender wird ihre Sichtbarkeit wahrgenommen und empfunden. Der selbsternannten Mittelschicht, dem Kleinbürgertum werden sie damit zu einem legitimen Objekt ordnungspolitischer Maßnahmen.

#### Vertreibung der sichtbaren Armut

Es ist kein Wunder, dass die erste große polizeiliche Aktion im Nationalsozialismus die sogenannte „Bettelrazzia“ im September 1933 gewesen ist und sich überwiegend gegen im NS-Jargon sogenannte „Arbeitsscheue“ und „Asoziale“ richtete. In der NS-Propaganda und in den bereitwillig berichtenden Zeitungen wurden die Betroffenen als „gewerbsmäßige Bettler“ diskreditiert, und ihnen wurde im selben Atemzug die existenzielle Not abgesprochen – ein Narrativ, das bis heute die Schlagzeilen füllt. Mit dieser von SS und SA unterstützten einwöchigen Aktion begann die bis 1945 anhaltende polizeiliche Kontrolle und Verfolgung von als „gemeinschaftsfremd“ stigmatisierten Menschen.

Die Verfolgung endete in Zwangssterilisationen, Morden und Deportationen in Konzentrationslager – und stieß auf weitreichenden Rückhalt in der Bevölkerung. Es ist bezeichnend, dass dieser Auftakt der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, von wenigen wissenschaftlichen Publikationen abgesehen, völlig vergessen ist – weil ihre Opfer auch nach 1945 in beiden deutschen Staaten als sogenannte „Asoziale“ kriminalisiert und nicht selten erneut inhaftiert wurden. Wer überlebt hatte, blieb von Entschädigungszahlungen quasi ausgeschlossen.

Sichtbare Armut (oder wenigstens die Zuschreibung

derselben aufgrund äußerer Merkmale) ist auch heute oft ausschlaggebend für einen sicherheitspolitischen Fokus. Dabei geht es den staatlichen Institutionen weniger um die Bekämpfung einer tatsächlichen Gefährdung der Bevölkerung. Selbst im Falle der jüngsten Räumung von Obdachlosenwohnstätten in München – mit dem Vorwand des Schutzes vor Feuer

## ***Es geht also um das Stadtbild, gefühlte Sicherheit und letztlich Schikane***

und Hochwasser – ging es höchstens vordergründig um eine ‚humanitäre Verantwortung‘ gegenüber den Betroffenen. Vielmehr beobachten wir – anknüpfend an den französischen Soziologen Loïc Wacquant – seit einigen Jahren einen Wandel des Wohlfahrtsstaates hin zu einem „Straf- und Polizeistaat, der die Kriminalisierung von Randgruppen und die ‚punitive Ausgrenzung‘ sozial Benachteiligter zu einem zentralen Bestandteil seiner Sicherheitspolitik macht“.

Es geht also vielmehr um das Stadtbild, gefühlte Sicherheit und letztlich Schikane. „Damit betreibt der Staat eine Politik, die die Folgen des eigenen Versagens kriminalisiert“ (Wacquant). Bezeichnenderweise sind in aller Regel gerade nicht die Reisenden, die Pendelnden und die sogenannte Normalbevölkerung von Straßenkriminalität betroffen, sondern die Kriminalisierten selbst, deren Lage dadurch noch unsicherer wird. Die verschiedenen Maßnahmen gegen unterschiedlichste Betroffenen-gruppen lassen sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen: In der unternehmerischen Stadt ist Armut ein Mal, das zu verschwinden hat.

#### Leistungsverweigerungs- und Hau-ab-Gesetze

Unionsbürger\*innen können im Zuge der Freizügigkeitsregelungen ihren Wohnsitz innerhalb der EU frei wählen. Allerdings sehen sich Menschen aus Bulgarien und Rumänien, die seit der EU-Osterweiterung legal nach Deutschland migrieren dürfen, nicht nur mit den Konsequenzen einer medialen Dauerpanik um vermeintliche ‚Armutsmigration‘ konfrontiert. Auch wurde für sie das Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit, kurz nachdem es im Jahr 2014 erst in Kraft getreten war, wieder gesetzlich

eingeschränkt: Wer nach sechs Monaten Aufenthalt in Deutschland keinen Arbeitsvertrag unterschrieben hat oder „ohne Aussicht auf Erfolg“ Arbeit sucht, kann abgeschoben werden.

Seitdem kommen immer neue sozialrechtliche Diskriminierungen hinzu. So sind infolge einer Gesetzesreform Ende 2016 Unionsbürger\*innen, die noch keine fünf Jahre in Deutschland gemeldet sind und/oder keine lang andauernde sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen können, von Sozialleistungen ausgeschlossen. Das bedeutet, dass Menschen ohne feste Wohnung und Menschen in prekärer Arbeit de facto kein Recht auf ein Existenzminimum besitzen. Die Logik dahinter entspricht den neoliberalen Regeln negativer Standortkonkurrenz: Es sollen „unnötige Anzeizeffekte vermieden werden“, die Menschen in Not zur Migration bewegen könnten, so das Sozialreferat München. Und wenn sie dennoch kommen, dann wird alles darangesetzt, dass diese Menschen keinesfalls soziale Rechte in Anspruch nehmen können.

Mit Inkrafttreten des „Leistungsverweigerungsgesetzes“, welches am 28. Juni 2019 zusammen mit dem „Hau-Ab-Gesetz“ als Teil des sogenannten Migrationspaketes den Bundesrat passierte, werden demnächst weitere Kriminalisierungen zu erwarten sein. Denn neben einer Einschränkung des Kindergeldanspruchs für EU-Bürger\*innen und einer Verschränkung von Familienkassen und Ausländerbehörde zum Zwecke verstärkter Freizügigkeitsprüfun-

## ***Damit legalisiert und verschärft das Gesetz teilweise bereits gängige Praxen des racial und social profilings***

gen enthält das Gesetz ein komplexes Geflecht an Regelungen zum Verbot von sogenannten „Tagelöhnerbörsen“. Die *Finanzkontrolle Schwarzarbeit* erhält nun nicht nur weitere Kräfte und Mittel, sondern vor allem weitreichende Befugnisse zur Bestrafung von Menschen, die in den Augen der Verfolgungsbehörden so aussehen, als suchten sie auf der Straße nach (möglicherweise informeller) Arbeit.

Erste Razzien und Zollaktionen gab es bereits am 21. August 2019 in Berlin und kurz darauf in München. Den Betroffenen drohen Platzverweise, Bußgelder bis zu 5.000 Euro und der Entzug der Freizügigkeit. Damit

legalisiert und verschärft das Gesetz teilweise bereits gängige Praxen des racial und social profilings, der Vertreibung aus dem öffentlichen Raum und Diskriminierung von EU-Bürger\*innen in den Bereichen Arbeit, Wohlfahrt und Soziales.

Zudem stellt die Bundesarbeitsagentur „EU-Bürger\*innen, die Leistungen in Jobcentern beantragen, unter den Generalverdacht des Leistungsmissbrauchs. Eine Arbeitshilfe vom April 2018 schlägt eine Sonderbehandlung von EU-Bürger\*innen vor. Sie zielt dabei explizit insbesondere auf Menschen aus Bulgarien und Rumänien und bedient antiziganistische Stereotype. Verdächtige Unionsbürger\*innen sollen ihren Anspruch mit besonders vielen Nachweisen belegen, zudem besonders eng kontrolliert und für besonders viele Maßnahmen verpflichtet werden“ – kommentiert das Netzwerk *Europa in Bewegung*, welches seit April 2019 gegen diese „organisierte Leistungsverweigerung“ des Staates mit einer bundesweiten Kampagne mobilisiert.

### **Bettel- und Alkoholverbote**

Doch nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf Landes- und kommunaler Ebene setzt sich die juristische wie praktische Kriminalisierung von Armut fort. Am 01.08.2014 erließ das Kreisverwaltungsreferat der Stadt München (KVR) eine Allgemeinverfügung, die das Betteln im Innenstadtbereich stark einschränken sollte: „Aggressives“, „bandenmäßiges“ oder „organisiertes“ sowie den Verkehr beziehungsweise Passant\*innen

behinderndes Betteln ist seither im Innenstadtbereich ebenso untersagt wie das Betteln mit und durch Kinder sowie mit Tieren. In der Fußgängerzone ist zudem schlicht jede Form des Bettelns untersagt. Laut Stadtverwaltung liege der

Grund hierfür in der EU-Osterweiterung, die es nun sogenannten Banden und einer vermeintlichen „Bettelmafia“ ermögliche, eine Form organisierter Bettelkriminalität zu etablieren – doch Polizei und Stadt sind den Beweis der Existenz einer solchen Mafia bislang schuldig geblieben.

Zwar gab es, wie aus einer Kleinen Anfrage im bayerischen Landtag hervorgeht, im Jahr 2013 fünf Fälle von „Zwangsbettelei“, doch scheinen die Maßnahmen einer anderen Motivation zu folgen. Darüber gibt der *Bayerische Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern e.V.* Auskunft: Durch das



Auftreten „professioneller Bettler“ erschiene den Tourist\*innen die „Gegend um den Hauptbahnhof als ‚Armutszone‘“. Und das habe unmittelbar ökonomische Folgen: „Hotelbewertungen im Internet [...] beeinflussen heute in erheblichem Maße die Buchungsentscheidungen der deutschen und internationalen Gäste. Negative Bewertungen [...], die aus dem Straßenbild zum Beispiel durch massive Bettelei entstehe, haben also unmittelbar negative Ertragswirkungen für die betroffenen Hotelbetriebe und in der Folge die ansässige Gastronomie. Viele Gäste sind nicht mehr bereit, dieses Gesamtbild aus Bettlerbanden, Spielcasinos, ‚Arbeiterstrich‘ und extremer Straßenverschmutzung hinzunehmen“. Die Stadt München nutzt folglich eine antiziganistische Verschwörungstheorie, um ihre sozialchauvinistische Politik zu rechtfertigen.

Daher werden seit geraumer Zeit nicht nur bettelnde Menschen in den Blick genommen. Auch Menschen, die sich regelmäßig am Münchner Hauptbahnhof treffen, um dort insbesondere Bier zu trinken, gerieten unter der abwertenden Bezeichnung „Stammsteher“ in den Fokus von KVR und Presse. Im Januar 2017 trat die erste sogenannte „Alkoholverbotsverordnung“ in Kraft, welche den Konsum und das Beisichführen von Alkohol zwischen 22 Uhr und sechs Uhr untersagte; seit August dieses Jahres gilt das Alkoholverbot ganztägig.

Formell gilt die Verordnung für alle Personen, die sich am Bahnhof aufhalten. Realiter wird sie aber nur gegen bestimmte Personen angewandt: gegen die „Stammsteher“. Sie seien verantwortlich für diverse Ordnungswidrigkeiten (Fäkalien, Vermüllung, Lärmbelästigung) sowie Rohheitsdelikte (Beleidigung, Nötigung, Körperverletzung). Besonders letztere wurden häufig ins Feld geführt, um die Allgemeinverfügung zu legitimieren. Doch weder Stadt noch Behörden gaben Auskunft darüber, wer denn eigentlich die Geschädigten der Rohheitsdelikte seien. Es kann davon ausgegangen werden, dass weniger unbedarfte Passant\*innen attackiert werden, sondern Gewalttaten sich innerhalb der Szene selbst abspielen. Damit richtet sich das Alkoholverbot, und die darauf folgende Verdrängung, gleichermaßen gegen Täter\*innen wie Opfer.

## Armut soll das Stadtbild nicht ruinieren

Seit dem 2. Juli 2018 patrouilliert der *Kommunale Außendienst* (KAD), der dem KVR untersteht, im Münchner Innenstadtbereich. Die Patrouillen sollen das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung durch ihre bloße

Präsenz stärken, aber auch als Ansprechpartner\*innen fungieren. Sie ahnden Ordnungswidrigkeiten, wie etwa Verstöße gegen das Bettel- oder Alkoholverbot, und verteilen Geldbußen und Platzverweise. Unter die häufigsten Einsatzgründe fielen in den ersten zwei Monaten nach Angaben der Stadt München das Betteln, die Überprüfung von Vitalfunktionen, Nächtigen, alkoholbedingte Störungen und Verschmutzungen. Obwohl die Angestellten des KAD mit CS-Gas, einem Mehrzweckeingsatzstock und Handschellen bewaffnet sind, kommen diese nicht oder nur sehr selten zum Einsatz. Dennoch kann in Hinblick auf die Einsatzgründe konstatiert werden, dass speziell die Vertreibung der obengenannten Personengruppen – denen kaum mehr als ihre bloße Präsenz im Innenstadtbereich vorgeworfen werden kann – in den Aufgabenbereich des KAD fällt.

„Ideologie bedeutet, dass man zur gleichen Zeit an zwei sich widersprechende Dinge glauben kann“ (Terry Eagleton): Freilich seien alle Menschen gleich vor Gesetz und Polizei, und ihre Würde sei unantastbar. Aber nicht trotz, sondern wegen ihrer Unantastbarkeit ist sie, die Würde, Legitimation für all die unwürdigen Behandlungen, die die Kriminalisierten alltäglich erdulden. So denkt es im bürgerlichen Subjekt, dass man selbstverständlich auch unverschuldet in Armut geraten könne – aber diejenigen unter den Armen, die dreist Ansprüche stellen oder gar das Stadtbild ruinieren würden, die strapazierten die herrschende Ordnung ungebührlich, die seien kriminell oder wenigstens Handlanger der organisierten Kriminalität. Also, nicht um sie zu schikanieren, sondern gerade weil man es gut mit ihnen meine, scheucht man sie unter den Brücken hinaus, vertreibt sie von den Bürgersteigen – denn Bürger\*innen sind sie nicht – und hetzt ihnen ordentliche und Ordnungspolizeien auf den Hals.

Im April 2019 demonstrierten in München rund 80 Personen, die während der Arbeitssuche auf offener Straße schon vorher häufig von Polizeikontrollen und Vertreibungen im südlichen Bahnhofsviertel betroffen waren. Die Demonstration fand im Rahmen der bundesweiten *Kampagne gegen organisierte Leistungsverweigerung* statt und wurde begleitet von der Münchner Initiative Zivilcourage, die seit zehn Jahren soziale Kämpfe von EU-Bürger\*innen unterstützt. Der objektiven Unvernunft entgegnete ein Teilnehmer wie folgt: „Wir möchten nicht von der Polizei wie Tiere behandelt werden. Wir möchten nicht vor den Augen aller Menschen bis auf die Unterhose ausgezogen werden. Das ist nicht menschenwürdig!“ <

Saskia Gränitz  
*beforscht im Rahmen ihrer Promotion das Ressentiment gegenüber Wohnungslosen und unterstützt soziale Kämpfe in München und anderswo.*  
Hannes Kerger  
*promovierte im Fach Kriminologie und verdingt sich im Süden Münchens als freier Autor und Gärtner. Mehr zum Netzwerk Europa in Bewegung, das sich gegen Ausschluss und Kriminalisierung von in Deutschland lebenden EU-Bürger\*innen und für deren Rechte einsetzt, unter europainbewegung.de*



#### Direkte Aktion

Attac-Aktivist\*innen besetzen unter dem Motto „Her mit der Demokratie“ am 15. September 2019, dem Tag der Demokratie, die Frankfurter Paulskirche

# Schrumpfende Spielräume

Angesichts vielfältiger Krisen geraten die etablierten Denk- und Entscheidungsmuster zunehmend unter Druck. Statt sich für demokratische Diskussions- und Erneuerungsprozesse zu öffnen, schottet sich die institutionelle Politik ab und grenzt zivilgesellschaftliche Akteur\*innen aus. Von Judith Amler.

**I**m Bundesbüro von *Attac Deutschland* herrscht am Dienstag, 26. Februar 2019, schon frühmorgens rege Betriebsamkeit: Das ZDF hat sich angekündigt, um den ehrenamtlichen Vorstand des globalisierungskritischen Netzwerks sowie Mitarbeiter\*innen der Geschäftsführung zu den Folgen des vor fünf Jahren erfolgten Entzugs der Gemeinnützigkeit zu interviewen. Seither kann der Verein nach Beschluss des Frankfurter Finanzamts seinen knapp 30.000 Mitgliedern und Förderer\*innen keine Spendenbescheinigungen mehr ausstellen – in diesen Tagen wird das Urteil des Bundesfinanzhofs, vor dem die Klage von *Attac* gegen den Finanzamtsbescheid verhandelt wird, erwartet.

Was an diesem Dienstagmorgen noch kein Attacie weiß: Der Bundesfinanzhof hat seinen Beschluss bereits gefällt und ausgewählte Pressevertreter\*innen vorab informiert. Die ZDF-Kamera fängt den Moment ein, in dem das Fax mit der Mitteilung des Gerichts *Attac*-Vorstand Dirk Friedrichs erreicht: Die Betätigung von bundesweit über tausend ehrenamtlichen Aktivist\*innen sei nicht als gemeinnützig zu werten, so der Tenor des Bundesfinanzhofs – das Netzwerk

mische sich in tagesaktuelle Politik ein und dies entspreche keinem förderwürdigen Zweck.

Politisches Engagement – (k)ein gemeinnütziger Zweck?

Das Urteil gegen *Attac*, das sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise versteht, hat bundesweit großes Echo ausgelöst, darunter der Aufschrei von vielen Demokrat\*innen, die das Urteil wie zum Beispiel, der ehemalige SZ-Chefredakteur Heribert Prantl, als „vordemokratisch“ bewerten. Während in Deutschland Hundesportvereine und Kleingartengemeinschaften steuerbegünstigt werden, sollen politisches Engagement, die Pflege der Demokratie und demokratische Bildung offenbar allein dem Staat und seinen Institutionen vorbehalten werden – recht viel anders lässt sich der Beschluss des Bundesfinanzhofs kaum verstehen: Er urteilt, dass politische Bildung, so sie denn gefördert werden will, allein in vollkommener geistiger Offenheit geschehen dürfe. Dabei geht es um eine Offenheit, die durchaus hinterfragt werden kann.

Seit Jahren beklagt zum Beispiel das *Netzwerk Plurale Ökonomik*, dass die gängige Volkswirtschaftslehre meist nur eindimensionale Antworten auf die komplexen Probleme unserer Welt liefert. Die an den überwiegend staatlich getragenen Hochschulen übliche Lehre vermittelt theoretische Konzepte, die praktisch ausschließlich einer einzigen Denkschule entspringen – dem der neoklassischen Modellökonomik. Während diese Dogmatik kaum solidarische Lösungen für reale gesellschaftliche Probleme und Krisen aufzeigt, setzen sich Bewegungen wie *Attac* und andere Nichtregierungsorganisationen dagegen für eine ökologische und den unteilbaren Menschenrechten gerecht werdende Welt und Wirtschaftsordnung ein. Über das gesamte Jahr organisieren über 150 Regionalgruppen des Netzwerks unzählige der politischen Information, Bildung und Diskussion dienende Veranstaltungen, bundesweit planen ehrenamtliche Arbeitsgruppen Aktionen und Kampagnen, mit denen kritische Perspektiven in die öffentliche Debatte eingespeist werden, und schließlich wird die Arbeit von *Attac* von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet.

#### Ein postdemokratisches Urteil...

Das Urteil des Bundesfinanzhofs, das Vereine wie *Attac* in Bedrängnis bringt, kann vor diesem Hintergrund durchaus im Sinne von Colin Crouch als ein Ausdruck des Übergangs in ein Zeitalter der Postdemokratie bewertet werden. Die Bürger\*innen dürfen zwar nach wie vor wählen und damit über die Zusammensetzung von Regierungen bestimmen –, der eigentliche politische Entscheidungsprozess spielt sich jedoch in anderen Sphären ab, in denen privilegierte Lobbyist\*innen massiv auf die tatsächliche Agenda einwirken. Das Regierungshandeln sei schließlich von den Interessen der Wirtschaft bestimmt, nicht vom Willen der Bevölkerung, deren Mitglieder sich politisch beispielsweise in Bewegungen wie *Attac* engagieren.

#### ... das Fragen aufwirft

In einem solchen Zusammenhang verwundert es womöglich wenig, dass der Präsident des Bundesfinanzhofs, an dem das Urteil hinsichtlich der Gemeinnützigkeit politischer Willensbildung im Sinne von

*Attac* gefällt worden ist, selbst Mitglied eines Vereins ist: Rudolf Mellinghoff engagiert sich im Vorstand des *Instituts für Steuern und Finanzen*. Ziel dieses Instituts ist gemäß eigenen Angaben die Förderung des Dialogs zwischen Politik, Finanzverwaltung und Wirtschaft – zum Beispiel zum Zweck der Senkung von Unternehmenssteuern, wie es sich Publikationen des Instituts leicht entnehmen lässt. Ein vermeintlicher

## ***Die Repressionen reichen von Verboten finanzieller Unterstützung aus dem Ausland bis hin zu Entführung und Mord***

Witz der Geschichte: Das Institut wiederum gilt den Finanzbehörden als gemeinnütziger Verein. In der Verdichtung der Informationspolitik des Bundesfinanzhofs gegenüber *Attac* und der Betätigung seines Vorsitzenden in einem Verein, der offenbar diametral entgegengesetzte Positionen zu denen von *Attac* vertritt, stellt sich die Frage, ob hier ein politisches Urteil mit weit über den Fall des globalisierungskritischen Netzwerks hinausreichenden Folgen für das demokratische Gemeinwesen gesprochen wurde. Setzt sich in diesem Urteil die weltweit voranschreitende Einschränkung der Handlungsfähigkeit von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen fort?

#### Die Spielräume für zivilgesellschaftliches Engagement schrumpfen

Seit Jahren zeigen Entwicklungshilfeorganisationen wie *Brot für die Welt* auf, wie Regierungen in fast allen Ländern Akteur\*innen der Zivilgesellschaft bedrängen und mit unterschiedlichsten Maßnahmen für eine Absicherung der herrschenden Verhältnisse sorgen. „Die Repressionen reichen von Verboten finanzieller Unterstützung aus dem Ausland und behördlichen Schikanen bis hin zu Entführung und Mord“, so der Verband *Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe VENRO*. „Es wird von Diffamierungen und Gewaltaufrufen durch staatliche Stellen und populistische Parteien berichtet, ebenso wie vom Missbrauch von Antiterror-, Sicherheits- und Mediengesetzen, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen.“





„Jetzt erst recht“  
Attac-Aktivist\*innen protestieren gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit

In der Bundesrepublik sind derartige Repressionen bis dato fast undenkbar – und dennoch rücken die Einschläge in einer zunehmend von extrem rechten Parteien regierten europäischen Gesellschaft näher: In Polen und Ungarn bedienen sich die *PiS*-Partei und Viktor Orbáns *Fidesz* immer ungehemmter des breiten Instrumentariums autoritärer Politik, in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wird die Gewaltenteilung untergraben, werden Medien zunehmend kontrolliert und die Freiheit der Wissenschaft eingeschränkt. Länder wie Italien und Malta kriminalisieren die private Seenotrettung, die lediglich einspringt, wo der Staat in seiner Aufgabenerfüllung versagt. Und auch in Deutschland besteht aus Sicht vieler Menschen Anlass zur Sorge: Die jüngst in mehreren Bundesländern verabschiedeten Polizeigesetze haben angesichts ihres Potentials, rechtsstaatliche Grundsätze auszuhöhlen, breiten Protest hervorgerufen.

#### Weltweite Krisen als Katalysator repressiver Politik

Die Ausbeutung von Ressourcen insbesondere im globalen Süden, die voranschreitende Klimakrise und zunehmende bewaffnete Auseinandersetzungen sorgen heute weltweit für Destabilisierung und eine Erosion von Demokratien. Auf der einen Seite sind immer mehr Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen, auf der anderen reagiert eine wachsende Zahl der Privilegierten dieser Welt mit Abwehrreflexen und zunehmender Sehnsucht nach Autorität. Das Ideal internationaler Solidarität liegt in weiter Ferne, wo sich reiche Staaten im globalen Norden nicht auf ein Modell zur Aufteilung von Flüchtenden einigen können, geschweige denn auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise, die ein gutes Leben für alle ermöglicht. Stattdessen schürt eine zunehmende Zahl von Politiker\*innen mit einer immer aggressiveren Rhetorik Ressentiments und sorgt so für eine Vertiefung von gesellschaftlichen Spaltungen, die der Nährboden für autoritäre Politik sind.

Demgegenüber steht eine wachsende Anzahl von Menschen, die sich aktiv für eine nachhaltige und solidarische Politik engagieren. Bewegungen, in denen alternative Konzepte zur herrschenden Wirtschaftsweise formuliert und in den öffentlichen Diskurs eingebracht werden, sind Ausdruck einer lebendigen Demokratie, die es allerdings auch in Deutschland zunehmend zu verteidigen gilt.

#### Der Entzug von Finanzmitteln als Mittel zur Einschränkung von Rechtsstaat und Demokratie

Ein vermeintlich niedrigschwelliger und, wie Beispiele aus dem Ausland zeigen, oftmals erster Schritt zur Einschränkung von Rechtsstaat und Demokratie ist die Austrocknung von Finanzierungsquellen für nicht-staatliche Akteur\*innen. In Deutschland vermittelt das Beispiel der *Deutschen Umwelthilfe* eindrücklich, wie Parteien auf die erfolgreichen, aber aus ihrer Sicht unliebsamen Klagen der Nichtregierungsorganisation gegen die zunehmende Luftverschmutzung reagieren: Erst im April dieses Jahres hat die CDU auf ihrem Bundesparteitag zwei Anträge beschlossen, gemäß denen die *Deutsche Umwelthilfe* keine staatliche Förderung mehr erhalten und ihr der Status der Gemeinnützigkeit aberkannt werden soll.

Die Nichtregierungsorganisation *Campact* hat in der Folge des *Attac*-Urteils bekannt gegeben, bis auf weiteres keine Spendenbescheinigungen mehr an seine Unterstützer\*innen ausstellen zu können; einem anderen Verein, der ein kleines soziokulturelles Zentrum trägt, wird nach Berichten der Allianz

### ***Für kleine Vereine kann der Entzug der Gemeinnützigkeit das Ende bedeuten***

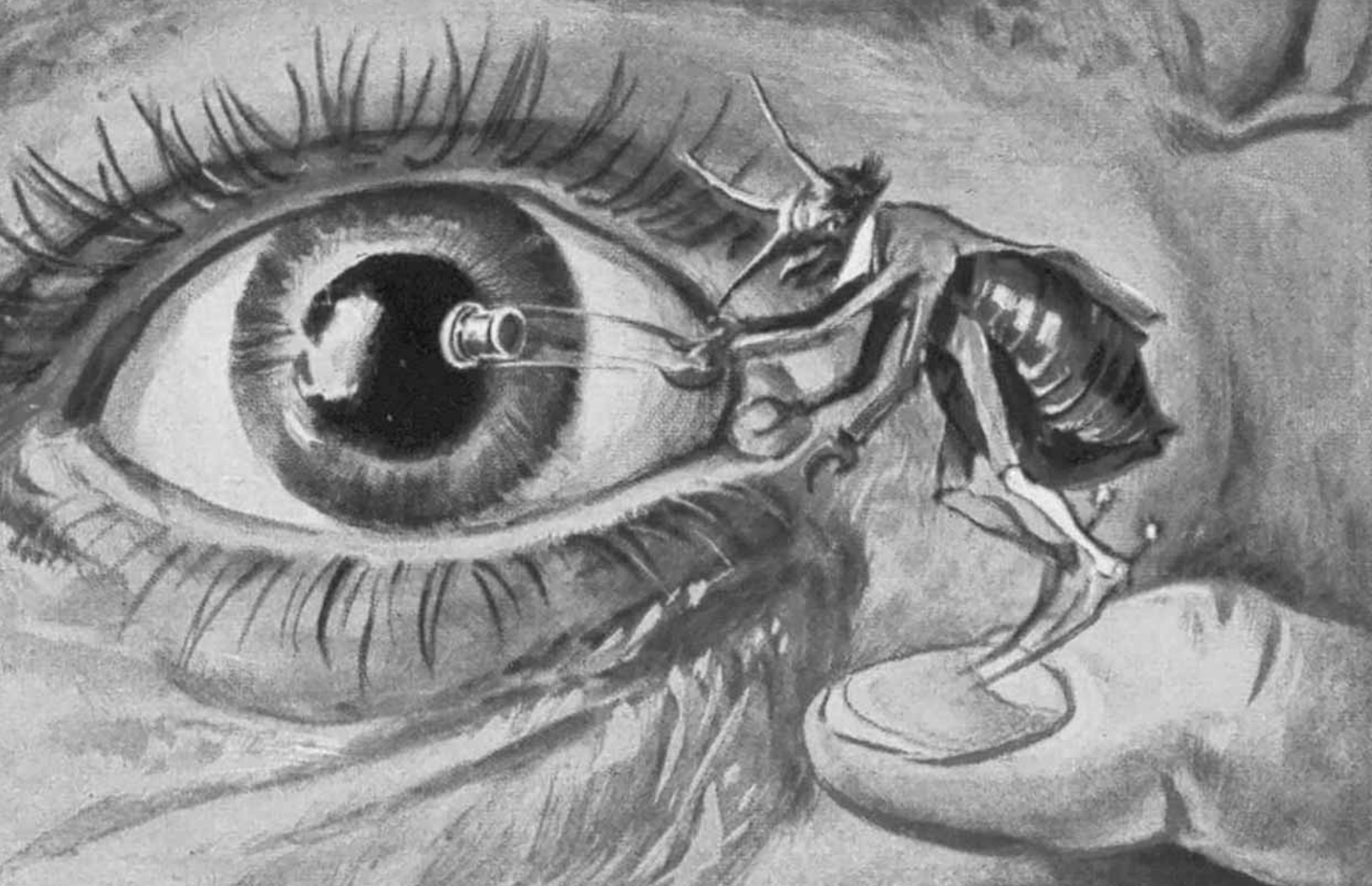
„Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ vom Finanzamt unter ausdrücklichem Bezug auf das *Attac*-Urteil mit der Aberkennung des Status der Gemeinnützigkeit gedroht. In der Allianz haben sich mehr als 120 Vereine und Stiftungen zusammengeschlossen, die gemeinsam fordern, die Gemeinnützigkeit für Organisationen der Zivilgesellschaft zu sichern, die Beiträge zur politischen Willensbildung leisten – für den Erhalt einer lebendigen Demokratie.

Gemeinnützig, ungemein nützlich oder verdächtig engagiert

Es gilt zu klären, wie sich Zivilgesellschaft weiterhin an der Lösung der drängenden Fragen unserer Zeit beteiligen darf – mit allen dafür notwendigen rechtsstaatlichen Mitteln. Dies hat weit über den Fall von *Attac* hinaus Bedeutung für einen modernen Begriff von Demokratie.

Vereine, die in Deutschland nicht als gemeinnützig anerkannt werden, sind nicht kriminell und dennoch verleitet der Entzug des Siegels viele leicht zu dem Verdacht, dass da womöglich etwas nicht in Ordnung sein könnte, wo der Staat einer Organisation eine wesentliche Grundlage für ihre Finanzierung entzieht. Der Fall von *Attac* zeigt, dass inzwischen ungemein viele Menschen nichtsdestotrotz und „jetzt erst recht“ dazu bereit sind, sich zu solidarisieren und die Bewegung in ihrer schwierigen Situation zu unterstützen – es wird anerkannt, dass es kritischer Positionen im öffentlichen Diskurs bedarf und dass Organisationen wie *Attac* diese im Zweifelsfall auch unter widrigen Bedingungen einbringen. Gerade für kleine Vereine kann der Entzug der Gemeinnützigkeit aber das Ende bedeuten. Auch daher ist *Attac* dazu bereit, wenn notwendig vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. Es gilt, die freie Meinungs- und Willensbildung zu verteidigen und eine verlässliche Finanzierung auch für kritische Stimmen zu sichern.<

Judith Amler  
*engagiert sich im  
 Koordinierungskreis  
 von Attac Deutsch-  
 land sowie in  
 diversen Bündnissen  
 gegen die zuneh-  
 mende Bedrohung  
 von rechts*



# Am gefährlichsten sind die Ungefährlichen...

Politische Entschlüsse und Gesetzesentwürfe unserer Zeit lassen sich nur noch schwer von Fiktion und Satire unterscheiden. Im Vergleich mit E. T. A Hoffmanns Werk *Meister Floh* kann das auf komische Art deutlich gemacht werden. Von Klaus Weber.

## Polizeiaufgabengesetz

Von Herbst 2017 bis Sommer 2018 demonstrieren in ganz Bayern Zehntausende gegen das neue bayerische Polizeiaufgabengesetz (PAG), um die Dimensionen der inneren Aufrüstung und Befugniserweiterung für die bayerischen Polizei deutlich zu machen. Die *Süd-*

*deutsche Zeitung* berichtet im Juli 2017, worum es geht: „Es geht um Personen, die keine Straftat begangen haben, aber im Verdacht stehen, dies zu tun. Wie sogenannte Gefährder. [...] Theoretisch können Betroffene jahrelang im Gefängnis sitzen, ohne ein Urteil. Das neue Gesetz [...] betrifft jeden Bürger. [...] Für eine drohende Gefahr muss die Begehung einer



Straftat nicht mehr konkret erkennbar sein. Es reicht aus, wenn die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet ist, dass in überschaubarer Zukunft eine Straftat begangen wird“. Im Amtsjargon wird dieser neue Tatbestand der Gesinnungsüberprüfung, durch den ein polizeilicher Zugriff erfolgen darf, „präventivpolizeiliches Befugnisinstrumentarium“ genannt.

## Gesinnung und Gefährdung

Durch die polizeiliche (das heißt: staatliche) Unterstellung, jemand plane eine Straftat, die ein wertvolles „Rechtsgut“ schädige, wird Täter\*innen eine Gesinnung angedichtet, derentwegen sie festgenommen und weggesperrt werden können. Auf *Wikipedia* ist unter dem Stichwort „Gesinnungsstrafrecht“ deutlich gemacht, dass der NS-Staat „Gesetzgebung und Rechtsprechung [...] maßgeblich auf die missliebige Gesinnung des Täters abgestellt und daran unverhältnismäßig harte Strafen geknüpft hat. Menschen wurden wegen ihrer politischen Gesinnung (Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Künstler etc.) oder ihrer Religion bestraft“.

In einer seiner ersten Schriften, *Bemerkungen über die preußische Zensurinstruktion*, hat Karl Marx solch ein Gesinnungsstrafrecht in seiner Logik entlarvt: „Gesetze, die nicht die Handlung als solche, sondern die Gesinnung des Handelnden zu ihrem Hauptkriterium machen, sind nichts als positive Sanktionen der Gesetzlosigkeit. [...] Meine Existenz ist verdächtig, mein innerstes Wesen, meine Individualität wird als schlechte betrachtet, und für diese Meinung werde ich bestraft. Das Gesetz straft mich nicht für das Unrecht, was ich tue, sondern für das Unrecht, was ich nicht tue“. Damit ist jeder Mensch, der kein Unrecht begeht, ein potentieller Täter und Gefährder – ansonsten wäre er bereits als konkreter Täter erfasst.

## Ein Märchen?

Zwanzig Jahre vor Marx' Aufsatz – die preußischen und österreichischen repressiven Regime (Polizeiminister Hoffmann und Kanzler Metternich) stabilisierten sich nach dem Wiener Kongress – war es ein Jurist, Musiker und Schriftsteller, der das Gesinnungsstrafrecht satirisch aufs Korn nahm (und dafür büßen musste): E. T. A. Hoffmann mit seinem letzten Werk *Meister Floh*. Der Protagonist des Märchens, Peregrinus Tyß, wird der Entführung einer Prinzessin angeklagt. Auf den Einwand Tyß', er könne nicht der Täter sein, denn eine Entführung habe nicht stattgefunden, erwidert Hofrat Knarrpanti, der den Berliner Polizeidirektor Kamptz darstellen soll, dass gar keine Tat

begangen werden müsse, wenn man einen Täter verurteilen wolle: „Sei erst der Verbrecher ausgemittelt, sich das begangene Verbrechen von selbst finde“. Verbrecher seien daran zu erkennen, dass sie denken würden: „Das Denken [...] sei an und vor sich selbst schon eine gefährliche Operation und würde bei gefährlichen Menschen eben desto gefährlicher“.

Doch noch gefährlicher als Denken und Schreiben sei dasjenige, was die Verbrecher\*innen nicht dächten, nicht aussprechen und nicht täten. In Knarrpantis Worten: „Ob er [Tyß] nicht selbst einsehe, daß all die geheimnisvollen Stellen in seinen Papieren mit Recht den Verdacht erweckten, daß das, was er niederzuschreiben unterlassen, noch viel Verdächtigeres, ja ein vollkommenes Zugeständnis der Tat hätte enthalten können?“

Im Gesinnungsstrafrecht geht es exakt darum, jemandem eine Gesinnung zu unterstellen, ohne konkret zu benennen, was er\*sie genau getan haben oder gedacht haben sollte, um darzulegen, wieso das Gedachte, Gesagte oder Geschriebene eine Gefahr für das Gemeinwesen oder die staatliche Ordnung sein soll. Oberregierungsrätin Birgit Müller aus dem Innenministerium fasst dieses „Unfassbare“ an den „Gefährder\*innen“ in eine Lakaiensprache, deren verwaltungslogischer Inhalt auch nach mehrmaligem Lesen schwer zu erschließen ist: „Das Gesetz selbst zählt keine Vorbereitungshandlungen oder individuelles Verhalten auf. Das gebietet die Natur einer abstrakten Norm und erhöht im Übrigen auch die Lesbarkeit und das Verständnis einer Norm“. Müller ist die Knarrpanti der Jetztzeit. Ihre Argumentation lautet: Eine abstrakte Norm darf man nicht an konkreten Beispielen, welche die Menschen verstehen könnten, erläutern, weil die Menschen die Norm dann verstehen könnten. Weil eine abstrakte Norm aber abstrakt bleiben muss, ist sie dann verstanden, wenn sie im Konkreten nicht verstanden wird. Beim Text von Müller handelt es sich – im Gegensatz zu Hoffmanns Erzählung – um keine Satire.<

Klaus Weber ist Professor an der Hochschule München, Fraktions-sprecher der LINKEN im Bezirkstag von Oberbayern, Vertrauensdozent der Hans-Böckler-sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Mitglied der GEW. Zuletzt erschien von ihm „Resonanzverhältnisse. Zur Faschisierung Deutschlands – ein politisches Tagebuch“ (2018) und „Adolf Hitler nachgedacht: Psychologie, Person, Faschismus“ (beide im Argument Verlag)

*Beim Thema Asyl lässt die christliche Union die Kirche nicht im Dorf - sie schmeißt sie raus.*



# Gewissen gegen Gesetz?

Asyl ist keine christliche Erfindung. Schon in der Antike wurde hilfsbedürftigen Menschen entsprechend Schutz gewährt. Mittlerweile wird dieser Schutz jedoch in Frage gestellt, ja sogar zu einem kriminellen Akt gemacht. Von Petra Haubner.

Ein kurzer Blick in die Geschichte: Kirchenasyl, im weiteren Sinne „Heiligtumasyl“, gab es schon immer als kulturelle Errungenschaft der Menschheit in nahezu allen Kulturen, auch schon vor dem Christentum. Das Heiligtumasyl bezog sich auf Tempel und andere sakrale Räume, nicht nur im antiken Europa, sondern auch auf anderen Kontinenten. Dort unterstanden die Schutzsuchenden der jeweiligen Gottheit und waren vor den Nachstellungen ihrer Verfolger sicher. Eine Verletzung dieses Asyls galt als Frevel und zog göttliche und weltliche Strafen nach sich, das heißt nach der Tradition dieses Asyls wurden früher diejenigen bestraft, die das Asyl verletzten, nicht diejenigen, die dort Schutz suchten oder den Schutz gewährten.

Nach der weltweiten Zunahme der Geflüchtetenzahlen bereits seit den 70er Jahren und einem gesellschaftlichen Klima, in dem Schutzsuchende als „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Scheinasylanten“ bezeichnet wurden, kam es 1983 zum ersten Kirchenasyl in der Heilig-Kreuz-Gemeinde in Berlin-Kreuzberg (drei palästinensische Familien, die nicht in den vom Bürgerkrieg zerstörten Libanon abgeschoben werden wollten). Dieses Kirchenasyl hatte eine tragische (heute aber wieder ganz aktuelle) Vorgeschichte: Cemal Kemal Altun war vor der türkischen Militärdiktatur nach Berlin geflohen und hatte Asyl beantragt. Ihm wurde

zu Unrecht in der türkischen Presse eine Beteiligung an einem Attentat vorgeworfen. Die Bundesrepublik bearbeitete den Asylantrag nicht, sondern gab die Daten über Interpol nach Ankara weiter. Die Türkei verlangte die Auslieferung, die Bundesregierung war auch dazu bereit. Die Gerichte stoppten die Auslieferung nicht. Bei einer der gerichtlichen Verhandlungen sprang Altun aus dem Fenster des 6. Stocks des Berliner Verwaltungsgerichts in den Tod.

Pfarrer Jürgen Quandt, einer der Begründer der Kirchenasylbewegung, erklärte damals, er sei seitdem „misstrauisch gegenüber dem Argument, dass etwas, was auf gesetzlicher Grundlage geschehe, hinzunehmen sei, weil es eben gesetzlich sei“.

Im Jahre 1985 wurde der ökumenische Arbeitskreis *Asyl in der Kirche* gegründet. Bei einem bundesweiten Kirchenasyltreffen in Nürnberg wurde am 20. Oktober 1991 die Nürnberger Deklaration verabschiedet: „Wir sind fest davon überzeugt, dass es dem Staat nicht erlaubt ist, Menschen ihren Mördern und Folterern zuzuführen. Unser Gewissen schweigt nicht, wenn sich Behörden und Gerichte dazu hergeben, gefährdete Flüchtlinge abzuschieben. Unser Gewissen wird auch nicht ruhig, wenn Abschiebung entsprechend einem gesetzlichen Verfahren geschieht.“

Im Jahre 1994 wurde die *Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche* (BAG) für folgende Aufgaben gegründet: Dokumentation und Auswertung laufender Kirchenasyle, Unterstützung kirchenasyl-gewährender Gemeinden, Aufklärung über rechtliche Hintergründe, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, Förderung einer weltweiten Vernetzung der Kirchenasylbewegung. Nach Meinung sehr vieler Christ\*innen funktioniert die Ökumene übrigens nirgends so gut wie im Bereich des Kirchenasyls.

Nach der Einführung der Härtefallkommissionen in den Bundesländern (in denen auch die Kirchen mit ihren Wohlfahrtsverbänden vertreten sind), hatte das Kirchenasyl an praktischer Bedeutung verloren. In Bayern gab es zwischen 2001 und 2011 keine Kirchenasyle. Die Zahlen stiegen erst wieder ab 2014 mit der zunehmenden Zahl an Geflüchteten und insbesondere an Dublin-Verfahren (79 im Jahr 2013 und 430 im Jahr 2014) für EU-Länder mit miserablen Asyl- und Lebensbedingungen. Laut Bayerischem Innenministerium leben derzeit rund 100 Asylsuchende in Bayern im Kirchenasyl. Etwa 90 dieser Geflüchteten seien sogenannte Dublin-Fälle.

### Kirchenasyl als Akt des zivilen Ungehorsams

Kirchenasyl wird derzeit von evangelischen, katholischen und jüdischen Gemeinden gewährt. Von muslimischen Asylen in deutschen Moscheen ist mir nichts bekannt, aber von Kooperationen zwischen christlichen und muslimischen Gemeinden bei der Betreuung muslimischer Geflüchteter in christlichen Gemeinden.

Das Kirchenasyl ist jedenfalls seit der Säkularisation kein rechtliches Institut mehr, weder im Kirchenrecht noch im Asylrecht. Ob die Gewährung von Kirchenasyl bereits gewohnheitsrechtlich abgesichert ist, ist umstritten. Die deutschen Behörden sehen in der Regel – abgesehen von vereinzelten Vorkommnissen (Bruch eines Kirchenasyls in Augsburg 2014 und in Münster 2016) – davon ab, Schutzsuchende zwangsweise aus dem Kirchenasyl zu holen und abzuschieben. Sie verzichten also auf eine Vollstreckung des Abschiebebescheides, sehen das Kirchenasyl aber weiterhin als Akt des zivilen Ungehorsams an.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) respektiert das Kirchenasyl als Ausdruck einer „christlich-humanitären Tradition“. Die Bischöfe betonen immer wieder, es sei kein Sonderrecht der Kirchen, sondern nur die Ermöglichung einer erneuten rechtlichen Prüfung in besonderen individuellen

konkreten Einzelfällen bei humanitären Härten. Kirchenasyl ist eine zeitlich befristete Aufnahme von Schutzsuchenden ohne legalen Aufenthalt, denen bei einer Abschiebung eine unzumutbare Härte droht. Kirchenasyl kann gewährt werden, wenn eine Abschiebung in den Herkunftsstaat oder den zuständigen Dublin-Staat bevorsteht.

Über die Gewährung eines Kirchenasyls dürfen die Klöster und Gemeinden (Äbtissen und Äbte, Kloster-schwestern und -brüder, Pfarrer\*innen, Kirchen-vorstände) selbst entscheiden, sie brauchen keine Erlaubnis ihrer Landeskirchen. Die Verfahren werden aber oft über die Kirchenasylbüros der Landeskirchen abgewickelt.

In der Praxis werden folgende Formen des Kirchenasyls unterschieden:

Beim „offenen Kirchenasyl“ wird der Aufenthalt von Schutzsuchenden den zuständigen Behörden sofort, am Tage der Aufnahme ins Kirchenasyl, gemeldet. Beim „verdeckten/geheimen Kirchenasyl“ werden die Schutzsuchenden staatlichem Zugriff entzogen, der Aufenthalt wird den Behörden und der Öffentlichkeit nicht gemeldet. Die Kirchen bezeichnen diese Form meistens nur als vorübergehende Aufnahme oder Unterbringung.

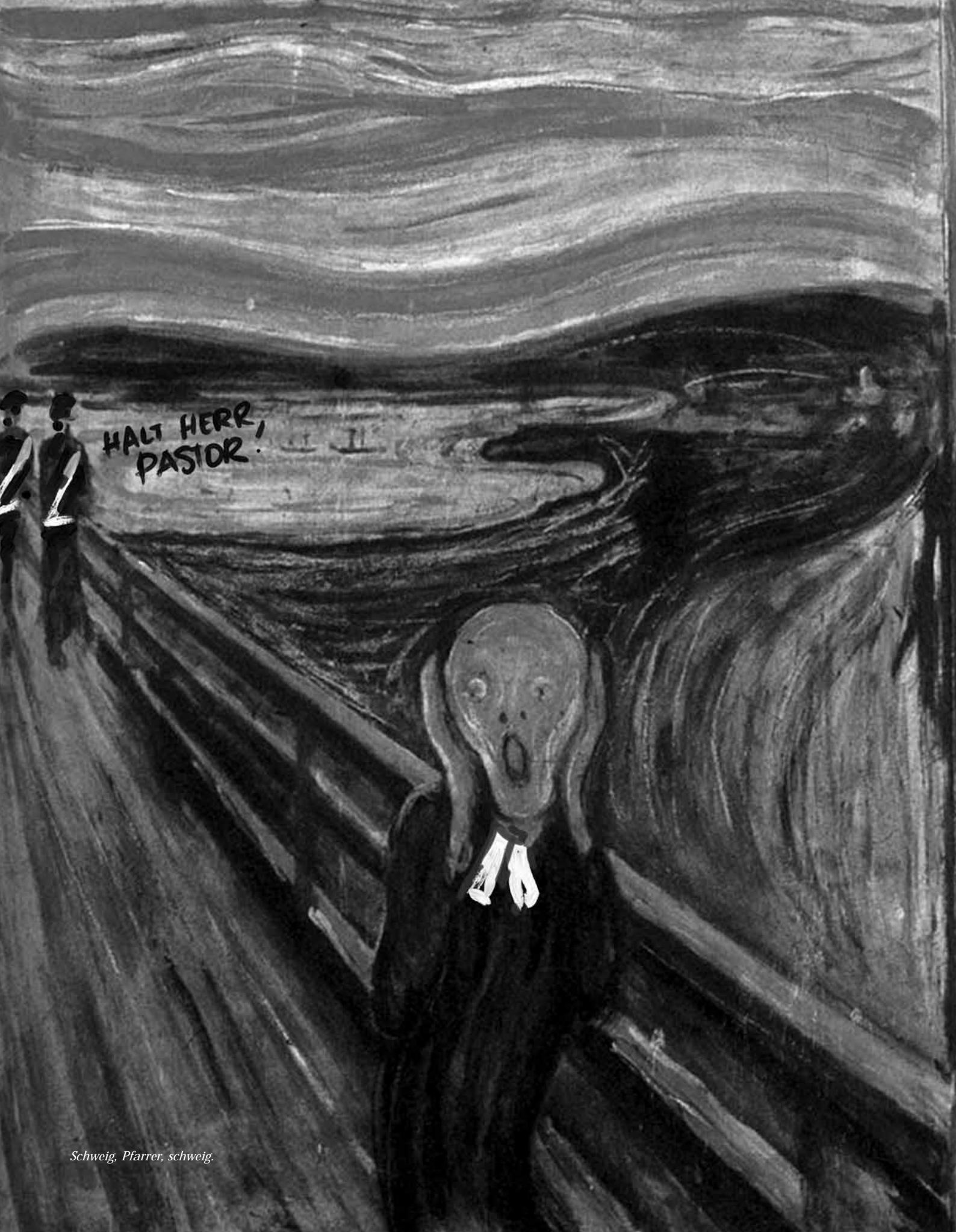
Bei einem „stillen Kirchenasyl“ wird die Öffentlichkeit nicht informiert. Ein stilles Kirchenasyl kann die Verhandlungen mit den Behörden erleichtern. Umgekehrt kann aber auch ein „öffentliches Kirchenasyl“ den Druck auf die Behörden über die Medien verstärken und generelle Mängel im Asylverfahren und im Asylrecht politisch problematisieren.

### Vereinbarungen werden einseitig gekündigt

Auf dem Katholikentag in Regensburg 2014 betonte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann, dass es sich beim Kirchenasyl aus seiner Sicht um einen Rechtsbruch handele.

Im Januar 2015 kritisierte der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière erstmals öffentlich die Praxis des Kirchenasyls. Er lehnte dies als Verfassungsminister prinzipiell und fundamental ab. Als Christ habe er aber Verständnis für die Barmherzigkeit der Kirchen.





HALT HERR,  
PASTOR!





Im Februar 2015 kritisierte der damalige Präsident des BAMF, Manfred Schmidt, die Kirchen würden das Kirchenasyl immer öfter als Systemkritik am europäischen Dublin-System nutzen. Das BAMF drohte den Kirchengemeinden, die Schutzsuchenden im Kirchenasyl als Geflüchtete zu behandeln und dann von einer Verlängerung der Überstellungsfrist im Dublin-Verfahren (18 Monate statt sechs Monate) auszugehen.

Um den Konflikt beizulegen, schlossen das BAMF und die beiden großen Kirchen daraufhin noch im Jahre 2015 eine Vereinbarung: Jeder Fall eines Kirchenasyls soll dem BAMF gemeldet werden. Dazu wird ein Dossier mit einer Härtefallbegründung (medizinische, familiäre, andere humanitäre Gründe) eingereicht. Das BAMF soll das Verfahren aufgrund des eingereichten Dossiers erneut überprüfen. Das BAMF verzichtete in dieser Vereinbarung ausdrücklich darauf, die Betroffenen als flüchtig anzusehen und die Überstellungsfrist zu verlängern. In vielen Fällen wurden die Dossiers vom BAMF auch gar nicht bearbeitet und die Überstellungsfrist lief nach sechs Monaten ab.

In Bayern wurde ab 2015 in den meisten Fällen eine Schutzlösung gefunden. Die Dossiers wurden bis Mitte 2018 noch von einer unabhängigen Revisionsabteilung des BAMF geprüft, die in Härtefällen oft vom Selbsteintrittsrecht Gebrauch machte, den Dublin-Abschiebungsbescheid aufhob und die Geflüchtete in das nationale deutsche Asylverfahren übernahm.

Mit Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK) vom Juni 2018 wurde (ohne Rücksprache mit den Kirchen) verfügt, dass bei einem abgelehnten Dossier ab August 2018 die Überstellungsfrist im Dublin-Verfahren von sechs auf 18 Monate zu verlängern ist, weil die Schutzsuchenden dann „flüchtig“ seien. Das Dossierverfahren wurde mit einer Vielzahl bürokratischer Verfahrensvorgaben aufgeladen und erschwert.

Die IMK hatte den vorherigen Konsens mit den Kirchen damit einseitig aufgekündigt. Die Kirchenleitungen haben den Beschluss formell nicht akzeptiert, es laufen weiterhin Verhandlungen. Viele Gemeinden halten sich praktisch an die neuen Vorgaben. Viele kirchliche Organisationen und Wohlfahrtsverbände haben aber auch bereits öffentlich Kritik an den einseitigen Vorgaben geäußert und eine Rückkehr zur Vereinbarung von 2015 gefordert.

Mittlerweile lehnt das BAMF auch die meisten Dossiers ab. Das Selbsteintrittsrecht im Dublin-Verfahren wird nur noch sehr selten ausgeübt. Es ist nicht erkennbar,

dass es für das BAMF überhaupt noch Härtefälle gibt. Von Januar bis April 2019 wurden bei 147 eingereichten Dossiers nur in zwei Fällen den Ersuchen der Kirchengemeinden stattgegeben, also nur in 1,4 % aller Fälle (2018 waren es noch fast 12 %, 2015 und 2016 lag die Quote nach Angabe der BAG noch bei 80 %).

Die Prüfung erfolgt nun auch nicht mehr in einer unabhängigen Abteilung, sondern in der Dublin-Abteilung, also an der gleichen Stelle, die auch die vorangegangenen negativen Entscheidungen erlassen hatte.

Tatsache ist, dass viele Gemeinden gar keine Dossiers mehr einreichen, weil sie keinen Sinn mehr darin sehen.

Die Kirchen werfen dem BAMF vor, oft nur allgemein und pauschal mit vorformulierten Textbausteinen auf die Dossiers zu antworten. Das BAMF entgegnet, die Dossiers seien oft nicht individuell und konkret, sondern enthielten nur allgemeine Ausführungen zur Situation im jeweiligen Dublin-Staat.

Die damalige Generalsekretärin der CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer, rügte im August 2018 die Kirchen für ihre angeblichen Regelverletzungen beim Kirchenasyl. Die bestehenden Vorgaben seien aus ihrer Sicht nicht zu streng. Die Gemeinden müssten die Regeln befolgen.

Die Zahl der Kirchenasyle ist in den letzten Jahren stark gesunken (August bis Dezember 2017: 716 Fälle, August bis Dezember 2018: 341 Fälle), weil viele Kirchengemeinden das bürokratische Verfahren nicht mehr einhalten können oder möchten und eine Verlängerung der Überstellungsfrist und damit eine zu starke Belastung befürchten.

## Rechtsprechung zur Dublin-Überstellungsfrist

Die Verwaltungsgerichte gehen mittlerweile überwiegend (aber nicht alle) davon aus, dass bei einem gemeldeten Kirchenasyl die Betroffenen nicht flüchtig sind, also keine Verlängerung der Überstellungsfrist erfolgen darf. Hauptargument ist, dass der Aufenthaltsort bekannt ist und dass die staatlichen Behörden nur freiwillig darauf verzichten, eine Abschiebung durchzusetzen. Außerdem könnten die Regelungen der Dublin-Verordnung nicht mit nationalen Vereinbarungen oder Beschlüssen interpretiert werden.

Die Rechtsprechung ist allerdings uneinheitlich. In Bayern entscheiden einige Verwaltungsgerichte (zum

Petra Haubner ist Rechtsanwältin seit 1995 und Fachanwältin für Migrationsrecht seit 2016 und hat ihre Kanzlei in Passau

Beispiel Bayreuth, Regensburg) anders als der Verwaltungsgerichtshof. Hauptargument hier ist, dass sich die Betroffenen bewusst ihrer Abschiebung entziehen, weil aufgrund der politischen Entscheidung zur Respektierung des Kirchenasyls ein faktisches Vollzugshindernis bestehe.

### Immer mehr Ermittlungsverfahren

Früher gab es praktisch keine Ermittlungen gegen Schutzsuchende im Kirchenasyl wegen unerlaubten Aufenthaltes beziehungsweise gegen Pfarrer\*innen wegen Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt. Ab dem Jahre 2015 erfuhren wir erstmals von Ermittlungsverfahren gegen einzelne Geflüchtete, Pfarrer\*innen, Klosterschwestern und -brüder. Wir hielten dies zunächst für Einzelfälle aufgrund von Strafanzeigen einzelner Ausländerbehörden. Als die Verfahren zunahmen, vermuteten wir eine Weisung des Justizministeriums an die Staatsanwaltschaften. Das Justizministerium hat dies auf Nachfrage aber bestritten. Im Juli 2017 wurde allerdings eine Weisung der drei bayerischen Generalstaatsanwaltschaften bekannt mit einem sogenannten „Drei-Stufen-Plan“: Danach sollen Ermittlungsverfahren gegen Pfarrer\*innen unter anderem in der Regel beim ersten Mal eingestellt werden (wegen Geringfügigkeit), beim zweiten Mal wieder eingestellt werden (gegen eine Geldauflage) und beim dritten Mal folge ein Strafbefehl.

Zunächst gab es nur wenige Ermittlungsverfahren und nur vereinzelte Verurteilungen. Mittlerweile wird fast in jedem Fall von Kirchenasyl ermittelt, die Schutzsuchenden erhalten dann in der Regel Strafbefehle wegen unerlaubten Aufenthaltes mit Geldstrafen oft über 90 Tagessätzen (also über der Vorstrafengrenze). Strafbefehle gegen Pfarrer\*innen und andere Schutzgewährende wegen Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt sind seltener.

### Strafbefehle werden ausgestellt

In einer Anfrage an das Bayerische Innenministerium zum Kirchenasyl im Juni 2019 spricht die AfD im Landtag von einem „Herumeiern“ der Staatsregierung und verlangt klarere Regeln. Die Staatsregierung solle sich endlich klar und unmissverständlich zum Rechtsstaatsprinzip bekennen. Die Kirchen stellten sich beim Kirchenasyl über geltendes Recht, gedeckt von der Staatsregierung, so der Landtagsabgeordnete Martin Böhm. Die Polizei müsse die Kirchenasyle in Bayern sofort beenden, verlangt der AfD-Politiker – vor allem dann, wenn es um sogenannte „Dublin-Fälle“ gehe.

Im Juli 2019 hat ein bayerischer Pfarrer zum ersten Mal einen Strafbefehl erhalten, weil er einem afghanischen Geflüchteten Kirchenasyl gewährt hatte. Der evangelische Pfarrer aus Immenstadt soll nach einem Strafbefehl des Amtsgerichtes Sonthofen 4.000 Euro Strafe zahlen.

Warum stoppen viele Verwaltungsgerichte in anderen Bundesländern zum Beispiel Dublin-Überstellungen nach Italien, Bulgarien, Griechenland, in Bayern aber nicht?

Warum werden aus Bayern so viele Afghanen abgeschoben, während aus anderen Bundesländern überhaupt keine Abschiebungen nach Afghanistan erfolgen?

Der Verein *matteo Kirche und Asyl e.V.* fordert in einer Information zum Kirchenasyl: „Wir hoffen weiter auf gute erfolgreiche Verhandlungen unserer Bischöfe und eine Rückkehr zu der Vereinbarung und den Prozessen, die bis Mitte 2016 beachtet wurden [...]. Wir hoffen auf weitere juristische Klärungen zum Wohl der Schutzsuchenden, die zu uns kommen. Wir werden unbeirrt an dem Schutz der uns anvertrauten Menschen festhalten. Bleiben wir standhaft im Sinne unseres christlichen Auftrags.“

Es ist sicher kein Zufall, dass erst seit der öffentlichen Debatte von de Maizière auch strafrechtliche Ermittlungen geführt werden. Auch wenn bisher nur sehr wenige Verurteilungen von Pfarrer\*innen unter anderem erfolgt sind, hängt das Damoklesschwert einer Strafbarkeit nun über allen Gemeinden, Pfarreien und Klöstern. Kriminalisierung ist Repression – und diese wirkt bereits. Die nun in allen Fällen drohende Verlängerung der Überstellungsfrist, die überfrachtete Bürokratie im Dossierverfahren und die Angst vor einer Bestrafung haben bereits zu einem Rückgang der Kirchenasyle geführt. Zudem wird die Suche nach einem Kirchenasylplatz auch für besonders schutzwürdige Geflüchtete immer schwieriger. Und die Ungewissheit im Kirchenasyl über die Verlängerung der Überstellungsfrist belastet die Geflüchteten sehr, ebenso die strafrechtlichen Ermittlungen und Verurteilungen.<



# Aziza ist meine Schwester

Der gesellschaftliche Auftrag der Kirche hinsichtlich Geflüchteter ist unstrittig, selbst wenn das die derzeitige Bundesregierung anders sieht und zu untergraben sucht. Ein überzeugter Christ zeigt auf, warum jedes Kirchenmitglied diese Aufgabe unterstützen müsste. Von Tobias Vorburg.

**A**ls Aziza (Name geändert) mich kontaktierte, saß ich gerade mit meinen beiden Kindern am Frühstückstisch. „Bitte hilf mir, ich habe großen Stress. Ich schlafe am Bahnhof. Die Polizei will mich nach Italien bringen.“ So lautete der Inhalt ihrer WhatsApp-Nachricht. Kurz darauf habe ich mich mit Aziza getroffen. Sie erzählte mir ihre Geschichte und vor allem das, was ihr in Italien droht, falls sie dorthin zurück überstellt werden würde. Tatsachen, von denen man nicht glauben möchte, dass sie stimmen. Der Rechtsweg war ausgeschöpft. Sowohl das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als auch das Gericht waren der Meinung, wenn Aziza sich anstrengen würde, wäre in Italien alles nicht so schlimm. Wie soll sich aber eine junge Frau, die als Kind zur Flucht gezwungen wurde und dabei Schreckliches erlebt hat, „anstrengen“? Aziza ist jemand, die durch das Raster von Gesetzen und Verordnungen fällt, die Menschen schützen sollen. Wer kann ihr jetzt noch helfen? Als überzeugter Christ fiel mir die Kirche ein. Warum?

Schon die Antike kannte das Asyl

Das Kirchenasyl hat eine lange Tradition. Menschen zu schützen, die durch die Gesetzgebung nicht geschützt werden, war schon den Griechen und Römern ein

Anliegen. Auch im Alten Testament finden sich einige Belege dafür, beispielsweise in Jesaja 16:3: „[...] verbirg die Verjagten, und melde die Flüchtlinge nicht!“. Auch wenn es schon in der vorchristlichen Antike die Praxis gegeben hat, an heiligen Orten Asyl zu suchen und zu bekommen hat sich das Kirchenasyl erst richtig mit der Entstehung des Christentums etabliert. Bis in die Jetztzeit.

2015 kam vom damaligen Bundesinnenminister Thomas de Maiziere massive Kritik gegen die Kirchenasylpraxis auf. Kirchen genießen keine besondere Rechtsstellung, so der Haupttenor. An und für sich richtig, aber gerade die Kirche sollte gegen eine unmenschliche Politik eintreten und der staatlichen Seite Grenzen aufzeigen. In einem demokratischen Rechtsstaat ist der „Zivile Ungehorsam“ ein völlig legitimes Mittel. Anstatt den zur Verfügung stehenden Ermessensspielraum zu nutzen, hat das BAMF eine Regelung geschaffen, welche die kirchenasylgebende Gemeinde, aber auch die Geflüchteten selbst an die Grenze des Machbaren bringt und insgeheim das Kirchenasyl aushebeln möchte. Seit August 2018 müssen Geflüchtete bis zu 18 Monate hinter Kirchenmauern ausharren, Geistliche werden kriminalisiert, erhalten, wie jüngst geschehen,

Strafbefehle in horrender Höhe. Gerade jetzt müsste ein Aufschrei gegen dieses Unrecht erfolgen. Zu hören ist wenig.

### Gemeinsam gegen ein unmenschliches System

Warum aber hat gerade die Kirche einen solchen Auftrag? Um diese Frage zu beantworten, lohnt sich tatsächlich mal der Blick in die Bibel. Das bekannte Zitat aus dem Matthäus-Evangelium „Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben...“ (Mt. 25, 35-40) ist nur eines von vielen, das die Frage nach dem Auftrag beantworten kann. Hier wird konkret aufgezeigt, wie Handeln im Sinne der christlichen Nächstenliebe auszusehen hat. Aziza finde ich in der Auslegung der Textpassage wieder. Sie hätte nach Italien überstellt werden sollen und hat sich aus Angst davor versteckt gehalten. In Italien hätten ihr Obdachlosigkeit, Gewalt und Zwangsprostitution gedroht. Als Christ habe ich nicht die Wahl, sie mit ihrem Schicksal allein zu lassen. Gemeinsam mit der aufnehmenden Gemeinde stellten wir uns im Falle von Aziza gegen ein System. Gegen ein System, das auf Grundlage von Paragraphen und Verordnungen unmenschlich ist. Wir schützten Aziza. Mit Erfolg. Inzwischen arbeitet sie, hat eine eigene Wohnung.

Tobias Vorburg *aus Markt Schwaben studiert in München, arbeitet seit Jahren ehrenamtlich im Bereich Kirchenasyl und engagiert sich im Verein Seite an Seite –Wegbegleitung für Flüchtlinge*

Der gesellschaftliche Auftrag der Kirche ist unstrittig. Selbst von päpstlicher Seite kommt der Aufruf, an die Ränder der Gesellschaft zu gehen. Diese Aufforderung versteht man nur, wenn man sich im Klaren darüber ist, wen man an den Rändern sehen kann. An den Rändern der Gesellschaft sehen wir unsere „geringen“ Brüder und Schwestern. Geflüchtete werden an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt. „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“, so das Matthäus-Evangelium. Wo sonst, wenn nicht an den Rändern unserer Gesellschaft, wo wenn nicht direkt an denjenigen, die Not leiden, kann Kirche ihren Auftrag „liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ entsprechend verwirklichen?

### Recht ist nun mal nicht immer Gesetz

Kein neuer Gedanke: Die Befreiungstheolog\*innen haben es als die „Option für die Armen“, bezeichnet. Christ\*innen, die es kapiert haben, Christ\*in zu sein, sollten nicht anders können. Die Frage nach dem warum, kann man beantworten, wenn man am

Sonntag im Gottesdienst versucht zu verstehen, weshalb man sich dort versammelt. Spätestens in der Predigt hört man folgenden Satz: „Liebe Brüder und Schwestern...“. Wir kommen also alle aus einer Quelle. Damit ist Aziza meine Schwester. Kirche, wie ich sie verstehe, handelt im Auftrag Jesu, der für die Rechte von Minderheiten eingetreten ist. Öffentlich. Ziviler Ungehorsam war für ihn genauso legitim wie das Heilen von Kranken. Dafür hat man ihn ans Kreuz genagelt.

## Der Staat hat hier kein Eingriffsrecht

Was bedeutet das für die Kirche der Gegenwart, vor allem im Umgang mit denen, die hier Schutz suchen, aber durch Gesetze nicht geschützt werden? Recht ist nun mal nicht immer Gesetz, das war zu Zeiten Jesu schon so. Kirche ist nur dann authentisch, wenn sie das lebt, was sie predigt. Der Staat hat hier kein Eingriffsrecht. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die ungestörte Religionsausübung sind durch Artikel 4 des Grundgesetzes geschützt. Gemeinden, die Geflüchteten Schutz vor einer drohenden unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung bieten, kommen dem unmittelbaren Auftrag der christlichen Religionsausübung in direkter Weise nach. Auch der Bund könnte von der Kirchenasylpraxis profitieren. Die Asylpolitik sowie die behördliche Entscheidungspraxis sind in den letzten Jahren zu einem unüberwindbaren Berg angewachsen. Kirchenasyle sind also nicht nur direkte Glaubensauslegung, sondern auch Augenöffner. Dieses Recht darf in einem demokratischen System niemandem genommen werden.

### Wichtig: der mahnende Finger der Kirche

Derzeit sind wir weit davon entfernt, dass sich die politische Seite in Richtung einer humanen Flüchtlingspolitik bewegt. Deshalb ist es wichtig, dass die Kirche weiterhin mahnend ihren Finger hebt, ihrem Gesellschafts- und Glaubensauftrag nachkommt und weiterhin Menschen Schutz bietet, die sonst ungeschützt bleiben. An Azizas erfolgreicher Geschichte kann jede\*r erkennen, dass dies im Moment wichtiger ist als je zuvor. Politik und Behörden müssen endlich beginnen, jedes einzelne menschliche Schicksal und nicht die Paragraphen zu sehen. Kirche kann dabei behilflich sein.<

VERBIRG  
DIE  
VERJAGTEN  
UND  
MELDE  
DIE  
FLÜCHTLINGE  
NICHT

# Wenn Kümmeren zur Straftat wird

Pfarrer Stephan Rauscher, Leiter des Pfarrverbands Attenkirchen und Nandlstadt hat immer wieder Schutzsuchende beherbergt. Im Interview spricht er darüber, warum er das macht und wie ein Kirchenasyl bei ihm abläuft. Auch erklärt er, wieso er weder die Haltung des Staats nachvollziehen kann, noch die sich einseitig verschärfenden Bedingungen beim Kirchenasyl. Von Christine Wolfrum.

Wann haben Sie zum ersten Mal Kirchenasyl gewährt?

*Das war Anfang 2016, wenn ich mich recht erinnere. Inzwischen haben bei uns im Kirchenasyl rund zehn Flüchtlinge gelebt, wenn's langt.*

Warum tun Sie das überhaupt?

*Warum? Ganz einfach. Ich kann mich nicht vorne als Pfarrer in die Kirche stellen, vom christlichen Menschenbild predigen und davon reden, dass die Heilige Familie zu Weihnachten vergeblich auf der Suche nach einer Herberge war – und dann steht jemand vor meiner Tür und ist in Not. Er oder sie braucht konkret Hilfe und ich kann sie geben. Das ist für mich erst mal ein Grund, warum ich sag': Ja, da helfe ich. Da bekommt jemand eine zweite Chance für ein echtes und geregeltes Asylverfahren. Das funktioniert natürlich nicht in jedem Fall.*

Die Anzahl der Kirchenasyle ist seit letztem Jahr dramatisch gesunken. Was sind Ihrer Meinung die Ursachen dafür?

*Tatsächlich haben sich die Zahlen von 2018 bis heute auf derzeit 439 Fälle so gut wie halbiert. Ich denke, dass einige wegen der Verschärfungen im August 2018 nun Angst haben. Auf beiden Seiten. Ein Kirchenasyl kann bis zu 18 Monate dauern. Das hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) neben weiteren Verfahrensänderungen einseitig festgelegt. Eine lange Zeit. Erst kürzlich habe ich erlebt, dass einer, der bei mir unterkam, es nicht ausgehalten hat, hier auf dem Kirchengrund möglicherweise so lange ausharren zu müssen. Eines Nachts war er plötzlich weg, untergetaucht. Ich weiß nicht, wo der hingekommen ist. Der Kirchenasylant darf sich nur auf dem Pfarrgrund aufhalten. Er ist de facto kein Gefangener – und irgendwo doch. Wenn er rausgeht,*

*ist die Gefahr groß, dass er von der Polizei erwischt wird.*

Haben sich für Sie die Bedingungen des Kirchenasyls durch die Verschärfungen verändert?

*Für mich hat sich nichts dadurch verändert. Wenn einer da ist, ist er da. Punkt. Eher musste ich lachen, weil ich dachte: Was wollt ihr damit bezwecken? Das BAMF möchte wahrscheinlich, dass das Leben für die Menschen im Kirchenasyl unangenehmer wird. Oder, dass die Priester und weitere Personen in der katholischen und evangelischen Kirche sagen: Das ist mir zu lange. Das überschau' ich ja gar nicht mehr. Fehlt dann noch die Kirchenasylverfahren, weiß man nicht, auf was man sich dabei überhaupt einlässt. Damit hat der Staat erreicht, was er wollte: Er schafft Angst!*

*Mir persönlich ist es egal, ob der Schutzsuchende nun sechs Monate oder 18 Monate bei uns wohnt*



*und mit uns lebt. Meine große Angst ist eher, wie sich inzwischen der Blick auf das Kirchenasyl in der Bevölkerung geändert hat.*

Wie meinen Sie das?

*Da wird mittlerweile Stimmung von Politikern gegen Flüchtlinge gemacht, nicht von allen, aber von einigen. Das Thema kommt medial nicht mehr so gut an. Manchmal kippt die Stimmung so ein bisschen in Richtung „die bösen Flüchtlinge“. Dann ist der Staat wieder da und reagiert hart gegen sie. Stehen Wahlen an, wie gerade jetzt, passiert das auch. Aus Angst, Stimmen der Wähler zu verlieren. Derzeit frage ich mich: Geht es bei der Flüchtlingsthematik wirklich darum, diese Herausforderung in geregelte Bahnen zu bringen? Oder ist es nicht vielmehr so, dass sich das Klima in Deutschland hinsichtlich der Flüchtlinge aufgrund politischer Aussagen weiter verschärft und damit schwierig bleibt? Davor habe ich Angst. So hat erst kürzlich ein bayerischer evangelischer Pfarrer einen Strafbefehl erhalten, weil er einem Flüchtling Kirchenasyl gewährt hat. Nun soll er 4000 Euro Strafe zahlen wegen „Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt“. Da gibt es keinen Aufschrei mehr in der Bevölkerung. Auch das macht mir Angst. Der Pfarrer hat geholfen, hat sich wahrscheinlich an alle Regeln gehalten und wird dafür vom Staat bestraft. Schwierig.*

Haben auch Sie schon mal eine Strafanzeige erhalten, weil Sie Kirchenasyl gewährt haben?

*So gut wie jedes Mal. Dabei spiele ich mit offenen Karten. Zu Beginn eines Kirchenasyls gebe ich der Polizei immer Bescheid, dass einer da ist. Da versuche ich stets zusammenzuarbeiten. Damit die wissen, was los ist. Von der*

*Staatsanwaltschaft erhielt ich trotzdem immer eine Anzeige.*

Wie lief das dann ab?

*Als ich das erste Mal so eine Anzeige erhielt, fragte ich mich: Was ist denn jetzt los? Nach der fünften und sechsten, dachte ich: Ah, schon wieder. Man gewöhnt sich dran.*

*Anfangs musste ich immer aufs Polizeirevier fahren. Dort ermittelten die Beamten gegen mich. Das macht mir keine Angst mehr. Ich kenn' die alle. Die Ermittlungsverfahren sind immer wegen Geringfügigkeit eingestellt worden. Kürzlich bin ich aber schon erschrocken: Da ist vom BAMF ein Schreiben gekommen, in dem stand, der Härtefall tritt nicht ein. Ich muss den Flüchtling sofort aus dem Kirchenasyl entlassen. Tue ich das nicht, hätte das auch für mich strafrechtliche Konsequenzen. Das ist eine neuerliche einseitige Verschärfung des BAMF.*

Was ist dann passiert?

*Es ging um den Flüchtling, der das Kirchenasyl nachts abgebrochen hatte. Der war schon längst nicht mehr da. Der Polizei habe ich schon mal gesagt: Dann sperrt mich halt mal ein. Das aber traut sich der Staat noch nicht, glaube ich. Doch ich gehe davon aus, dass ich, wenn ich so weiter mache, eines Tages aufgrund eines Ermittlungsverfahrens Geld zahlen muss oder eingesperrt werde. Das werde ich auch überleben.*

Kriminalisiert aktuell die Bundesrepublik das Kirchenasyl und seine Akteure?

*Ja. Das Kirchenasyl wird kriminalisiert. Dabei gibt es zwei Punkte, die ich nicht ganz verstehe: Zum einen ist es für den Staat eine gute Möglichkeit, wenn er das Kirchenasyl duldet. Wo soll's denn überhaupt nehmen? So viele Pfarreien gibt es nicht, die Kirchenasyl*

*gewähren, nimmt man die hunderttausende Flüchtlinge bei uns in den Blick. Wie viele sollen wir denn nehmen? Ich zum Beispiel kann immer nur einen nehmen, weil es sonst von der Versorgung her nicht klappt. In meiner Pfarrei gab es eine Ehrenamtliche, die hatte 20 Flüchtlinge betreut. Und dann kommt sie zu mir, sieht den großen Garten und sagt: Da könnten wir Zelte aufstellen, da haben ja 20 Personen Platz. „Entschuldigung“, sagte ich: „Ich helfe gern mit, aber ich kann keine 20 Menschen hier aufnehmen.“ Ich kann nicht die Welt retten, sondern nur ein Zeichen setzen. Die Menschen müssen versorgt und betreut sein, müssen sich waschen können, aufs Klo gehen. Oft sind welche dabei, die auf der Flucht etwas Schlimmes erlebt haben, denen es guttut, wenn sie irgendwo einzeln sind und nicht in einem Massenaufgangslager dahinschmachten. Das ist das eine, da verstehe ich den Staat nicht. Es ist ja nicht so, dass das Kirchenasyl überhaupt nimmt. In meiner Gegend bin ich fast der Einzige. Wie viele haben wir denn? 439 Fälle. Hallo? Und wie viele Geflüchtete gibt es in Deutschland?*

## Dann sperrt mich halt mal ein

*Man setzt nach außen hin ein Zeichen.*

Und das Zweite?

*Das Zweite ist: Wenn es von Staats wegen schon kein Kirchenasyl gibt – der Begriff Kirchenasyl ist kein Rechtsbegriff – und der Staat weiß, wo der Flüchtling sich aufhält, dann soll er ihn halt dort holen. Der braucht nur mit der Polizei kommen und sagen, ich möchte den Asylanten im Kirchenasyl abholen. Die Polizei weiß, wo der Betreffende sich aufhält. Aber das tun sie nicht, weil sie Angst vor den Medien haben. Natürlich tät ich*

*taucht. Sie haben nur den Ort gewechselt. Da ist nichts geheim, denn ich verstecke die ja nicht. In meinen Augen ist das rechtlich nicht sauber. Der Staat sollte klar benennen, dass ich wegen des Gewährens von Kirchenasyl ein Straftäter bin. Der Staat und das ausführende BAMF hat Angst vor dem dann folgenden medialen Aufschrei.*

*Und noch etwas: Das gesamte Flüchtlingsthema braucht eine sachlichere und vor allem ehrlichere Diskussion. In meinem Pfarrgebiet leben etwa 150 Asylanten. Was wir konkret sehen, ist,*

*auch schon mal Angriffe auf Sie? Es gab harte Angriffe. Nicht alle Menschen sehen es positiv, wenn ich Kirchenasyl biete. Einmal habe ich ein Schreiben sogar der Polizei übergeben.*

Was stand da drin?

*Vor zwei Jahren ist es passiert. Ich bin Priester. Wenn jemand gegen die Kirche etwas finden will, ist das immer möglich. Da stand dann beispielsweise drin: ‚Ihr dreckigen Kinderschänder werdet bald im KZ landen. Wenn ich dich‘ – weiß jetzt die Formulierung nicht mehr genau – ‚mit deinem Asylanten oder Schwarzen sehe, dann polier‘ ich euch die Fresse.‘*

Wie lebt sich's bei Ihnen im Kirchenasyl?

## **Der Staat hat koan Arsch in der Hos'n**

*gleich bei der Bild-Zeitung anrufen, wenn sie kommen würden. Wo werde ich eigentlich straffällig? Ich gebe jemandem eine Möglichkeit zu schlafen, ich melde das bei der Polizei und den öffentlichen Ämtern. Wo ist da meine Straffälligkeit? Ich bringe diesen Menschen nicht heimlich irgendwo unter, verstecke ihn im Keller. Wir im Kirchenasyl spielen immer mit offenen Karten. Alles ist überall gemeldet. Weil der Staat vor den Medien Angst hat, deswegen bin ich straffällig. Für mich ist das rechtlich nicht ganz einsichtig. Es ist doch der Staat – jetzt sag ich's mal wieder bayrisch – der koan Arsch in der Hos'n hat.*

Tatsächlich unterstellt das BAMF den ins Kirchenasyl Aufgenommenen, dass sie „flüchtig“ seien. Doch deutsche Strafgerichte geben dem BAMF in dieser Sache meist nicht Recht.

*Die Flüchtlinge sind nicht unterge-*

*lass Abschiebungen oft völlig willkürlich stattfinden.*

Braucht es juristisches Können, um Menschen im Kirchenasyl beizustehen?

*Sicherlich. Doch das ist nicht mein Bereich. Ich gebe Unterschlupf und kümmere mich darum, dass der Mensch bei mir versorgt und gut aufgehoben ist und erledige das Behördliche. Das Rechtliche machen andere in unserer Gemeinde. Da frage ich nach und hab' schon Einiges miterlebt. Die guten Anwälte kommen und sagen: ‚Herr Pfarrer, ich habe ein bisschen Luft und kann helfen.‘ Die kennen sich aus und setzen sich sehr für ihre Klienten ein. Die anderen gibt es aber auch. Die stellen für einen knappen Brief 500 Euro und mehr in Rechnung. Denen geht es bei den Flüchtlingen nur ums schnelle Geld, um Abzocke. Die rechtliche Unterstützung hält sich dabei sehr in Grenzen.*

*Gab es wegen ihrer Kirchenasyle*

*Wir sind eine kleine Gemeinschaft. Im Pfarrhaus leben noch zwei Klosterschwestern, 80 und 84 Jahre alt. Da das Pfarrhaus unter Denkmalschutz steht und ich es nicht umbauen darf, haben wir die Garage ausgebaut und hergerichtet. Da hat der Kirchenasylant sein eigenes Domizil. In der Garage gibt es auch eine Heizung und sanitäre Anlagen. Die Schutzsuchenden leben mit uns. Beim Essen etwa gibt es das, was im Pfarrhaus auf den Tisch kommt. Die Kirchenasylanten dürfen im Haus und manchmal im Büro bei kleinen Arbeiten mithelfen, müssen das aber nicht. Das ist mir ganz wichtig. Da frage ich immer nach. Zum Pfarrhaus gehört auch ein großer Garten. Da könnten die im Kirchenasyl Lebenden auch mitarbeiten. Das lasse ich jedoch nicht zu. Sonst heißt es noch: ‚Der Pfarrer nutzt einen Asylanten als billige Arbeitskraft.‘ Im Pfarrheim findet Deutschunterricht statt. Da kann der bei mir Untergekommene auch teilnehmen und lernen. Dort trifft man andere Flüchtlinge,*

*kann neue Kontakte aufbauen. Bei unseren Flüchtlingskreisen kann er ebenfalls dabei sein. Nette Helferinnen und Helfer im Ort kommen zudem zu Besuch. Da schauen wir schon alle, dass wir die Person im Kirchenasyl ein bisschen integrieren, soweit das in diesem Rahmen möglich ist.*

Wie gingen die bisherigen Kirchenasyle aus?

*Genau kann ich das nicht sagen. Zwei haben das Kirchenasyl nicht durchgehalten, sind nachts davon. Von einem weiß ich sicher, dass sein Asylantrag schließlich abgelehnt wurde. Der hat immer Kontakt zu mir gehalten. Bei den meisten ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen. Es dauert*

*Jahre. Einer hat mich mal in München auf der Straße angesprochen. Ich hätte ihn fast nicht erkannt, weil er zugenommen hatte. Jetzt arbeitet er und hat eine kleine Wohnung. Der hat einen guten Eindruck auf mich gemacht.*

Erhalten Sie finanzielle Unterstützung?

*Nein, wenn, dann nur Spenden, dass eine Privatperson sagt: „Herr Pfarrer, Sie helfen doch. Hier haben Sie 20 oder 50 Euro. Kaufen Sie Essen damit.“ Das Kirchenasyl ist meine private Sache und die der Pfarrei.<*



# No Comment!

Einblicke in den Alltag eines Kommentarlöschers

Sie lieben indirekten Kontakt zu Menschen, bei dem Sie mehr als Entität, denn als Person wahrgenommen werden? Sie fanden den Dokumentarfilm „The Cleaners“ (2018) sehr interessant und würden gerne etwas Ähnliches machen, aber mit weniger Enthauptungsvideos? Sie wollen die endlose Weite der digitalen Welt spüren und gleichzeitig das Griaig-Rückwärtsgewandte ihrer Münchner Lebenswelt nicht missen? Dann werden Sie doch Community-Manager auf der Internetpräsenz einer hiesigen Tageszeitung! Ein Bericht von Franz Furtner.

Der Job des Forumsmoderators alias Community-Managers alias Kommentarlöschers auf den Online-Präsenzen regionaler Tageszeitungen ist größtenteils

– auch die nicht durch einen Verstoß gegen die Netiquette motivierte – ist legitim und niemals „Zensur“ – ein Buzzword mit dem die User\*innen sehr gerne um sich schmeißen. Die Kommentarfunktion ist nur ein Angebot, das komplett nach dem Gusto der Seite, auf der sie existiert, gestaltet werden kann. Daher: In Zweifelsfällen gilt die Devise, dass man den Forumsbeitrag lieber löscht, als stehen lässt.

## ***Dada-Shitposting ohne Publikum. Mir hat`s gefallen.***

ziemlich leicht. Man sitzt vor dem Computer und eine sich stets verlängernde Liste einzelner Forumsbeiträge strahlt vom Bildschirm. Diese wird vom Forumstool *Disqus* ausgespielt, einem der weltweit beliebtesten Kommentar-Hosting Services. Dann geht man die Kommentare nacheinander durch und löscht die, die der vom Arbeitgeber selbst verfassten Netiquette widersprechen. Hier sei aufgemerkt: Jegliche Löschung

Wenn's schlecht läuft, beginnt der Arbeitstag des Community-Managers schon um sieben Uhr früh. Bei der ersten Schicht des Tages müssen alle Kommentare, die sich seit 21 Uhr am Vorabend angesammelt haben, aufgearbeitet werden. Bei den Tageszeitungen, bei denen ich arbeitete, wurden die Kommentare anfangs über Nacht wild wuchern gelassen, sodass auch sämtliche Verstöße gegen die Netiquette eine Zeit lang online waren. Später wurde das System umgeschaltet und bis heute werden sämtliche Kommentare vor Online-Publikation erst geprüft und dann freigeschal-









ten. *Disqus* hatte zudem schon immer eine Funktion, dank der Kommentare mit speziellen Signalwörtern – beispielsweise Rassisches oder Begrifflichkeiten aus dem Dritten Reich – zu besonderer Prüfung in einen anderen Ordner kommen. Gerät ein Kommentar in diesen Ordner, wird das der\*dem User\*in mitgeteilt, was diese\*n kreativ werden lässt. So liest man als Moderator\*in manchmal anfangs kryptische Sätze wie: „Unter dem Österreicher hätte es das nicht gegeben“. Wenn man im nächsten Moment merkt, wer gemeint ist, fragt man sich, ob es der kommentierenden Person jetzt große Freude bereitet, dass ihr Beitrag direkt von dir gelöscht wird und nicht – wenn „Hitler“ geschrieben worden wäre – automatisch vom Programm.

### Die User\*innen

Oft, wenn ich erzählt habe, dass ich im Community-Management bei großen Münchner Tageszeitungen arbeite, kam mir entgegen: „Interessant, da lernt man, was der Querschnitt der Gesellschaft so denkt.“ Das dachte ich anfangs auch, aber schon nach kurzer Tätigkeit merkt man: die Userschar auf den Portalen ist schon ein ganz besonderes Cluster – allesamt humorlose Kämpfer\*innen gegen die Windmühlen der Einsamkeit. Ja, das kann man verallgemeinern.

Da gibt es zum Beispiel User\*innen, die zwischen vier und sieben Uhr früh in jeweils zirka 30 Posts erstaunlich leidenschaftlich darüber diskutieren, ob Markus Lanz denn nun ein guter Moderator ist oder eher nicht so. FC-Bayern- und 1860-München-Fans liefern sich diverse Duelle, die meistens darauf hinauslaufen, dass eine der Parteien keine Lust mehr hat, mit jemandem zu schreiben, der seine Konterangriffe nicht mal orthographisch korrekt auszuformulieren weiß. Andere schreiben komplett off topic unter diverse Artikel, dass die *Hell's Angels* verdammt noch mal saucol sind und man mit ihnen gnädiger umzugehen habe. Besonders gut in Erinnerung blieb ein User mit dem Alias Geizkragen: Zu einem Artikel, der in schonungsloser Enthüllungsmanier berichtete, dass in Utah (kann auch in Michigan gewesen sein) eine tote Fledermaus (kann auch ein Babymarder gewesen sein) in einer geschlossenen Packung Cornflakes gefunden wurde, kommentierte er etwa: „Na toll, jetzt werden die wieder heftigere Hygiene-Prüfungen durchführen müssen und dann werden die Cornflakes teurer. Aber mein Geld kriegt ihr nicht!“ Dada-Shitposting ohne Publikum. Mir hat's gefallen.

Neben und unter all diesen Beispielen gibt es leider auch die zu erwartenden Rechtsaußen-Kommen-

tator\*innen, bei denen aus jeder geschriebenen Zeile (teils auch schon aus den User\*innennamen; Beispiele hierfür sind unnötig) die Menschenverachtung trieft: Manche geben sich sehr kryptische Profilnamen und schreiben kurze rassistische Phrasen ohne direkt auf den Artikel darüber einzugehen, andere wollen die Grenze des Sagbaren weiter gen Menschenverachtung rücken und sind sehr stolz darauf, dass sie unter ihrem Klarnamen lange schwülstige, gegen diverse Gruppen höchst diskriminierende Pamphlete voller aus der Mode gekommener deutscher Wörter verfassen. Oft mit Links zu irgendwie korrespondierenden Artikeln der *Epoch Times* versehen. Was mit pseudo-intellektuellem Anstrich daherkommt, kann schließlich nicht

## Sonderzeichen – Mit Stolz getragene digitale Messuren aus der Forumswelt.

schlecht sein, so denken sie. Als Kommentarleser merkt man direkt: Da saß jetzt jemand eineinhalb Stunden vor dem PC und hat diesen Text verfasst ... Klick: gelöscht!

Dennoch will ich das Ganze nicht so einseitig darstellen. Es gibt durchaus auch Stimmen, die ruhig und besonnen sind, weit rechts stehende Kommentare bei den Moderator\*innen melden oder sogar die sich unter vielen Schichten Schimpferei versteckten Thesen extrahieren und auf diese antworten. Ob man mit Rechtsextremen diskutieren sollte und ob die anonyme Diskussion auf irgendeinem Forum überhaupt Nutzen haben kann, sei hier dahingestellt, es geht mir nur darum, dass die Gegenseite in den angesprochenen Foren auch vorhanden ist.

### Eine Besonderheit

Diskussionsforen auf den Websites (mittel-)großer Zeitungen ähneln nur oberflächlich den Kommentarspalten von Facebook, Twitter et cetera. Man kann dort schließlich keine Freunde oder Follower finden, die aufgrund dieser Connection immer wieder sehen, was man so schreibt. Vielmehr bewegt man sich dort noch anonym, als einsame\*r Wölfin, der\*die nach der Lektüre eines Artikels – oft genug nur der Überschrift – noch etwas loswerden will. Das darf dann auch ruhig a bissel derber werden. Die Ausschweifung wird schließlich bloß mit LumNaziVagabundus, AC/DCstattGEZ oder DerKommentarmeister verbun-

den. Wenn der Text dann gelöscht wird, ist's nicht so schlimm, wird man gesperrt, meldet man sich unter neuem Namen mit einer anderen Mailadresse wieder an. Meist ist der Name dann sehr ähnlich wie vorher gewählt, zum Beispiel Der\_Kommentarmeister. Manche anderen User\*in, die dich noch ohne „\_“ kannten, können sich denken, was passiert ist und nehmen die leichte Namensänderung ein wenig als Auszeichnung wahr: Sonderzeichen – Mit Stolz getragene digitale Messuren aus der Forumswelt.

„Sag mal, nervt das Alles nicht total?“

Nach einer Zeit schon, ja. Absolut. Anfangs hat die Tätigkeit durchaus etwas Interessantes. Man liest die Kommentare, wägt ab, was da gesagt wird, schaut, ob ein Kommentar im Kontext eventuell ironisch gemeint

für die ich arbeitete, widergespiegelt hat. Mehr als einmal war ich schockiert über die Menschenverachtung, die mir dabei aus den Kommentaren entgegensprang. Meist habe ich das dann unglaublich blauäugig auf die Anonymität geschoben, und gedacht, dass die Leute im Internet immer etwas edgier sind als im wahren Leben. Dann habe ich gelöscht. Zu oft habe ich dann, ein bis zwei Jahre später, eine sehr ähnliche Äußerung wie die, die mich schockiert hat, ganz selbstverständlich von beispielsweise einem Pegida-Anhänger in eine Kamera gesprochen gesehen. Mit so einem richtig hohlen Jetzt-darf-ich-mal-was-sagen-Ausdruck im Gesicht. Korrespondierend ging es auch in meinen Foren extremer zu: Während es 2011 noch relativ unbedenklich war, dass die Leute über Nacht ungefiltert kommentieren konnten, wäre dies 2015 undenkbar gewesen.

Um eine Hausnummer zu geben: In einer typischen Frühschicht (von 7 - 11 Uhr) habe ich 2011, als die Posts noch ungefiltert auf der Seite erschienen, etwa 80 Kommentare gelöscht, 2015 waren es meist um die 300. Obwohl die User\*innen wissentlich acht Stunden warten mussten, bis ihr Kommentar eventuell erscheinen wird. Das Ganze bei im Vergleich zu 2011 nur leicht angestiegener Anzahl von User\*innen. Kurz: Die Öffnung des öffentlich Kommunizierbaren Richtung Hass und Menschenverachtung konnte man sehr gut beobachten. Die Hass-Poster haben sich allmählich in ihrem Tun viel sicherer und akzeptierter gefühlt als noch wenige Jahre zuvor. Ob es so ist, dass die diffamierenden Hetzreden auf diesen Foren ihren Anfang fanden und dann in die Realität rüber schwappten, kann ich nicht endgültig belegen, scheint mir aber plausibel.

Nicht zuletzt liegt das in der Wichtigkeit begründet, die dem Kommentarbereich von Redaktion und Leserschaft inzwischen beigemessen wird. Für die Redaktion bedeutet er Klicks und die Leser\*innen können prüfen, was andere auf gleicher Augenhöhe zu der Sache sagen. Wenn man es mal genau nimmt, ist die Meinung der Leser\*innen bei Meldungen und beschriebenen Sachverhalten aber absolut unwichtig. Der eigentliche Artikel über dem Kommentarbereich ist von einer Person geschrieben worden, die mehrere Hürden gemeistert hat, um einen solchen Text für Medium XY schreiben zu dürfen. (Natürlich schreiben auch Journalist\*innen oft Unwahrheiten und bedienen sich unreflektiert diskriminierender Sprache, darauf kann man aber auch in Mails hinweisen.) Direkt darunter kaut Der\_Kommentar\_meister in seinem Misstrauen gegenüber Expertentum und der Lügenpresse die gleichen tumben Rassismen wieder, die er schon oft abgelenkt hat.

## ***Die Hass-Poster haben sich allmählich in ihrem Tun viel sicherer und akzeptierter gefühlt.***

sein kann, kurz: Man gibt sich Mühe. Später erkennt man, dass es die Mühe einfach nicht braucht: Man kennt die User\*innen und hat sich in seinen Löschungen gegenüber ihnen bei einer Strenge eingeepegelt, die das Forum sauber hält und zugleich viel Zeit für eigenes, privates Surfen im Internet übriglässt.

Manchmal erfreut man sich – wie in der Einleitung angesprochen – darüber, dass man gegenüber den User\*innen als abstrakte Entität auftritt. Wenn die Leute zum dritten Mal den gleichen Scheiß schreiben wollen und man es wieder direkt löscht und die Verzweiflung über mich als sabotierendes, nicht wesenhaftes Dasein in einen weiteren Kommentar wie „Ey, du scheiß Ein-Euro-Jobber-Praktikant! Jetzt lass mal meinen Sermon dastehen!“ mündet und man den dann einfach auch wieder wortlos löscht, macht das auf eine ganz komisch genutzte Art schon Spaß. Auch das nutzt sich aber mit der Zeit ab.

### **Ein kleines Resümee**

Ich habe den Job 2011 begonnen und neben meinem Studium der Germanistik bis 2016 weitergeführt. In dieser Zeit ist in Deutschland und der Welt sehr viel passiert, was sich direkt in den Foren der Zeitungen,



Allein dadurch, dass ihm die Möglichkeit eines Kommentars gegeben wird, streichelt man sein Ego und stellt den Beitrag als wichtig und valide dar. Oft ist sein oder ein anderer Kommentar dann sogar das Letzte, was zu einem Artikel gelesen wird. So hat *Der\_Kommentar\_meister\_01* mit seinem unnötigen Addendum das letzte Wort. Oft, aber nicht oft genug, wird die Kommentarfunktion auch nach einiger Zeit doch noch gesperrt. Allein dadurch, dass sie kurz offen war, entsteht aber für die einzelnen User\*innen der Eindruck, dass sie wegen ihrer Texte wieder aufgehoben wurde und sie fühlen sich ungemein verwegen.

Schließlich hilft gegen all die angesprochenen Dinge wohl nur eines: Die Abschaffung der Kommentarfunktion. Ich habe an dem Tag gearbeitet, als im August 2015 insgesamt 71 geflohene, erstickte Menschen in einem abgestellten LKW auf einer österreichischen Autobahn gefunden wurden. Und ich habe an dem Tag im März 2016 gearbeitet, als Terroranschläge in Brüssel verübt wurden. Unter beiden Artikeln gab es hunderte Kommentare. Viele waren schrecklich. Keinen hätte es gebraucht.<

Franz Furtner  
*arbeitet heute als  
 Redakteur und  
 fände es schön,  
 wenn ihr die Bands  
 Suddenly The Goat  
 und Bombo  
 anhören würdet. Bei  
 beiden spielt er Bass*

## *der mann an der bushaltestelle*

er kam mit dem scirocco, ohne artgenossen.

ruben mamuli wollte ihn als erster gesehen haben. das hemd habe er über das gesicht gestülpt und festgehalten, um seine augen zu schützen. mit der anderen habe er ein schwert auf der schulter getragen, an dessen ende ein gebündeltes bettlaken. er sei zielstrebig zur bushaltestelle gelaufen, als kennte er sich hier aus und wollte die abfahrt des busses auf keinen fall verpassen.

mehr konnte ruben mamuli nicht berichten. er war berühmt für seine schwachen augen, die nun täglich schwächer wurden, seit er seinen bus nicht mehr fahren durfte.

kaum erreichte der fremde die haltestelle, schon stand er unter dem dach, als ob er einen sturzregen erwartet hätte. mit bloßer hand wischte er die sitzbank ab, legte sein bündel darauf, setzte er sich hinzu und verschnaupte. das hemd zog er aus und trocknete damit sein gesicht. dann nahm er das gebiss aus dem mund, säuberte es gründlich mit dem taschentuch und steckte es wieder hinein.

schon bildete sich ein halbkreis von schaulustigen vor ihm.

keiner sprach, bis eine frau sagte:  
- vielleicht hat er durst.

sie ging fort und kam mit einer schale wasser zurück; er stand auf und lächelte. erst legte er seine hände auf ihre, sie wurde rot im gesicht und senkte den blick, dann zog sie die hände zurück. langsam führte er die schale an den mund und schaute über den rand in die menge – alle sahen weg. erst jetzt trank er einen langen schluck; auch dabei behielt er seine zuschauer im auge. den rest des wassers verteilte er sorgfältig auf der fläche vor der sitzbank. dann drehte er die schale um; damit jeder sah, daß sie leer war. schließlich hielt er sie mit ausgestreckten händen vor sich, bis die frau ihm die schale abnahm.

- der bus fährt nicht mehr.

verkündete ruben mamuli; als antwort kam nur ein lächeln.  
ruben schüttelte den kopf und verabschiedete sich mit

einer wegwerfenden geste, die hier jeder kannte. der rest blieb stehen und gaffte. offensichtlich störte es den mann nicht; er war ganz mit seinem bündel beschäftigt.

bald erschien ruben wieder mit einer braunen tüte voller sonnenblumenkerne, geröstet im salzwasser. er griff hinein und holte einige kerne hervor. mit zwei fingern steckte er sie einzeln zwischen die wenigen zähne, die er noch hatte. er knackte sie auf, spuckte die schale hinaus und genoß den rest. männer lösten sich aus der gruppe, nahmen sich sonnenblumenkerne heraus, nickten und kehrten zu ihrem platz zurück. der mann unter dem regendach öffnete sein bündel, wühlte in den sachen und lächelte verlegen, wenn er den kopf hob; als wollte er sich für sein kleines sortiment entschuldigen.

zwei junge frauen in der hinteren reihe steckten die köpfe zusammen und kicherten. einige drehten sich nach ihnen um.

- wir könnten ihn für die feldarbeit einspannen wie einen wasserbüffel.

das gemurmel der menge war nicht gerade ein zeichen der zustimmung.

jemand schleppte einen großen käfig herbei – doch der fremde machte keine anstalten hineinzugehen.

enttäuscht streichelte der mann seinen käfig.

- schade, ich hätte ihn in die bäume gehängt.

- was hätten wir davon? fragte eine der jungen frauen aus der hinteren reihe.

- hoch in den ästen hätte er gesungen.

er höre ihn schon jetzt; er kenne sich mit solchen sachen aus.

- der mann hätte gut hineingepaßt – in meinen käfig. ein junger mann rief:

- eines tages wird er hier sterben, und wir werden es nur durch den gestank erfahren.

der gast antwortete darauf mit einem knurren, als wollte er mit diesem laut fliegen vertreiben.

er trug nichts als eine blaßblaue leinenhose, sauber aber zerfetzt. das hemd lag zum trocknen auf der bank. der mann hatte einen leichten buckel, sein gesicht war zerfurcht. aus diesen furchen wuchs aber keine feindseligkeit. das spärliche haar war weiß.

vor ihm lag das bettlaken, daneben sein schwert – viel zu groß für ihn.

- wir müssen ihn mit stockschlägen bearbeiten, bis er unsere sprache spricht.

der fremde hob den kopf, sein gesicht erschien der menge ohne lächeln – zum ersten mal. er griff zu seinem schwert, spuckte auf die klinge, polierte sie mit seinem taschentuch, bis das schwert glänzte. seine augen suchten in der menge – niemand erwiderte den blick.

sein erscheinungsbild litt unter dem geruch nach wind und schweiß. nichts von der armseligen natur stand im einklang mit dem blau seiner augen - als wollte die leuchtende farbe alles elend vergessen machen. das blau ließ ihn wie ein kind erscheinen, das seine spielzeuge zählt und zufrieden ist.

die art, wie er auf der erde saß, betonte seinen buckel. die hände lagen auf den knien, ganz ohne aufgaben. als ginge das alles ihn nichts an, schaute er in die menge und achtete dabei auf seine waren, die er zum verkauf darbot.

ein kleiner handspiegel, eingefasst in weißem blech. zwei heiligenbilder.

eine nagelschere.

ein kurzer kamm aus plastik in rot.

eine blechdose ohne sichtbaren zweck.

mit dem ballast seiner blauen augen saß er da und hatte die zuschauer vergessen. dabei erweckte er den eindruck, als ob er schon immer hier gesessen hätte. in dieser nacht haben die einwohner die fenster verriegelt.

am anderen tag wartete der mann noch immer an der haltestelle.

er sei im morgengrauen ans meer geeilt und habe mit fischen gesprochen, erzählte madame terrazzino, die

seit jahren an schlaflosigkeit litt. diese seien herausgebrochen bis zu seinen füßen. einzeln habe er sie aufgehoben, aufs maul geküsst und wieder ins meer geworfen; jedenfalls habe er mit ihnen gesprochen. in welcher sprache das gespräch stattgefunden habe, konnte madame terrazzino nicht sagen. von ihr sagte man, sie sei schwerhörig und treffe sich gegen dämmerung mit ruben mamuli am meer. das paar wolle die schamgrenze des dorfes nicht verletzen und verabrede sich daher heimlich.

darauf erwiderte ruben mamuli, der mehr von der welt gesehen hatte, die sache mit den fischen könne nur eine optische täuschung sein. und er sprach auch die andere frage an, die hier jeden interessierte.

seit der mann aufgetaucht war, brachte man ihm sachen zum essen; doch sie lagen unberührt vor ihm auf der erde. inzwischen waren spatzen seine gäste und fraßen ihm alles weg – vor seinen belustigten augen.

ruben mamuli war überzeugt, der genügsame ernähre sich von kleinen vögeln, die er mit bloßen händen fange.

- ich habe eine menge solche fälle gesehen, als ich noch mit meinem bus unterwegs war.

man tuschelte auch über die tätowierungen, die der mann auf der brust trug, dort wo sein herz vermutet wurde. überdies sei er barfüßig gekommen und antworte auf jede frage mit einem lächeln – man müsse bald eine lösung für den fall finden. schließlich wurde beschlossen, eine nachtwache aufzustellen. sie sollte den fremden die ganze nacht im visier behalten – davon versprach man sich eine entscheidung.

- nein, nein das mache ich nicht.

ruben mamuli winkte ab.

und madame terrazzino war überhaupt dagegen.

- was sind das für manieren?

da meldete sich ein junger mann.

- auf mich ist verlass.

er lasse sich von nichts ablenken und werde alles genau beobachten.

SAID  
*ist deutsch-irani-  
scher Schriftsteller.  
Für sein literarisches  
Werk erhielt der  
Künstler zahlreiche  
renommierte Preise  
wie die Hermann-  
Kesten-  
Medaille, Adelbert-  
von-Chamisso-  
Preis und die  
Goethe-Medaille*

vor allem, schärfte man ihm ein, müsse er unbedingt herausbekommen, in welcher sprache der fremde mit den fischen spreche.

auch an diesem abend nahm er das gebiss heraus, putzte es, wickelte es in sein kariertes taschentuch und steckte es in die hosentasche. dann legte er sich mit dem rücken auf die holzbank und schlief mit den händen auf dem bauch.

am anderen tag saß er auf der erde, die beine von sich gestreckt, den oberkörper an die bank gelehnt, sein kopf lag auf der rechten schulter. seine augen waren geschlossen, die lider hingen herab, die hände lagen in seinem schoß.

- bei dämmerung ist er aufgebrochen, hat den strand abgesucht, bis er einen kieselstein gefunden und ihn auf die zunge gelegt hat. um den hunger zu täuschen, habe er mir erzählt. danach wandte er sich dem meer zu. wohl in der absicht, mit den fischen zu sprechen – ohne zeugen. wer weiß, was er ihnen alles versprechen wollte. doch mich konnte er nicht täuschen; ich wich nicht von seiner seite.

die nachtwache berichtete auch:

- schließlich hat er am strand treibholz aufgeschichtet und feuer gemacht. ich bin überzeugt, er wollte die fische warnen.<



# My Body Fought the Law, But the Law Won

**D**er eigene Körper kann so zauberhaft sein. Man kann zum Beispiel literweise Frangelico in ihn einfüllen, eine Marihuana-Zigarette rauchen und so lange zu *Yazoo* tanzen, bis man alle beistehenden Möbel mit dem dicken, faltigen, fabulösen Hintern umgestoßen hat, den man sein eigen nennt und der dann größtenteils aus blauen Flecken besteht. Zum Beispiel. Der schmucke junge Mann von nebenan ist selber schuld, wenn er nicht mit mir zu den Bridge-Regionalmeisterschaften fahren will, wo dann zufälligerweise nur noch ein Hotelzimmer verfügbar ist, mit nur einem Bett, in dem dann halt eins zum anderen führt. Dann mache ich mir halt alleine einen schönen Abend.

Wo war ich? Ach, richtig. Der eigene Körper. Was für ein wundervolles Gerät! Und er gehört mir ganz allein, ich kann damit machen, was ich möchte. Zumindest bilde ich mir das manchmal in meinem Frangelico-Rausch ein, bis spätestens am nächsten Tag mich die bittere, graue, patriarchalisch-kapitalistische Realität wieder einholt und daran erinnert, dass mein Körper mir nur so lange gehört, wie die Gesellschaft keinen Anspruch auf ihn erhebt.

Es gibt nämlich sehr klar definierte Grenzen dessen, was ein Körper darf und sein darf, der nicht weiß und cis-hetero-männlich und normgeformt ist. Ich beispielsweise bin eine Frau – aber, wie mir immer wieder von hilfsbereiten Cissen erklärt wird, halt keine richtige, sondern trans. Ich darf schon meinen Mummenschanz mit den Blümchenkleidern, den bunten langen Haaren und dem smoky Make-up machen, und natürlich, solange ich freundlich und nett

und nicht zu laut bin, sind die meisten Menschen auch höflich und spielen mit.

Aber wenn ich zum Beispiel meinen Hormonhaushalt meinem Wohlbefinden angleichen möchte, und meinen Haarwuchs, und meine Stimme, dann ist das erst mal nicht okay. Nicht jedenfalls, solange ich mir nicht die Mühe gemacht habe, mit dutzenden Psychiater\*innen (alle natürlich cis) zu sprechen, bis ich eine\*n gefunden habe, welche\*r mir nach einigen mehr oder weniger demütigenden Gesprächen offiziell bescheinigt, dass ich die richtige Persönlichkeitsstörung habe. Dann geht's auf zu Internist\*innen, Endokrinolog\*innen, Logopäd\*innen, Dermatolog\*innen etc., die alle sehr genaue Vorstellungen davon haben, wie mein Körper aussehen soll und darf. Und damit bin ich dann halt entweder glücklich, zufrieden und vor allem dankbar, oder ich lasse es bleiben.

Und wenn ich nicht mehr auf die Höflichkeit meiner Mitmenschen angewiesen sein will, damit sie beim mit mir und über mich Sprechen den richtigen Namen und das richtige Geschlecht verwenden, sondern darauf bestehen möchte, dann ist das erstmal auch nicht erlaubt. Ich muss vorher zurück zu den Psychiater\*innen, die dann prüfen, ob ich die richtige Einstellung zu der Farbe pink habe, ob ich weiblich genug meinen Pulli ausziehe, ob mein inneres Kind auch ein Mädchen ist, als welches Geschlecht ich träume, und ob ich auch unvorbereitet einen Ball weiblich fange, was auch immer das bedeuten soll.

Der ganze Spaß kostet mich mehrere tausend Öcken

und bestimmt zwei Jahre. Erst dann entscheidet auf Basis dieser Gutachten eine höchstwürdevolle Richterperson, ob das auch so sein darf. Und wenn ja, dann ist die höchstwürdevolle Universität dran, die mir im gnädigsten Fall erlaubt, auch mit dem ‚neuen‘

## ***Wäre ich nur ein richtiges altes Mädchen, so von Geburt an***

Geschlecht und Namen noch meine Abschlüsse zu behalten. Sollte ich dann mit einer Frau ein Kind haben wollen, ist das aber wieder ein anderes Thema. Ich habe dann die Wahl, entweder als offizielle Frau zum eingetragenen Vater zu werden, oder aber mein eigenes, mit meinem höchstpersönlich eingefrorenen Samen gezeugtes Kind zu adoptieren.

Ach, denke ich mir dann, während ich die zweite Flasche Frangelico öffne und bei *The Cure* angekommen bin, wäre ich nur ein richtiges altes Mädchen, so von Geburt an. Alles wäre viel einfacher, mein Körper wäre meiner und es gäbe keine Gesetze, die auf ihn Anspruch erheben. Diesen Traum erlaube ich mir kurz, ich weiß aber, auch der ist nur ein Frangelicospinnst. Wenn ich eine cis Tante wäre, dann müsste ich auch teuflisch aufpassen. Vielleicht werde ich ja ungewollt schwanger, und dann bekomme ich sofort fünfzig verschiedene Anweisungen, wie ich mit der Situation umzugehen und wie ich mich dabei und danach zu fühlen habe. Der Uterus wäre schon schön, aber ich hätte dann auch eine Periode, und mit der müsste ich auch umgehen, wie andere es wollen, oder das Menstruationsblut ist gleich am Dampfen.

Private Sexualität und Fortpflanzung, entscheide ich, während ich über den Wohnzimmerboden in Richtung Plattenspieler robbe, sind zu vielen Regeln und Gesetzen unterworfen. Ein anderer Plan muss her. Aus dem Augenwinkel sehe ich die Striptease-Stange, die ich meinen Großneffen habe installieren lassen. Sexarbeit! Kann das die Lösung sein? Aber nein, wenn ich meinen Körper im Rahmen von Dienstleistungen vermarkte, dann wird es ja erst richtig stressig. Ämter und Polizei würden ganz genau wissen und regulieren wollen, was ich wann und wo und mit wem mache. Und sie würden erst in dem Moment aufhören, sich für mich zu interessieren, wenn irgendein Typ mich

vergewaltigt oder umbringt.

Die Plattensammlung, in der ich mich nun delirios wälze, ist unglaublich peinlich weiß, wie mir auffällt. Wenn ich selbst nicht weiß wäre, wäre das vielleicht anders. Aber dann würde zu all den Problemen, die ich aufgezählt habe, auch noch kommen, dass ich zum Beispiel nur sehr eingeschränkt Recht auf Medikamente hätte, weil die meisten Ärzt\*innen hier in Deutschland weiß sind und eine bizarr große Anzahl von ihnen denkt, ich würde weniger Schmerzen empfinden als weiße

Menschen, oder eine dickere Haut haben, oder das Angebot, mich zu verarzten, würde mein primitives Ehrgefühl verletzen. Wenn ich noch dazu keinen Aufenthaltstitel hätte – denn ich wäre zum Beispiel als westafrikanische Frau vor Genitalverstümmelung geflohen, und für deutsche Behörden wäre das kein sehr überzeugender Grund – dann müsste ich ohnehin erst höflich darum bitten, überhaupt erst zu Ärzt\*innen zu gehen.

Der eigene Körper kann so wundervoll sein, aber grundsätzlich erlaubt ist er nicht. Jedenfalls nicht, wenn er zu weiblich, zu männlich, zu krank, zu anders, zu fett, zu dünn, zu schwarz oder braun, zu undokumentiert ist. Er ist gesetzlich reguliert, gesellschaftlich beobachtet und beurteilt, wirtschaftlich kalkuliert und vermarktet.

Der Plattenspieler ist umgefallen, die Vögel zwitschern, ich kotze in eine Topfpflanze. Mir fällt keine gute Lösung ein – höchstens vielleicht, in kollektivem Frangelicoransch alles anzuzünden, in kleine Stücke zu hauen und von vorne anzufangen, in einer Welt, in der alle Körper Körper sein dürfen, niemand sie verbietet oder reguliert und sie nur von jeweils genau einer Person regiert werden. Diese wundervollen, nicht kriminalisierten Körper könnten dann in gegenseitigem Einvernehmen, mit Respekt und Freude gemeinsam coole und genüssliche und sexy Körpersachen machen, oder auch nicht, wie sie möchten. Und neue freie Körper produzieren, wenn sie möchten.

Bevor ich das Bewusstsein verliere und in trunken-komatösen Schlaf abgleite, fasse ich den Entschluss, auf die einzige mir bekannte Möglichkeit gegen diesen Drecks-Körperfaschismus zu rebellieren. Ich werde meinen Körper genießen, so gut ich kann, und jedes

bisschen körperliche Autonomie dem Rest der Welt unter die Nase reiben. Mein Körper wird laut sein, und bunt, und präsent, und wenn jemand ihn nicht für richtig hält, dann werde ich mich diebisch über das Unwohlsein dieser Personen und Institutionen freuen. Ich werde mich nicht entkörpern, wie zum Beispiel bis zu 40 Prozent aller trans Personen, weil ihnen die körperliche Freiheit so lange gestohlen wird, bis sie als Lösung und Ausweg nur noch den Selbstmord sehen.

Aber ich kann sie gut verstehen.<



*Ein Körper. Ist gut so.*

Tante Tuuli  
*hieß bis vor Kurzen  
 noch Tante Tom.  
 Was sich dadurch  
 ändert? Im Grunde  
 nichts. Wo vorher die  
 Kolumne eines  
 verbitterten,  
 altmodischen und  
 griesgrämigen  
 Mannes mit insta-  
 biler Geschlechts-  
 identität war, ist  
 nun und soll fürder-  
 hin immer bleiben,  
 die Kolumne einer  
 verbitterten, altmo-  
 dischen und gries-  
 grämigen Frau mit  
 fröhlicher Behaglich-  
 keit in ihrer Weib-  
 lichkeit. Die Tante  
 bleibt und war  
 immer schon da –  
 bloß jetzt noch  
 tantiger*

# Folgen einer Abschiebeblockade

Was ist aus Asif, dem Berufsschüler aus Nürnberg geworden, der 2017 direkt aus der Schule in Polizeigewahrsam kam, um nach Afghanistan abgeschoben zu werden? Was aus den Menschen, die das verhindern wollten? Von *Rote Hilfe e.V.*

Die Rote Hilfe e.V. ist ein Verein zur Unterstützung linker Aktivisten, die im Rahmen ihrer politischen Aktivität mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind

**Z**ur Erinnerung: Am 31. Mai 2017 versuchte die Polizei, den damals 20-jährigen Asif, einen Schüler und afghanischen Asylbewerber, aus dem Klassenzimmer seiner Berufsschule in Nürnberg zu holen. Das verhinderten zunächst Mitschüler\*innen und Aktivist\*innen, die sich mit ihm solidarisierten, unter anderem durch eine Sitzblockade. Aufgrund des Eintreffens von Bereitschaftspolizist\*innen aus Erlangen eskalierte jedoch die Situation. Medien zeigten später turbulente Szenen, in denen die Polizei gewaltsam mit Schlagstöcken, Fäusten und Pfefferspray gegen die Unterstützer\*innen vorgingen. Diese brachiale Gewalt entsetzte viele Bundesbürger\*innen. Am Ende fuhr die Polizei mit dem Schüler davon. Zahlreiche Aktivist\*innen erhielten Strafanzeigen. Inzwischen kam es zu etlichen Gerichtsverhandlungen. Zahlreiche Verfahren sind mittlerweile abgeschlossen. Nur zwei Aktivistinnen erhielten Freisprüche, gegen die die Staatsanwaltschaft sofort Berufung einlegte. Das Ergebnis ist bislang offen. Ein weiterer Berufungsprozess steht noch aus.

## Die Polizei provoziert bewusst Eskalationen

Bei den Prozessen kam beispielsweise heraus, dass die Polizei den Angriff auf die Sitzblockade lediglich als Ablenkungsmanöver initiierte, um Asif wegbringen zu können. Das heißt: Die Eskalation war bewusste Polizeistrategie. Trotzdem erhielten die Unterstützer\*innen Anklagen, in denen ihnen die Staatsanwaltschaft vor allem Widerstand und tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte sowie versuchte und gefährliche Körperverletzung vorwarf.

Auch zeigte sich, dass die Polizei bei ihren Vernehmungen Zeug\*innen stark unter Druck setzte. So erschien beispielsweise eine Pfarrerin mit ihrem Anwalt vor Gericht, da die Polizei sie zuvor massiv verunsichert und bedrängt hatte. Über Stunden hinweg versuchten die Beamt\*innen, sie zu beeinflussen und von ihrer Sichtweise abzubringen. Sie ist nicht die einzige Zeugin, die auf diese polizeiliche Vorgehensweise hinwies. Daneben verwehrt die Staatsanwaltschaft beispielsweise die Herausgabe wichtiger Videoaufnahmen. Erst nach einer Entscheidung durch das Oberlandesgericht kam sie der Forderung nach.

## Wie steht's um Asif?

Ob Asifs versuchte Abschiebung rechtmäßig war? Das Amtsgericht Amberg rügte das Vorgehen als zumindest sehr zweifelhaft. Trotzdem erhielt auch Asif ein Verfahren. Seine Anklage lautete: Körperverletzung, Aufenthalt ohne Pass, Sachbeschädigung, weil einem Polizisten das Hemd aufriss, sodass der Knopf herausrutschte, als er mit massiver Gewalt die Abschiebung durchsetzen wollte, sowie Störung des öffentlichen Friedens. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde Asif vom Jugendgericht bis auf den letzten Punkt schuldig gesprochen und zu 100 Arbeitsstunden im Sozialbereich verurteilt, die er inzwischen abgeleistet hat.

Obwohl sich die Entscheidungsinstanz für Asifs Asylfolgeantrag positiv gegenüber seinem Anwalt äußerte, ihm subsidiären Schutz zuzuerkennen, erhielt er Ende 2018 erneut eine Ablehnung. Die permanente Angst vor Abschiebung, das monate- und jahrelange Warten ohne arbeiten zu dürfen, sowie die schlimmen Lebensbedingungen in der Unterkunft hatten Asif nach sechs Jahren in Deutschland müde gemacht. Er gab auf und ging nach Kabul. ‚Zurück‘ kann man nicht sagen, denn er kennt die Stadt nicht, war noch nie im Leben dort gewesen. Zu seiner Familie kann er auch nicht zurück. Trotzdem sagte er: „In Afghanistan stirbt man einmal, weißt du, in Deutschland stirbt man jeden Tag bei jedem Stress. Viele sagen in Deutschland ist Frieden, in Afghanistan ist Krieg. Aber Deutschland ist ein Friedhof für mich, du liegst nur da und kannst nichts machen, dich nicht bewegen.“ <

*Asif ist kein Einzelfall, so wie ihm geht es vielen Geflüchteten. Flucht ist kein Verbrechen und Menschen die Geflüchtete unterstützen, keine Kriminelle. Deshalb bittet die Rote Hilfe darum, die Betroffenen bei den hohen Anwalts- und Gerichtskosten zu unterstützen.*

*Rote Hilfe Spendenkonto GLS-Bank  
DE85430609674007238359 Stichwort: Mai 31.*





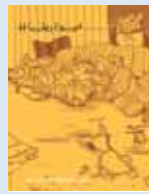
# 1  
Wohnen



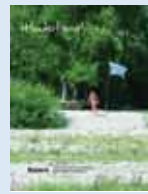
# 2  
Nachbarn



# 3  
Anziehsachen



# 4  
Sex



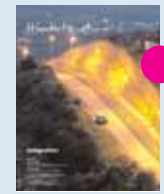
# 5  
Bayern



# 6  
Essen



# 7  
Rassismus



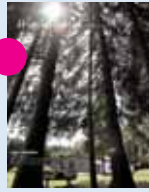
# 8  
Integration



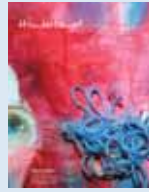
# 9  
Arbeit



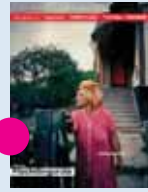
# 10  
Polizei



# 11  
Lager



# 12  
Links



# 13  
Antiziganismus



# 14  
Alter



# 15  
Afrika



# 16  
Sortieren



# 17  
Jubiläum



# 18  
Grenze



# 19  
Abschiebung



# 20  
Paternalismus



# 21  
Unterhaltung



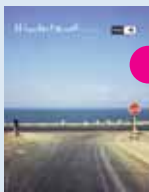
# 22  
Vernetzung



# 23  
Reisen



# 24  
Sprache



# 25  
Asyl



# 26  
Liebe



# 27  
Fluchthilfe



# 28  
Was tun?



# 29  
Dublin III



# 30  
Was geht?



# 31  
Mob



# 32  
Sicher



# 33  
Kaputt



# 34  
Privat



# 35  
Abschiebung



# 36  
Strategie



# 37  
Stadt, Land,  
Flucht



# 38  
Gender



# 39  
Europa



# 40  
Bildung



# 41  
Abschiebehaft



# 42  
zweiundvierzig

# Hinterland

Sie ist kritisch, parteiisch und außerdem schön anzusehen - so wie ihre Leser\*innen. Das menschenfreundliche Magazin des Bayerischen Flüchtlingsrats kreist immer wieder um die Themen Flucht und Migration, aber eben nicht nur. Die Hinterland gibt es nicht am Kiosk, also holt euch gleich ein Abo auf [www.hinterland-magazin.de/bestellen/](http://www.hinterland-magazin.de/bestellen/)

Die markierten Ausgaben sind  
leider bereits vergriffen





**ich  
against  
abschiebung**



**rage against abschiebung / mach mit!**